Nr. 53. 30. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Mit gedämpftem Trommelklang.

Die Ankündigung, daß die Milliarde, die an einmaligen Ausgaben für die Militärvorlage gefordert wird, durch eine Vermögensabgabe gedeckt werden soll, hat in der bürgerlichen Presse eine recht bezeichnende Aufnahme gefunden. Mit süßer Miene verkündet sie zunächst die Opferbereitschaft der Besitzenden, um sofort mit saurer Miene ihre Bedenken geltend zu machen. Und wenn im Morgenblatt noch die Opferbereitschaft, so stehen im Abendblatt schon die Bedenken im Vordergrunde. Der Trommelklang wird immer mehr gedämpft. Am schärfsten sprechen sich die „Vossische Zeitung" und die „Kreuzzeitung" gegen die Vermögensabgabe aus. Das Organ der Fortschrittspartei schreibt:

„Die einmalige Reichsvermögensabgabe ist so ziemlich eine Bankrotterklärung der Finanzverwaltung. Die Regierung weiß nicht mehr, wie sie die Ausgaben decken soll, und deshalb greift sie zu dem letzten Mittel, zu einem verzweifelten Mittel, wie es nur im Kriegsfall erhört ist. Man denkt unwillkürlich an das Mittelalter, wo das Reich einer geordneten Finanzwirtschaft entbehrte. Aber daß ein moderner Staatsmann in Friedenszeiten seine Zuflucht zu einer Abgabe nimmt, wie sie in modernen Finanzsystemen nirgends einen Platz hat, das muß Verwunderung erregen ... Die ganze „Vermögensabgabe" wäre vielleicht nicht vonnöten, wenn man sich entschlösse, eine durchgreifende, folgerichtige Besitzsteuer einzuführen, die „Finanzreform" volkstümlich zu gestalten und ausschweifenden Forderungen deutscher Chauvinisten den gebührenden Widerstand zu leisten ..."

Es ist auch recht lustig, was die „Vossische Zeitung" weiter sagt:

Die Beschwichtigungshofräte werden erklären: Einmal ist keinmal. Aber die Steuerzahler werden es nicht glauben. Wenn man heute für den einen Zweck eine besondere Abgabe vom Vermögen erhebt, weshalb nicht übers Jahr für einen andern? Wenn man heute eine Milliarde oder mehr vom Nationalvermögen wegnimmt, um eine Vermehrung der Reichsschulden zu verhüten, weshalb sollte nicht einmal ein ... Reichsfinanzminister auf den schönen Gedanken kommen, das Experiment öfters zu wiederholen, um die ganze Reichsschuld los zu werden? Auch eine Kleinigkeit! Man braucht dazu nur plötzlich und impulsiv zu sein und — eine ausschlaggebende Sozialdemokratie im Reichstag zu haben.

In der Tat, wenn die Regierung sich ihres Vorschlages freut, die Sozialdemokratie freut sich doppelt und kann triumphieren. Daß sie derart Schule machen werde, in der Zeit der „Sammlung", hat sie schwerlich erwartet. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn die Herren Bebel und Ledebour im Reichstag beantragt hätten, daß die Milliarde für einmalige Ausgaben des Heeres durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen aufgebracht werde! Da wäre der übliche Entrüstungssturm ausgebrochen; man hätte von „Expropriation der Expropriateurs", wie sie die Revolutionäre wollen, von Konfiskation des Vermögens, von Aufhebung des Eigentums gesprochen; man hätte gezeigt, wie eine solche Politik die Rentner, die Besitzenden aus dem Lande treibe, kurzum wie die einmalige Reichsabgabe vom Vermögen den Umsturz von Thron und Altar, das Ende von Religion, Sitte und Ordnung bedeute.

Und jetzt braucht die Sozialdemokratie ihren Antrag nicht erst zu stellen, die Regierung kommt ihr zuvor. Es ist ein grausamer Humor in diesem Vorgehen... Man gibt der Sozialdemokratie den ihr willkommensten Anlaß, bei späterem Bedarf immer die Deckung durch eine neue „einmalige" Abgabe vom Vermögen zu verlangen.

In der Tat hat es einen gewissen Wert, daß nun dem deutschen Volke gezeigt wird, wie leicht eine Riesensumme aufgebracht werden kann. Und wir Sozialdemokraten werden sicher nicht verfehlen, den schneidenden Gegensatz hervorzuheben, der darin liegt, daß für Kriegszwecke ohne weiteres eine Milliarde auf einmal und dazu eine viertel Milliarde jährlich von demselben Finanzminister aufgebracht werden kann, der nicht imstande ist, 10 Millionen für die Veteranen und die Witwen und Waisen der Arbeiter aufzutreiben.

Noch schärfer vielleicht als die „Voss. Ztg." wendet sich die „Kreuzztg." gegen den Plan der Regierung. Sie bezweifelt, ob es denn wirklich nötig sei, zu diesem „äußersten Hilfsmittel" zu greifen. Deshalb müsse man sich in der Beurteilung die äußerste Vorsicht auferlegen und abwarten, wie der Plan im einzelnen ausgestaltet werde. Dann, meint das konservative Blatt:

„Wenn es richtig ist, was wir bisher bezweifeln mußten, daß der Bedarf einer vollen Milliarde auf diese Weise gedeckt werden soll, so ergibt sich folgende überschlägliche Berechnung: Die preußische Ergänzungssteuer bringt rund 60 Millionen; das würde auf das Reich etwa 100 Millionen ausmachen; es müßte also der zehnfache Betrag der Ergänzungssteuer erhoben werden, und die Abgabe würde hiernach rund ⅔ v. H. des Vermögens betragen. Das ist eine Abgabe, die wohl nur in den allerwenigsten Fällen noch aus dem Einkommen bestritten werden kann, zu deren Deckung also Vermögensteile veräußert werden müssen. (!) Die Schwierigkeiten, die sich hierbei für die Einzelwirtschaft wie für die ganze Volkswirtschaft ergeben können, liegen klar auf der Hand. Das im Grundbesitz oder als Betriebskapital in Handel und Industrie angelegte Vermögen wird sich nur schwer flüssig machen lassen, und die Veräußerung selbst von Wertpapieren zum Zwecke der Deckung der Abgabe wird weiter erhebliche Schwierigkeiten volkswirtschaftlicher Art verursachen. (?) Man wird also sehr genau zu prüfen haben, ob tatsächlich der ganze Betrag auf einmal aufgebracht werden soll, oder ob nicht doch der Weg einer ratenweisen Aufbringung oder einer schnell zu tilgenden Anleihe vorzuziehen wäre."

Und dann sucht die „Kreuzztg." die Sache den Besitzenden von der anderen Couleur zu verekeln, indem sie „ergänzende Maßnahmen" fordert, die „das mobile Kapital an der Quelle, bei den Emissionen und dem Börsenverkehr", erfaßt. Die „Kreuzztg." fürchtet auch, daß die Bundesstaaten ihren verfassungsrechtlichen Widerstand gegen eine dauernde Reichsvermögenssteuer nicht mehr aufrechterhalten werden können, nachdem das Reich einmal in dieser Weise auf das Vermögen zurückgegriffen habe und sie hat „die ernstesten Bedenken" wegen der „Konsequenzen in der Zukunft".

Die übrige Presse ist weniger offenherzig. Die fortschrittliche Presse gibt zum Teil derselben Meinung Ausdruck, die wir schon in der Sonntagsnummer ausgesprochen haben.

Und in der Tat! Mit der Deckung der einmaligen Ausgabe ist es nicht getan. Das Entscheidende ist, daß auch die fortdauernden Lasten von den Besitzenden diesmal übernommen werden müssen. Wenn sich die Herren einbilden, mit ihrer „großen Geste" die Arbeiter täuschen zu können, so irren sie sich gründlich. Die Aufbringung einer Milliarde bedeutet eine jährliche Abgabe von 40 bis 50 Millionen. Das ist eine verschwindende Summe gegenüber der Viertelmilliarde jährlicher Neuausgaben und erst recht eine verschwindende Summe gegenüber den mehr als anderthalb Milliarden, die im Reiche jährlich durch Zölle und indirekte Steuern aufgebracht und dem Militarismus und Marinismus zugeführt werden. Die vier Millionen sozialdemokratischer Stimmen und die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sind ja die Ursache, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien überhaupt das ehemalige verruchte Dogma, daß das Reich nur auf indirekte Steuern beschränkt bleiben dürfte, aufgegeben haben. Aber diese Vermögensabgabe ist nur ein Mundspitzen. Diesmal muß schon gepfiffen werden und die Vermögensabgabe muß ergänzt werden durch eine dauernde Reichsvermögens- und Erbschaftssteuer. Die Regierung selbst erkennt ja an, darin stimmen wir der „Kreuzztg." durchaus bei, daß die verfassungsrechtlichen Bedenken Mumpitz sind. Was, wenn es einmal geschieht, kein Verfassungsbruch ist, ist es auch auf die Dauer nicht.

Aber über die finanzielle Frage darf man die militärische nicht vergessen. Dem Volke dürfen nicht nur keine neuen finanziellen Lasten aufgebürdet, es müssen auch die ungeheuren persönlichen Opfer verringert werden. Der Reichstag muß Stellung nehmen zu einer Herabsetzung der Dienstzeit. Eine Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit und erst recht die Beseitigung des erbitternden Ausnahmegesetzes der dreijährigen Dienstzeit ist selbst vom militärischen Standpunkte durchaus möglich. Und eine solche Verkürzung würde auch die ungünstigen internationalen Rückwirkungen abschwächen. Ob der Generalstab wirklich so leicht im Reichstag siegen sollte, wie er mit seinen phantastischen Forderungen bei der Regierung gesiegt hat, wird sich noch zu zeigen haben.

Eine kritische Stimme.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt über die Militärvorlage:

Jetzt soll für eine Militärvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke nach den bisherigen Mitteilungen um weitere 50 000 Mann erhöhen soll, allein an einmaligen Ausgaben eine Milliarde gefordert werden. Das geht so sehr über alles das hinaus, was man bisher für möglich gehalten hat, überschreitet alles erträgliche Maß in einem Umfange, daß man mit einigen nationalen Redewendungen nicht darüber hinwegkommt, sondern sagen muß: hier ist über die Grenze des finanziell allenfalls noch zulässigen weit hinausgegangen worden. Nach dieser Höhe der einmaligen Forderungen, über die man vor einigen Wochen noch gelacht haben würde, muß man mit gesteigerter Besorgnis der geforderten Vermehrung der dauernden Ausgaben entgegensehen, die anscheinend das Vierfache dessen betragen werden, was anfangs als Höchstsumme angesehen wurde. Die Regierung hat sich offenbar gescheut, beizeiten ihre Absichten in vollem Umfange bekannt zu geben. Es ist versucht worden, ohne Angabe der Endsumme Stimmung für die militärischen Forderungen zu machen. Aber diese Stimmung wird nun, wo man etwas Genaueres über die Lasten erfährt, stark abgeschwächt, und in vielen Kreisen in das direkte Gegenteil umschlagen... Der Eindruck ist nicht abzuweisen, daß es im Grunde mehr frühere Agitation als neue Erfahrungen gewesen sind, welche den Umschwung der Meinung durchgesetzt haben. Der Wehrverein hat obgesiegt, und nachdem einmal die einflußreichen Persönlichkeiten dafür gewonnen waren, haben die Leiter der Regierung einen Widerspruch gar nicht mehr gewagt. Es scheint, daß weder der Reichskanzler noch auch der Staatssekretär des Reichsschatzamts irgendein Bedenken geltend gemacht haben, obgleich die volle Lösung der Deckungsfrage vermutlich auch jetzt noch nicht gefunden ist. Alles ist so schnell gegangen, daß man diese finanzielle Vorfrage erst an den Schluß gestellt hat. Die militärischen Instanzen allein entscheiden. Sie suchen vielleicht jetzt noch, was sich etwa noch an Forderungen hineinbringen ließe, und so ist eine Zusammenfassung der verschiedenartigsten Wünsche entstanden, von denen man noch kürzlich sicherlich ein gut Teil für recht ausschweifend gehalten hat. ... Aber immer wieder muß gefragt werden, weshalb denn eine so exzessive Rüstungssteigerung notwendig sein soll, für die durchschlagende Gründe nicht angegeben sind.

Nach einem Vergleich der deutschen Heeresstärke mit denen anderer Nationen fährt das Blatt fort: An Aufwendungen für Heer und Marine aber leistet Deutschland zurzeit verhältnismäßig am meisten. Seine Aufwendungen für Heer und Flotte ohne Pensionen, ohne den militärischen Anteil an den Reichsschulden betragen rund 1400 Millionen Mark, ungefähr soviel wie diejenigen Rußlands und Englands, während Frankreich etwas über 1000 Millionen, Italien 500 bis 600 Millionen, Oesterreich 500 bis 600 Millionen aufwenden. Im Vergleich zum Gesamtbudget stellen sich die deutschen Militärausgaben noch erheblicher dar, weil sie etwa die Hälfte der Gesamtausgaben darstellen, in den meisten anderen Ländern aber nur ein Drittel. Nun soll die schon recht schwere Rüstung noch so ungeheuerlich verstärkt werden, daß ihr finanzielles Gewicht kaum zu ertragen sein würde. Glaubt man im Ernst, daß man die dagegen ankämpfende Kritik mit einigen Redewendungen abtun kann? Meint man, diejenigen, welche hiergegen ihre warnende Stimme erheben, seien weniger patriotisch als diejenigen, welche nur im Jasagen die nationale Pflicht sehen? Was kann durch solche Ueberspannung der Rüstungen erreicht werden? Wir sehen schon die nächste Folge: Mißtrauen und Argwohn im Auslande, die natürlich gesteigert werden durch schlecht angebrachte Hinweise auf die Zeit vor 100 Jahren, als ob wir wieder in einer ähnlichen Zeit schwerster Not und Gefahr seien. Und als weitere Folge zeigt sich schon ein neues Wettrüsten, das den Wert aller Freundschaftsbeteuerungen natürlich stark herabmindert. Gegen diese unerfreuliche Entwickelung gilt es Einspruch zu erheben und zu verhindern, daß man im Rüstungsrausch sich über alle Schranken hinwegsetzt.

Patriotische Gedenkfeiern und die konservative Politik.

Die Politik des sogenannten „entschiedenen" Liberalismus leidet seit jeher daran, daß sie günstige Gelegenheiten verpaßt und sich über den Charakter einer politischen Situation erst einigermaßen klar wird, wenn diese schon vorüber ist. So haben die fortschrittlichen Größen noch immer nicht begriffen, daß die konservative Presse mit ihren massenhaften hohenzollerisch-kolorierten Artikeln über die nationale Erhebung und den „großen Befreiungskampf" im Jahre 1813 den Zweck verfolgt, das deutsche Volk in einen chauvinistisch-patriotischen Begeisterungs- und Erinnerungsrausch zu versetzen und an diesem ihr abgestandenes Parteisüpplein zu kochen. Gerade für das, was das beste ist an jener Volkserhebung: die Selbstentschlossenheit und der kühne Wagemut, mit welchem das Volk, unbekümmert um die Zaghaftigkeit und die kleinliche Klügelei der hohen Regierung, sein Blut einsetzte — nicht nur, wie eine künftige höfische Geschichtsschreibung uns glauben machen will, nur die napoleonische Fremdherrschaft zu stürzen, sondern um zugleich mit deren Hinwegfegung freie Bahn für eine fortschrittliche politische Entwickelung zu schaffen, hat die konservative Junkerpartei nur Verständnis gehabt; denn in diesem Erwachen des Volkes zum eigenen Willen und Handeln hat sie immer nur den „Gifthauch" der großen französischen Revolution gesehen.

Sobald der Feind niedergeworfen war, hat die Junkerschaft alles, was sie konnte, getan, um das Freiheitsstreben des Volkes zu ersticken und selbst die dringendsten Reformen aufzuhalten. Besonders gegen die „revolutionären" Maßnahmen zur Beseitigung der Erbuntertänigkeit der ostelbischen Bauern lehnten sie sich mit größter Zähigkeit auf und glücklich gelang es ihr denn auch, den schwächlichen Verordnungen von 1808 und 1811 die berüchtigte Deklaration vom 29. Mai 1816 entgegenzustellen, die den Untergang zahlreicher Bauernstellen besiegelte. Und wie die Junkerpartei in der Volkserhebung von 1813 im Grunde genommen nie etwas anderes sehen wollte, als eine monarchistische Landesangelegenheit, als einen Beweis für die Königstreue und monarchistische Gesinnungstüchtigkeit des preußischen Volkes, so verfolgt sie auch heute mit ihren Erinnerungs- und Gedenkfeiern lediglich den Zweck, patriotisch-sentimentale Stimmungen zu wecken und diese für ihre unsauberen reaktionären Zwecke auszunutzen. Hätten die Fortschrittler einen etwas weiteren politischen Horizont, sie würden sich der

sonderbaren Art, in der die Konservativen die Gedenkfeiern auszugestalten suchen, energisch widersetzen. Statt dessen leisten sie der konservativen Mache in jeder Weise Vorschub — nur um nicht für antinational zu gelten. Und doch tritt die Tendenz der agrarkonservativen Presse, die ganze Sache für ihre politischen Interessen auszunutzen, so deutlich hervor, daß man sie mit der Hand greifen kann. Erst gestern wieder brachten „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" zwei Artikel, in denen aus der „nationalen Gesinnung" und dem „Monarchismus" des Fortschrittlertums gefolgert wird, daß dieses unbedingt bei den bevorstehenden Landtagswahlen für die Konservativen gegen die Sozialdemokratie kämpfen muß, und zugleich wird nachzuweisen gesucht, daß der Erfolg der Volkserhebung von 1813 vornehmlich der Weisheit und Besonnenheit Friedrich Wilhelms III. zu danken war, der viel „weiter" sah, als „sein" ungestümes Volk.

So heißt es in der „Kreuzzeitung":

Eine andere engere Frage noch aber ist durch die antinationalen Demonstrationen in Berlin akut geworden, die nach dem Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie. Eine unüberbrückbare nationale Kluft haben die freisinnigen Herren mit aller Deutlichkeit festgestellt. Wir haben eine solche Feststellung kaum mehr erwartet. Nun sie erfolgt ist, ist die Frage gestattet, ob denn Unterschiede in der nationalen Gesinnung für den Parteikampf, der doch angeblich um nationale Interessen ausgefochten wird, praktisch gar nichts zu bedeuten haben? Können denn Parteikämpfe, Parteigegensätze überhaupt noch Würdigkeit beanspruchen, wenn der erkannte Mangel an nationaler Gesinnung in geringerem Maße als trennendes Moment angesehen wird als verschiedene Anschauungen über die internen Einrichtungen des bestehenden nationalen Staates und verschiedene Auffassungen von den Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Will der Liberalismus mit einer unkorrigierten Stellungnahme zur Sozialdemokratie in diesem Erinnerungsjahr vor die Wähler Preußens treten, wollen die liberalen Herren nur die nationalen Feste mit dem königstreuen Bürgertum feiern und dabei ihren Monarchismus erweisen, aber die praktischen politischen Geschäfte mit der Sozialdemokratie besorgen und dem Republikanismus den Steigbügel halten? Oder sind patriotisch-preußische Wallungen und Demonstrationen der Unabhängigkeit gegen die Sozialdemokratie wie in der Wahlrechtsfrage so auch bei dieser nationalen Angelegenheit nur ein freisinniger Luxus, der in den Kommunen gestattet, in Staat und Reich aber verboten ist? . . .

Das auf der Bahn vom Liberalismus zur Sozialdemokratie bald in der Nachbarschaft des „Vorwärts" angelangte „Berliner Tageblatt" ist entsetzt über den nationalen Mannesmut der fortschrittlichen Volksvertreter, spendet Herrn Bernstein Worte warmer Anerkennung und, um seinerseits etwas für das freisinnig-sozialdemokratische Ehrgefühl zu tun, sucht es für einen gegen die „Kreuz-Ztg." gewandten Leitaufsatz unter dem Tisch der mit nationalen Werten so reich besetzten Tafel von 1813 die Abfälle in Gestalt einiger ärgerlichen Aeußerungen prominenter Persönlichkeiten jener Tage über die junkerlichen Frondeure um Marwitz zusammen und wirft den Kehricht den Junkern ins Gesicht. Es hieße, dem Schreiber zu viel Ehre antun, wollte man den heldenhaften Preußenadel jener Zeit und seine Nachkommen durch Widerlegung solcher Angriffe schützen."

Während die „Kreuzzeitung" den Freisinn für seine Zwecke einzufangen sucht, rechnet die „Deutsche Tageszeitung" mit der Freisinnspresse ab, weil diese angeblich die Person Friedrich Wilhelms III. verunglimpft hat, indem sie behauptet habe, „die Erhebung Preußens sei nicht das Werk dieses Königs, sondern des Volkes gewesen." Das sei unrichtig, meint der höfische Historiker des Bündlerblattes. In einem langen, den Tatsachen ins Gesicht schlagenden Artikel weiß er Friedrich Wilhelm III. die schönsten Königstugenden anzudichten, beis er schließlich zu folgendem Ergebnis kommt:

„Aber nicht minder notwendig und nicht minder rühmlich war der staatsmännische Blick, mit dem Friedrich Wilhelm III. und sein Kanzler das Spiel um Sein oder Nichtsein vorbereiteten, bis es auch vom Standpunkte der nüchternen Wirklichkeit der Dinge mit gutem Gewissen begonnen werden konnte; und der standhafte königliche Sinn, der dazu gehörte, lange Zeit hindurch schweigend die Verkennung durch die Besten des Volkes zu tragen. Der preußische König und das preußische Volk, sie haben gleichen Anteil an dem Gelingen wie an den Ehren der ewig ruhmwürdigen Erhebung des Jahres 1813. Und es ist ebenso unwürdig wie unwahrhaftig, sie in Gegensatz zu einander bringen und das Verdienst schmälern oder leugnen zu wollen, das sich Friedrich Wilhelm III. dadurch erworben hat, daß er damals nicht nur nüchterner, sondern auch weiter sah als das kühne Ungestüm seines Volkes."

Hätten die Fortschrittsgrößen nur inniges Verständnis für konservative Politik und Taktik, sie müßten erkennen, was die konservative Presse mit solchen Ausführungen bezweckt; aber bei Kapazitäten von der Qualität eines Cassel darf man selbst auf ein so geringes Maß politischer Einsicht nicht rechnen.

Der Balkankrieg.

Die Friedensvermittelung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Für die Klärung der Orientlage ist nunmehr ein voraussichtlich entscheidender Schritt erfolgt: die Türkei hat sich erfreulicherweise bereit erklärt, die Vermittelung der Großmächte zum Zweck des Friedensschlusses anzunehmen. Im Besitz dieser Mitteilung wenden sich die Mächte ungesäumt an die Regierungen des Balkanbundes, um festzustellen, ob diese ebenso wie die Pforte, die Vermittelung Europas annehmen wollen. Man wird mit Rücksicht auf den überall sich geltend machenden Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens erwarten können, daß auch die Balkanregierungen sich den Großmächten anvertrauen. Gelingt es, europäische Friedensverhandlungen endgültig in Fluß zu bringen, so darf man sich von dieser gemeinsamen Arbeit der Diplomatie auch eine günstige Rückwirkung auf die Lösung der von den Großmächten bisher noch nicht erledigten und ihre eigenen Interessen berührenden Fragen versprechen."

Eine Verschwörung gegen die türkische Regierung.

Konstantinopel, 2. März. Ueber eine jüngst entdeckte Verschwörung veröffentlicht die Regierung ein Communiqué, in dem es heißt: Die Untersuchung hat ergeben, daß eine Gruppe, der unter anderem der Sekretär des Prinzen Sabah Eddin, Lutfi Bey, ferner Sidki Bey aus Erzerum, Said aus Musch und ein gewisser Hassan angehörten, in dem Bureau des Prinzen zusammentrat und eine Verschwörung anzettelte, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen. In einer der letzten Versammlungen erklärte Lutfi, daß die Einsetzung eines Kabinetts aus Anhängern der Dezentralisation das einzige Mittel zur Rettung des Landes sei und daß bei einer derartigen Zusammensetzung des Kabinetts, selbst wenn Adrianopel fallen sollte, die Regierung den Abschluß des Friedens unter der Bedingung verbürgen könnte, daß Adrianopel neutralisiert würde. Die Regierung würde eine Anleihe von 50 Millionen Pfund erlangen. Es sei aber vor allem notwendig, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Die Versammlung beschloß, eine Massenkundgebung vor der Pforte zu veranstalten, die Politik des Kabinetts öffentlich zu tadeln, hierauf vor das Palais des Prinzen zu ziehen und dort zu verlangen, daß die Regierung abgesetzt und vor das Kriegsgericht gestellt, und daß ein Kabinett aus Anhängern der Dezentralisation ernannt werde. Der Beschluß der Versammlung faßte die Absicht in sich, die Mitglieder der Regierung und ihre Anhänger festzunehmen und sie an Bord eines bereitstehenden Schiffes zu bringen. Sidki Bey, Mitglied der Partei der liberalen Entente in Erzerum, hatte die Aufgabe, in einer griechischen Druckerei in Pera Aufrufe drucken zu lassen. Er wurde verhaftet, als er gerade im Begriffe war, Bomben bei dem dann gleichfalls verhafteten persischen Revolutionär Mehmed Ali zu bestellen. Die verhafteten Personen gestanden alles ein. Auf Grund der Beweise, die die Schuld des Privatsekretärs des Prinzen Sabah Eddin, Lutfi, dartun, nahmen die Behörden am 27. Februar im Palais des Prinzen eine Haussuchung vor. Lutfi und andere Komplicen sind flüchtig. Die Verhafteten werden heute dem Kriegsgericht überwiesen werdn.

Beschießung fremder Kriegsschiffe.

Konstantinopel, 3. März. Nach Berichten von Reisenden, die gestern hier angekommen sind, wurden am Sonnabend der italienische Dampfer „Monza", ferner ein Dampfer der Marseiller Gesellschaft Fraissinet und ein englischer Dampfer von bulgarischen Batterien beschossen, als sie Scharköj passierten. „Monza" sei beschädigt aufgelaufen, der französische Dampfer habe ein Leck erhalten, das man jedoch zustopfen konnte, und dann seine Reise fortgesetzt. Wie es heißt, wird der italienische Botschafter energisch dafür eintreten, daß ein italienischer Panzer nach Scharköj gesandt wird.

Keine Kriegsoperationen.

Konstantinopel, 3. März. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: Infolge des seit zwei Tagen herrschenden Sturmes und Schneewetters sind bei Bulair und an der Tschataldschalinie keine militärischen Operationen durchgeführt worden. Der Feind hat gestern Adrianopel in Zwischenräumen bombardiert. Der Gesundheitszustand der Truppen ist trotz des schlechten Wetters ausgezeichnet.

Eine tolle Sache.

Im Militäretat für das Jahr 1913 werden 5 894 000 M. gefordert zum Erwerb des Grundstücks Viktoriastraße 34 in Berlin als Dienst- und Wohngebäude für das Kriegsministerium (Militärkabinett) sowie für das Grundstück Wilhelmstraße 78. Kriegsminister v. Heeringen scheint eine besondere Vorliebe für Grundstücksgeschäfte zu haben. Das Militärkabinett ist derzeit in der Behrenstraße 66 untergebracht. Dieses Gebäude will der Kriegsminister verkaufen und er hat auch bereits einen Käufer gefunden, der ihm dafür 6 274 000 M. bezahlen will. Das Gebäude in der Behrenstraße bietet angeblich längst keine geeignete Unterkunft mehr. Zur Beseitigung des Raummangels sind in dem anstoßenden Hotel Bristol bereits drei Zimmer für 5000 M. pro Jahr gemietet worden. Zu einem Neubau reicht das vorhandene Gelände angeblich nicht aus und ein Neubau käme zu teuer.

Wir wollen nun einmal alle diese Gründe gelten lassen. Es ist unbedingt unwirtschaftlich in höchstem Grade, ein militärisches Kanzleigebäude ohne zwingende Notwendigkeit im teuersten Teile Berlins zu unterhalten. Das Militärkabinett ist die in der Verfassung nicht vorgesehene militärische Kanzlei des Kaisers. Zweckmäßig hätte sich diese Kanzlei in der nächsten Nähe des Aufenthaltes des Kaisers zu befinden. Das ist freilich nicht möglich, weil der Kaiser seinen Aufenthalt zu oft wechselt. Unter solchen Umständen ist das Militärkabinett an einen bestimmten Platz nicht gebunden. Wenn also das hochwertige Grundstück in der Behrenstraße für 6 274 000 M. verkauft wird, so ist das nur mit Freuden zu begrüßen. Auf dem Tempelhofer Feld hat die Heeresverwaltung soviel Grund und Boden, daß für das Militärkabinett dort mit Leichtigkeit ein Dienstgebäude errichtet werden kann. Die überschießenden Millionen könnte das Reich gerade jetzt sehr notwendig gebrauchen.

Allein der Kriegsminister will keinen einfachen Grundstücksverkauf vornehmen, er will Grundstücksgeschäfte machen. Für das Grundstück in der Behrenstraße will er in Kauf nehmen das Villengrundstück Viktoriastraße 34 und das Grundstück Wilhelmstraße 78; ersteres zum Betrage von 3 350 000 M., letzteres von 2 484 000 M. Der Rest von 440 000 M. ist an das Reich herauszuzahlen. Der Kauf des letzteren Grundstückes wird wie folgt begründet:

„Das im Privatbesitz befindliche Grundstück Wilhelmstraße 78 (früher Fürst Pleßsches Palais) grenzt unmittelbar an das Dienstgebäude des Reichskanzlers. Es sollte als Geschäftshaus einer Möbelfirma Verwendung finden, wodurch eine Störung des Dienstbetriebes und Dienstverkehrs im Reichskanzlergebäude befürchtet werden mußte. Der Erwerb des Grundstücks ist daher notwendig."

Einfach unglaublich! Weil der Reichskanzler eine Störung seines Dienstbetriebes fürchtet, irgendwelche Anhaltspunkte für den Eintritt dieser Störung fehlen vollkommen, kauft der Kriegsminister dieses Grundstück für 2 484 000 M. Was in aller Welt geht denn das das Kriegsministerium an? Vielleicht meint man, daß es bei den ungeheuren Summen, mit denen dort gearbeitet wird, auf die paar Millionen nicht mehr ankommt! Ist erst der Platz vorhanden, dann wird sich bald das Bedürfnis herausstellen, dort ein militärisches Gebäude zu errichten. Seit wann gehört es denn zu den Aufgaben des Kriegsministeriums, den Reichskanzler vor wirklichen oder eingebildeten Unannehmlichkeiten zu bewahren? Hätte man noch vorgeschlagen, dort das Dienstgebäude für das Militärkabinett zu errichten, dann hätte das noch plausibel geklungen; zu billigen wäre es dann freilich auch nicht gewesen. Aber das Militärkabinett will man nach der Viktoriastraße verlegen und dem Chef des Militärkabinetts die dortige Villa als Dienstwohnung anweisen! Ein Geschäftszimmergebäude nebst Dienstwohnung anweisen! Ein Geschäftszimmergebäude nebst Stallungen sollen neu errichtet werden. Diese luxuriöse Villa wird im Etat bescheiden als Wohnhaus bezeichnet und dabei bemerkt, daß der Chef des Militärkabinetts Anspruch auf eine Dienstwohnung habe. Der Chef des Militärkabinetts bezieht sein Gehalt aus Kapitel 21, Titel 1, wo es heißt:

„Der Chef des Militärkabinetts erhält 4500 M. Dienstzulage. Ein General hat Anspruch auf Dienstwohnung."

In Wirklichkeit bezieht der Chef des Militärkabinetts 18 000 M. Dienstzulage, sobald ein dem Patent nach jüngerer General mit der Führung eines Armeekorps betraut wird. Dieser Fall ist eingetreten. Der Anspruch auf Dienstwohnung ist wie bei den anderen Generalen natürlich so zu verstehen: wenn eine solche vorhanden ist. Ist eine solche Dienstwohnung nicht vorhanden, dann erhält der General ein Wohnungsgeld in Höhe von 15 333 M. pro Jahr. In der feinsten Gegend Berlins eine Villa zu kaufen, um sie einem General zur Verfügung zu stellen, ist ein Beginnen, gegen das nicht scharf genug protestiert werden kann.

Schon im Vorjahre spielte im Reichstage ein ähnlicher Fall. Damals verlangte man 710 000 M., um für den kommandierenden General in Frankfurt a. M. ein Dienstwohn- und Bureaugebäude zu bauen. Der Vertreter der Heeresverwaltung führte damals aus, daß der General in Frankfurt keine geeignete Wohnung finden könne! Dabei kostete die Dienstwohnung, die er bis dahin innehatte, zuerst 22 000, dann 18 000 M. pro Jahr! Der Reichstag lehnte diese Zumutung damals ab und der General ist durchaus nicht etwa obdachlos geworden.

Diesmal liegt die Sache komplizierter. Im Frankfurter Fall war die erforderliche Summe lediglich angefordert, im jetzigen Fall hat die Heeresverwaltung das Grundstück Viktoriastraße 34 durch eine Mittelsperson bereits kaufen lassen. Noch mehr, wie der Augenschein zeigt, wird in der Villa bereits fleißig gebaut und neben der Villa steht schon ein im Rohbau fertiges, monumentales Gebäude, vermutlich das Gebäude für die Dienstzimmer. Alles das, ohne daß bis jetzt der Reichstag auch nur einen Pfennig bewilligt hat! Wir stellen die Behauptung nicht auf, daß die Heeresverwaltung bewußterweise den Reichstag vor eine vollendete Tatsache stellen wollte, in der Sache läuft es aber darauf hinaus. Den Reichstag darf das aber nicht abhalten, unter allen Umständen zu verhüten, daß dem Chef des Militärkabinetts dieses Palais als Dienstwohnung überwiesen wird. Wie sich die Heeresverwaltung damit abfindet, das ist ihre Sache. Nach dem Frankfurter Fall war sie gewarnt. Hat erst der Chef des Militärkabinetts ein Palais als Dienstwohnung, dann darf man den Chef des Marinekabinetts nicht zurücksetzen. Vielleicht daß der Platz in der Wilhelmstraße bereits dafür in Aussicht genommen ist.

Dem Reichstag ist ein Etats-Notgesetz zugegangen, in diesem Gesetz wird die Zustimmung zu diesen merkwürdigen Vorgängen gefordert, deshalb war es nötig, die Oeffentlichkeit auf diese tolle Sache aufmerksam zu machen. Hier kann es, ohne Rücksicht auf die Folgen für den Kriegsminister, nur eine glatte Ablehnung geben. Erst gedenke man der hungernden Veteranen, ehe man einem General ein Millionenobjekt als Dienstwohnung überweist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März 1913.

Die Marinedebatte.

Aus dem Reichstage. Herr v. Tirpitz hat selten sein Gehalt auf solche bequeme Weise erhalten wie in diesem Jahre. Die bürgerlichen Parteien waren am zweiten Tage noch wortkarger als am ersten Tage. Am Sonnabend hatten die Parteien wenigstens alle einen Redner vorgeschickt, die zweite Runde der Redner am Montag endete aber sehr bald wegen Mangels an Wortmeldungen.

Dabei war wiederum von sozialdemokratischer Seite der ganze Komplex von Fragen, die unser Marinewesen angehen, eingehend und sachkundig zur Erörterung gestellt worden. Genosse Noske ging auf die Reden der bürgerlichen Abgeordneten vom vergangenen Sonnabend ein, und zwar nahm er sich besonders das Zentrum und seinen wandlungsreichen Erzberger zu scharfer und wohlbegründeter Kritik vor. Aber das Echo war nur matt. Man hat eben keine Lust, sich wegen der Marine zurzeit in geistige Unkosten zu stürzen. Gegenwärtig ist die ungeheure Verstärkung des Landheeres und die noch ungeheuerlichere Kostenfrage für diese Verstärkung die Frage des Tages.

In der Spezialdebatte nahm beim Bekleidungsamt Genosse Albrecht das Wort, um in energischer Weise für die Interessen der Handwerker einzutreten. Eine längere Debatte entspann sich bei der Werftverwaltung. Genosse Brandes war wieder, wie schon im vorigen Jahre, der warmherzige Anwalt der Werftarbeiter. Das Beschwerdematerial war ihm so reichlich zugeströmt, daß er nur einen bescheidenen Teil davon vortragen konnte und dennoch dafür schon eine Stunde Zeit notwendig hatte.

Der Staatssekretär v. Tirpitz nahm unmittelbar nach Brandes das Wort, um in einer von sozialem Verständnis nicht getrübten Scharfmacherrede den Beweis zu liefern, daß er den Wünschen der Arbeiter gegenüber keineswegs die verbindliche Bereitwilligkeit besitzt, die er bürgerlichen Parteien gegenüber stets in freigebigem Maße zur Verfügung hält. Die Arbeiter will er vor der Anstellung kritisch anschauen wie — eine Hausfrau ein neues Dienstmädchen! Querulanten und Friedensstörer, was für ihn alle Agitatoren sind, duldet er nicht, da er damit aber ebenso wie der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach lediglich die Vertreter der Arbeiterschaft im Auge hat, so wird er durch seine schroffe Haltung selbst zum Agitator und „Friedensstörer", was er in anderer Beziehung durch seine ewigen Flottenrüstungen allerdings schon in hohem Maße seit anderthalb Jahrzehnten ist. Jugendliche sollen nicht Politik treiben, dekretiert Herr v. Tirpitz, wendet sich mit dieser Mahnung aber irrigerweise an die Sozialdemokraten statt an seinen Kollegen vom Landheer, den Generalfeldmarschall des Jungdeutschlandbundes v. d. Goltz. Die Löhne darf er nicht in ausreichendem Maße erhöhen, sonst schadet er damit — den Privatbetrieben!

Der Fortschrittler Weinhausen wußte auf diese sonderbare Sozialpolitik des Herrn v. Tirpitz nicht die gebührende Antwort zu geben. Er begann dagegen mit einer Schulmeisterei an die Adresse des sozialdemokratischen Redners, der nach seiner Meinung zu viele Einzelheiten vorgetragen hatte. Sodann setzte sich Herr Weinhausen selber in Positur, um eine halbe Stunde lang Einzelheiten vorzutragen. Ja, Bauer — —!

Die Debatte geht am Dienstag weiter.

Eisenbahnetat.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung und zwar drehte sich die Debatte um die finanztechnische und die wirtschaftliche Seite des Etats. Die glänzende Finanzlage der Eisenbahnen wurde von allen Seiten anerkannt, und auch der Minister v. Breitenbach mußte zugeben, daß die Einnahmen ganz gewaltig gestiegen sind, so daß dem Ausgleichsfonds 71 Millionen zugeführt werden können. In Wirklichkeit wird, nach den Erfahrungen früherer Jahre zu urteilen, diese Summe wohl noch erheblich größer sein. Am geringsten sind

die Erträge aus der ersten Wagenklasse, aber anstatt daraus den logischen Schluß zu ziehen und diese Klasse endlich zu beseitigen, schlug Herr Schmedding vom Zentrum eine Ermäßigung der Tarife für sie vor. In den übrigen Klassen will man mit Tarifermäßigungen nicht vorgehen, die Mehrheit des Landtags ist sich mit der Regierung darin einig, daß Tarifermäßigungen ein zweischneidiges Schwert sind; die Tarife für die erste Klasse aber sollen herabgesetzt werden, unbekümmert darum, ob die Erträge denn auch genügen werden, nur damit die Herren, die nicht mit dem „Volke" in Berührung kommen wollen, nach wie vor auf den Polstern ruhen können. So verlangt es der Klassenstaat. Denselben Standpunkt nimmt der Minister ein, der nebenbei bemerkt, auch die von dem Genossen Ströbel erhobene Forderung auf Einfügung von Schnellzügen mit Wagen vierter Klasse ablehnt.

In der Debatte spielte auch die Frage der Eisenbahngemeinschaft eine Rolle. Abg. Macco (natl.) bezeichnete die Eisenbahngemeinschaft als ein schönes Ideal, glaubt aber, daß es sich nicht verwirklichen läßt. Auch das Zentrum hat Bedenken dagegen, und Abg. Graf von der Groeben (k.) warnte sogar davor, in der Betriebsmittelgemeinschaft weiter zu gehen als unbedingt nötig sei. Die Stellung des Ministers ist bekannt, er ist Gegner der Eisenbahngemeinschaft. Im Gegensatz zu ihm stehen die Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Ströbel sprach, auf dem Boden des Gedankens der Eisenbahngemeinschaft. Im übrigen schilderte der sozialdemokratische Redner die Abhängigkeit der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung, er warnte davor, dem Drängen der Reichen nachzugeben, die die gute Finanzlage ausnutzen wollen, um für sich Steuererleichterungen zu verschaffen, statt endlich die Grenze für das steuerfreie Existenzminimum heraufzusetzen, und übte, ebenso wie vorher der Abg. Pachnicke, scharfe Kritik an dem Widerstand der städtefeindlichen konservativ-klerikalen Gesellschaft gegen die Elektrisierung der Berliner Stadtbahn.

Aus der sonstigen Debatte ist nur noch die Erklärung des Finanzministers Lentze gegen die Beseitigung der Steuerzuschläge und der Versuch des Abg. Frhrn. v. Zedlitz (fk.) zu erwähnen, Herrn v. Breitenbach wieder einmal scharf zu machen, da im Interesse der Betriebssicherheit eine strenge Disziplin notwendig sei. Was der Oberscharfmacher damit meint, wissen wir, der Minister geht ihm anscheinend noch nicht schneidig genug gegen die Sozialdemokratie vor.

Dienstag: Fortsetzung.

Die Osterferien des Reichstags.

Nach den ursprünglichen Abmachungen sollten die Sitzungen des Reichstags bis zum 14. März dauern, um dann nach einer kurzen Osterpause wieder aufgenommen zu werden. Plötzlich ist darin eine Aenderung eingetreten. Der Reichstag soll nämlich bereits am kommenden Sonnabend, den 8. März, in die Ferien gehen und erst am 2. April wieder zusammentreten. Neben dem Marine-Etat sollen diese Woche noch der Kommunal-Etat und das Etat-Notgesetz erledigt werden. Die nachstehenden Etats: Militär-Etat, Auswärtiges Amt, Reichskanzler, Reichsschatzamt usw. können gegenwärtig nicht beraten werden, weil man in diesen Aemtern alle Hände voll zu tun hat mit der Vorbereitung der Militärvorlage und der Frage der Deckung. Der Etat des Auswärtigen Amts kann nicht beraten werden, weil der neue Staatssekretär v. Jagow sich noch nicht völlig in sein neues Amt eingearbeitet hat, so daß für die nächsten Wochen Beratungsstoff für das Plenum des Reichstags nicht vorhanden war.

Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die neue Militärvorlage veröffentlicht wird.

Märzfeier in Hamburg.

Ein dringlicher Antrag des Senats, dem Festausschuß für die patriotische Märzfeier 25 000 M. zu bewilligen, kam am 26. Februar in der Bürgerschaft zur Verhandlung. Namens der sozialdemokratischen Fraktion protestierte Genosse Stolten gegen diese Verwendung von Staatsgeldern. Zu irgendwelcher Jubelstimmung biete das Gedächtnis der historischen Ereignisse von 1813 insbesondere für Hamburg keinen Anlaß. Die große Zeit habe hier nur ein kleines Geschlecht gefunden. Die maßgebenden Kreise Hamburgs haben während der Franzosenherrschaft den Kaiser Napoleon in serviler Weise umschmeichelt. Noch nach dem Einzug der Russen wurde die Verteidigung der Stadt gegen die Franzosen nur widerwillig und unzureichend betrieben. Daß das damalige Bürgertum den besseren Teil der Tapferkeit wählte, sei zwar aus der bedrängten Lage des kleinen Hamburger Staates zu begreifen, doch liege nun auch kein Grund vor, sich für die sogenannte Befreiung, an der das Bürgertum den geringsten Anteil hatte, übermäßig zu begeistern. Für die Bevölkerung Hamburgs sei die Zeit der Befreiungskriege eine Elendszeit gewesen, wolle man dieser Zeit gedenken, so sei die würdigste Feier die, das heutige Elend zu bekämpfen, z. B. durch Veteranenunterstützung. Für den Mummenschanz eines historischen Festzuges, wie er hier geplant sei, werde die Sozialdemokratie nichts bewilligen.

Die bürgerlichen Fraktionen taten sehr entrüstet über diese Haltung der Sozialdemokratie, die sich damit wieder einmal „lossage von der allgemeinen vaterländischen Begeisterung, die das ganze Volk ergriffen habe". Dem Redner der Linken Herrn Rohde entschlüpfte dabei das Geständnis, die Märzfeier solle vor allem der „Bekämpfung einer gewissen Phalanx", der nur durch Stärkung des vaterländischen Gefühls beizukommen sei, dienen, worauf ihm Genosse Stolten mit der Bemerkung diente, man werde doch nicht von der Sozialdemokratie, auf die man so deutlich ziele, noch erwarten, daß sie sich an ihrer eigenen Bekämpfung beteilige. — Mit allen bürgerlichen Stimmen wurde darauf gegen die sozialistischen Stimmen dem Senatsantrag zugestimmt. Daß von einer wahrhaft volkstümlichen Feier keine Rede wird sein können, geben nach dieser Verhandlung selbst bürgerliche Blätter zu.

Zentrumskatholischer Terrorismus.

In einem gegen den Deutschen Buchdruckerverband gerichteten Artikel forderte kürzlich die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung" — wahrscheinlich auf Veranlassung der Geistlichkeit — die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, die zugleich Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes sind, in eindringlichster Weise auf, aus diesem Verband auszuscheiden und dem Gutenbergbund beizutreten; denn die politische und religiöse Konsequenz verlange, daß kein katholischer Arbeiter einer Gewerkschaft angehöre, die unter der Aufsicht der Generalkommission stehe.

Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Die katholischen Arbeitervereine können es nicht dulden, daß Mitglieder ohne zwingende Notwendigkeit irgendeiner gewerkschaftlichen Berufsorganisation angehören, die der Generalkommission sozialistischer Gewerkschaften angeschlossen ist. Wir können nicht, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns den Vorwurf der „Unduldsamkeit" macht. Der Vorwurf kann uns nicht treffen, denn wir verlangen nur Konsequenz, Uebereinstimmung von Ueberzeugung und Handlung. Wir dürfen nicht anders handeln. In Zeiten der Gärung und Wandlung ist jede Halbheit vom Uebel. Wir haben den Vereinsmitgliedern, die dem Verband angehören, lange genug Zeit zur Besinnung gelassen. Wir kommen dem Zeitpunkt immer näher, wo es nur mehr heißen wird: Sooder so!"

Doch bei der Aufforderung ist es nicht geblieben. Gleichzeitig wurde in den katholischen Arbeitervereinen strenge Musterung gehalten und den Arbeitern mit Ausschluß gedroht, die nicht alsbald aus dem Buchdruckerverband austreten würden. Allerdings nicht überall mit dem gewünschten Erfolg. In Köln erklärten z. B. am 16. Februar die katholischen Arbeitervereinsmitglieder in einer Versammlung des Ortsvereins des Buchdruckerverbandes, im Verbande bleiben zu wollen, und an vielen anderen Orten schlossen sich die Arbeitervereinsmitglieder dieser Ansicht an. Doch als die schwarzen Heerführer einsehen mußten, daß ihre Drohung für die Katz ist, suchten sie auf einem anderen Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Besitzer von Zentrumszeitungen und Druckereien wurden aufgefordert, dem Gutenbergbund energischer wie bisher Verbandsmitglieder zuzuführen. Diesem Ansinnen sind auch einige dieser Besitzer gefolgt. So stellte Dr. Scharmitzel (Generalsekretär des Windthorstbundes und Inhaber der Firma Max Scharmitzel in Köln) an seine dem Verband angehörigen Gehilfen das strikte Verlangen, aus dem Verband auszu- und in den Gutenbergbund einzutreten! Sie müßten dies unbedingt tun, da sie andernfalls der Ruin seines Geschäfts seien!! Und der Grund zu dieser Maßnahme?? Der bündlerische Sekretär für Rheinland-Westfalen, Felder, war bei genannter Firma vorstellig geworden und hatte mit Entziehung der Drucksachen gedroht, falls die Gehilfen nicht dem Bunde beiträten!! Aber auch dieser Akt des Terrorismus schlug fehl, weil das Tarifamt entschied, — „daß die Drohung mit der Entlassung tarifwidrig sei und eine Verletzung des § 10 Ziffer 2 des Tarifs bedeuten würde."

Durch Bedrohung mit dem Verlust ihrer Stellung und der Nichtaufnahme in solche Druckereien, die Drucksachen für die Zentrumspartei herstellen, sollen also die katholischen Buchdrucker und Schriftsetzer gezwungen werden, aus ihrem Berufsverbande auszutreten und sich dem Gutenbergbund anzuschließen. Und dieselben Blätter, die über sozialdemokratischen Terrorismus schreien, wenn irgendwo Mitglieder einer freien Gewerkschaft einen „christlich" organisierten Arbeitskollegen zu bewegen suchen, ihrer Gewerkschaft beizutreten, haben nicht das geringste gegen dieses terroristische Verfahren der Zentrumsführer einzuwenden; im Gegenteil, sie scheinen das Mittel ganz probat zu finden. Es geht doch nichts über die verlogene Moral des Klerikalismus!

Glaubensfeindliches Einwickelpapier.

Aus Bayern, 2. März. In Inzell, einem weltentlegenen bayerischen Gebirgsdorfe, regte sich kürzlich bei einer Kindtaufe der amtierende Geistliche darüber auf, daß die Taufkerze in ein Exemplar der „Neuen Freien Volkszeitung" eingewickelt war, und fragte voller Entrüstung die Anwesenden, ob sie denn kein anderes Papier zu Hause hätten, als ein solches „Saublatt". — Das genannte Blatt ist das Münchener Organ des Bauernbundes und war bis zur Scheidung der bayerischen Bauernbündler vom Zentrum auch bei den Klerikalen wohlgelitten.

Das Endergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl

ist nach der am 28. Februar vollzogenen Notabelwahl folgendes: Rechte 40, Zentrum 30, Linke 39, Konservative 1, Vereinigte Liberale 30, Sozialdemokraten 20. — Gleichgeblieben ist der Besitzstand von Sozialdemokraten und Liberalen. Verloren hat das Zentrum 5 Sitze, wovon auf die Rechte und Linke je 2, auf die neugegründete konservative Vereinigung 1 entfallen ist.

Eine Nachwahl zum Lippeschen Landtage,

an der der liberale Reichstagsabgeordnete für Lippe Dr. Neumann-Hofer beteiligt war, hat zwar diesem in der Stichwahl am 1. März den Sieg gebracht, aber das Ergebnis ist für den Niedergang des Liberalismus bezeichnend. Unser Genosse Becker blieb nur 50 Stimmen hinter der liberalen Stimmenzahl zurück, und das in einem Kreise, der bisher absolut sicher für die Liberalen galt.

In Erwartung des ungarischen Massenstreiks.

Die Nervosität der Behörden.

Budapest, den 3. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der vergangene Sonntag war ein Tag der Aufregung, nicht nur für die Hauptstadt, sondern für das ganze Land. Der Oberstadthauptmann hat wieder einen Befehl erlassen, und zwar will er nach echt russischer Art die Hausmeister seiner Botmäßigkeit unterstellen. Der Befehl verfügt, daß die Haustore um 7 Uhr abends gesperrt werden müssen. Sämtliche Straßenfenster sind mit Rouleaus zu versehen, die bei den geringsten Exzessen geschlossen werden sollen. Ferner fordert der Oberstadthauptmann die Hausmeister auf, fremde Personen in den Häusern nicht zu dulden. An die Arbeiter und Unternehmer richtet er die Aufforderung, wenn sie selbst in ihrer friedlichen Arbeit gestört werden sollten, sich sofort an das nächste Polizeirevier zu wenden. Zum Schluß betont er, daß Polizei und Militär bei Widerstand sofort von den Schußwaffen Gebrauch machen.

Auch die Regierung tut das ihrige. Von frühmorgens an marschierten ganze Regimenter, mit Schmutz und Staub bedeckt, durch die Straßen den Kasernen und Schulgebäuden zu. Hinter jedem Regiment ging auch die Rote-Kreuz-Sanitäts-Abteilung mit ihren Feldbahren. Jeder Eisenbahnzug bringt Massen von Gendarmen, die mit ihren Koffern und Säcken bepackt durch die Straßen eilen. Es scheint, daß die Regierung ihre Maßregeln deshalb so öffentlich trifft, um die die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Auf Drängen der Militärbehörde hat der Leiter der städtischen Schulsektion den Soldaten vier große Schulgebäude zur Einquartierung bewilligt. Es geschah dies, um die Bürger vor den Schikanen der Einquartierung zu schützen. Es wird öffentlich bekanntgemacht, daß jeder Soldat 140 scharfe Patronen bei sich führt.

Am Montag gingen die Arbeiter wie gewöhnlich, wenn auch widerwilliger, in die Werkstätten und Fabriken und harren des Zeichens der Partei, daß der Streik beginnt. Die Parteileitung fordert in der Presse die Arbeiter auf, sich von falschen Gerüchten der bürgerlichen Presse nicht irreführen zu lassen, und erst dann die Arbeit niederzulegen, wenn von der Parteipresse die Anweisung kommt.

Die Parteiorgane vom Sonntag wurden wieder konfisziert. Die fortdauernden Konfiskationen haben nur den Zweck, die Provinz von der Hauptstadt abzuschneiden. Auf die Arbeiter machen sie keinen Eindruck mehr. Gerüchtweise verlautet, daß die Regierung die Telegraphen- und Telephonämter angewiesen hat, Zirkulare der Parteileitung, die auf telegraphischem oder telephonischem Wege die Arbeiterschaft der Provinzstädte zum Streik aufrufen, nicht zu befördern. Die Parteileitung hat in ihrer Sonntagsitzung Mittel und Wege gefunden, die Arbeiter trotz dieser Verordnung zu verständigen.

Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Bezirksleiter des Landes versiegelte Orders verschickt, die am 3. März zu öffnen sind und nach denen streng gehandelt werden soll.

Eine Erklärung der Parteileitung.

Aus Budapest wird uns weiter unterm 3. März gemeldet:

Die Tagesblätter verbreiten beharrlich falsche Gerüchte über den Aufschub oder die Abrüstung des Generalstreiks. Demgegenüber hat die Parteileitung folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Gerüchte über den Beginn des Streiks wie über die ev. Abrüstung, die die bürgerlichen Blätter verkünden, falsch und erlogen sind. Die Parteileitung erklärt, daß sie vom außerordentlichen Parteikongreß die Pflicht übernommen hat, den Generalstreik ev. zu proklamieren; sie behält sich das Recht vor, den Zeitpunkt des Ausbruchs des Streiks zu bestimmen, aber nicht dann, wenn die Regierung mit ihrer militärischen Bereitschaft dies wünscht, sondern wenn die Parteileitung den Zeitpunkt für am günstigsten hält."

Der Reichstag

hielt am Montag wieder eine Sitzung ab. Gendarmerie und Polizei hatten wieder ein großes Aufgebot gestellt. Die Keller des Reichstages waren vollgepfropft von Polizisten. Die Opposition war nicht erschienen. Die Sitzung beschäftigte sich nur mit dem Lehrergesetz, das Montag noch nicht erledigt wurde. Am Schluß der Sitzung bestimmte der Präsident die Tagesordnung für Dienstag. Als erster Punkt soll das Lehrergesetz und dann, wenn noch Zeit vorhanden ist, als zweiter Punkt das Wahlrechtsgesetz verhandelt werden. Es geschah dies, um die Opposition irre zu führen, die nur dann im Reichstag erscheinen will, wenn die Wahlrechtsdebatte beginnt.

Die Opposition hielt am Montag eine Sitzung ab, in der ein wichtiger Beschluß gefaßt wurde, der zwar geheim ist, über den aber Gerüchte zirkulieren, nach welchen die gesamte vereinigte Opposition in radikalster Weise die Debatte hindern wird.

Der Führer der vereinigten Opposition, Julius v. Justh, trifft aus Italien, wo er wegen einer Krankheit weilte, Dienstag früh in Budapest ein.

Die Situation am Montag.

Budapest hatte am Montag schon das Gepräge des Belagerungszustandes. Die Polizisten patrouillieren in Begleitung von zwei Gendarmen mit aufgepflanzten Gewehren in den Revieren der inneren Stadtteile. Durch die äußeren Stadtteile zieht Militär zu Fuß und zu Pferde. Die Schulen sind sämtlich von Soldaten besetzt, und der Schulunterricht ist aufgehoben.

Von allen Ländern sind Berichterstatter eingetroffen.

Angeblich soll Ministerpräsident Lukacz selbst versucht haben, dem Reichstagspräsidenten Tisza einige Konzessionen für die Arbeiterschaft abzuringen; jedoch weigert sich Tisza beharrlich, in das Gesetz irgend welche liberale Bestimmungen aufzunehmen.

Eine Hilfsaktion der österreichischen Bureaukratie.

Wien, 3. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Eine imposante Versammlung der Wiener Genossen, in der Austerlitz und Abg. Dr. Renner über den Bruch des Königsversprechens über die Wahlreform durch die ungarischen Regierungsgauner sprachen, wurde von dem überwachenden Polizeibeamten aufgelöst. Abg. Glöckel brachte trotzdem die Resolution zur Annahme.

China.

Die Haltung der Mongolei.

Urga, 2. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die mongolische Regierung erhielt die Mitteilung, daß eine im Bezirk Kobdo stehende chinesische Abteilung durch neue Truppenteile aus Gutschen verstärkt worden sei und große Proviantvorräte beschafft habe. Es werde beabsichtigt, die Truppen in der inneren Mongolei in erster Reihe auf Kobdo oder Uljassutai marschieren zu lassen.

In einer telegraphischen Antwort auf das letzte Schreiben Iwanschikais erklärt der Hutuchtu, der Präsident versichere unnützerweise, daß die Chinesen von Mitleid mit den Mongolen erfüllt seien. Der Hutuchtu weist auf die Zerstörung Choschuns und die Hinrichtung der Abgesandten der mongolischen Regierung in Kobdo hin, was schwerlich ein Beweis von Mitleid sei. Die Mongolen hätten ohne äußerste Notwendigkeit keinen Blutstropfen vergossen und kein chinesischer Beamter sei in der Mongolei der Folter unterworfen worden. Der Anschluß einiger Fürsten der inneren Mongolei an die Republik sei ausschließlich durch die Zeitverhältnisse bedingt. Der Hutuchtu empfiehlt dem Präsidenten als besten Ausweg aus der geschaffenen Lage, sich mit der inneren Politik zu beschäftigen, um China vor neuen Nöten und einer Teilung durch die Ausländer zu bewahren. Angesichts der Drohungen des Präsidenten habe die mongolische Regierung die nötigen Maßnahmen getroffen.

Afrika.

Fortgang des Kolonialkrieges in Tripolis.

Tripolis, 2. März. (Meldung der Agenzia Stefania.) In der Nacht von Freitag auf Sonnabend griffen einige hundert Rebellen das Fort Buagilah an, wurden jedoch von den italienischen Truppen unter starken Verlusten in die Flucht geschlagen. Auf seiten der Italiener fielen zwei Askaris; ein Major von den Versaglieris wurde leicht verwundet. Die Rebellen ließen 85 Tote, darunter zwei Anführer, auf dem Kampfplatze zurück, andere Tote sowie zahlreiche Verwundete hatten sie bereits während des Kampfes fortgeschafft.

Mexiko.

Kämpfe zwischen Mexikanern und amerikanischen Bundestruppen.

El Paso, 3. März. Soldaten der Bundestruppen an der Grenze schossen von mexikanischem Gebiet auf vier amerikanische Offiziere, die sich auf amerikanischem Gebiet in der Nähe von Douglas (Arizona) befanden. Eine Abteilung Neger-Kavallerie erwiderte das Feuer und schlug, verstärkt von zwei anderen Truppenabteilungen, die mexikanischen Soldaten in die Flucht.

Douglas (Arizona), 3. März. Bei dem Zusammenstoß zwischen mexikanischen und amerikanischen Soldaten kämpften auf seiten der Mexikaner 60, auf seiten der Amerikaner anfangs 16 Mann. Sechs Mexikaner wurden getötet und mehrere verwundet.

Wie von autoritativer Seite mitgeteilt wird, wurde die Regierung in Washington um besondere Befehle für ein sofortiges Einschreiten gebeten, für den Fall, daß sich die Ausschreitungen der Mexikaner wiederholen sollten.

Gewerkschaftliches.

Der Verleumdungsfeldzug der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaftsbewegung,

Die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen durch verleumderische Behauptungen in Mißkredit zu bringen, haben sich in der Scharfmacherpresse in letzter Zeit derart gehäuft, daß es nicht mehr angängig ist, auf die einzelnen Artikel und Notizen einzugehen. Das dürfte diese Presse veranlassen, nach der bisherigen Praxis zu verfahren und nicht im einzelnen widerlegte Behauptungen einfach als der Wahrheit entsprechend hinzustellen.

In Nr. 99 der „Kreuzzeitung" vom 28. Februar d. J. wird aber eine verleumderische Behauptung aufgestellt, die nicht unbeachtet bleiben darf. Es liegt im Allgemeininteresse, daß an Gerichtsstelle festgestellt wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht oder zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irrezuführen.

In der erwähnten Notiz der „Kreuzzeitung" wird über „Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie" und über „Sabotage" geschrieben und am Schluß gesagt:

„Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich betrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragene Werk schädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum bis jetzt auch noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sie den Kampfmitteln der „freien" Gewerkschaften eingereiht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Leitfaden zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielsweise ausgeführt, wie Fliesenleger zu arbeiten haben, damit die Fliesen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas- und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohrabfälle zu erzielen, und so gibt es für ziemlich alle Berufe ähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser geheime Leitfaden ein Märchenbüchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ernst genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist."

Unter „freie Gewerkschaften" versteht man in Deutschland allgemein die unter der genannten Kommission angeschlossenen Zentralverbände, die gegenwärtig 2¾ Millionen Mitglieder haben. Nach den in der „Kreuzzeitung" und ähnlichen Blättern beliebten Redewendungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung" angewandt.

Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weder Sabotage geübt noch propagiert ist und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein „Leitfaden zur Ausübung der Sabotage" nicht verbreitet worden ist.

Sind die vorgenannten Zentralverbände in der Notiz der „Kreuzzeitung" gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt, deren sich der Verfasser der Notiz und der Redakteur, unter dessen Verantwortlichkeit sie veröffentlicht worden ist, schuldig machen.

C. Legien,
Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Maler.

Um den Berliner Mitgliedern über die Ergebnisse der Tarifbewegung Bericht zu erstatten, hatte der Filialvorstand am Sonntag eine Versammlung nach der Brauerei Friedrichshain einberufen. Der Andrang zur Versammlung war ungewöhnlich stark. Nach Entfernung sämtlicher Tische waren Saal und Galerien von einer mehrtausendköpfigen Menge bis in die äußersten Winkel gedrängt angefüllt.

Mietz gab Bericht über den Inhalt der Schiedssprüche, die bekanntlich vom Verbandstage der Maler angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt worden sind. Es sei — sagte der Redner — ein Zeichen von sehr geringem sozialen Verständnis der Arbeitgeber, daß sie die äußerst geringen Zugeständnisse, welche die Schiedssprüche den Arbeitern machen, ablehnten. Jetzt seien die Arbeiter wieder in derselben Situation, wie vor der Tarifbewegung. Wenn es zu neuen Verhandlungen kommen sollte, dann könnten dieselben nur auf Grund der ursprünglichen Forderungen der Arbeiter geführt werden. Nachdem die Arbeitgeber die Schiedssprüche abgelehnt haben, müssen sie uns angreifen. Die Kollegen dürfen nicht in den einzelnen Werkstellen aus eigenem Antriebe etwas unternehmen, sondern sie müssen abwarten, was die Organisation tut. (Widerspruch.) Ein großer Teil der Kollegen wird vielleicht geglaubt haben, nun wird am Montag gestreikt. (Zurufe: Das wollen wir auch! Alle haben es geglaubt!) Durch einen Streik würden wir wohl nur den Arbeitgebern in die Hände arbeiten. Der Arbeitgeberverband ist der Angreifer. Wir können seine Maßnahmen abwarten und danach unsere Taktik einrichten. Es kann jetzt nicht unsere Aufgabe sein, zum Angriff vorzugehen. (Widerspruch.) Nach dem Beschluß der Generalversammlung haben wir einstweilen eine abwartende Haltung einzunehmen. Ich ersuche Sie, die Beschlüsse der Generalversammlung gutzuheißen. (Beifall.)

Den Ausführungen des Referenten folgte eine äußerst lebhafte Debatte. Scharf wurde der Schiedsspruch kritisiert, weil er den Kollegen fast gar nichts biete. Es sei unbegreiflich, daß die Generalversammlung einem solchen Schiedsspruch zugestimmt habe. Nicht die Generalversammlung hätte entscheiden sollen, sondern den Mitgliedern hätte man die Entscheidung über die Schiedssprüche überlassen müssen. Schon nachdem die Schiedssprüche der Gautarifämter vorlagen, hätte den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden müssen, dazu Stellung zu nehmen. Aber von alledem sei nichts geschehen. Noch nie — sagte ein Redner — seien die Mitglieder vom Vorstande so an der Nase herumgeführt worden, wie bei dieser Lohnbewegung. Ein anderer Redner sagte: Wir wollen nicht abwarten. Gewartet haben wir schon lange genug. Wenn wir jetzt nicht zum Angriff vorgehen, dann werden die Unternehmer die vorliegenden Arbeiten fertigmachen lassen, ohne daß die jetzige Zahl der Arbeitslosen geringer wird. Wenn die Konjunktur schlecht ist, dann werden uns die Löhne ganz erheblich herabgesetzt werden. Wir wollen nicht warten bis das eintritt, sondern den Kampf eröffnen. (Beifall). Ein Redner verwies darauf, daß die Berliner Arbeitgeber mit einer Mehrheit von neun Zehntel dem Schiedsspruch zugestimmt haben. Da sie am Dienstag eine Versammlung abhalten, so könnten die Arbeiter die Entscheidung noch eine Woche hinausschieben. (Rufe: Nein, nein!) Lebhaften Beifall fand der Vorschlag des nächsten Redners, am Montag die Arbeit niederzulegen. — Der Gauleiter Jakobeit, der die Verbandsleitung gegen die Angriffe einiger Diskussionsredner verteidigte, wurde oft durch Lärm und Widerspruch unterbrochen, so daß er sich nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Er empfahl, den Beschlüssen der Generalversammlung zuzustimmen und abzuwarten, bis die Verbandsleitung die Initiative ergreifen werde.

Der Charakter der Diskussion blieb auch fernerhin der gleiche wie bisher. Eine Resolution wurde eingebracht, welche erklärt, die Versammlung sei mit den Maßnahmen der Generalversammlung nicht einverstanden, von der Ortsverwaltung werde erwartet, daß sie der Stimmung der Kollegen Rechnung trage und eine neue Versammlung einberufe, welche entscheiden solle, ob der Streik erklärt werde oder nicht.

Als die Versammlung von 1 bis 4 Uhr getagt hatte, mußte der Saal geräumt werden. Die Diskussion war noch nicht erschöpft. Es standen noch viele Redner auf der Liste. Deshalb wurde die Versammlung vertagt.

Mietz ersuchte nochmals darum, Disziplin zu halten und sich dem Beschluß der Generalversammlung zu fügen. Berlin dürfe nicht aus der Reihe tanzen, es müsse sich dem anschließen, was der Gesamtverband für notwendig halte.

Die Versammlung erklärte sich schließlich einverstanden mit dem Vorschlage des Bureaus, die weitere Debatte zu vertagen und sie in einer anderen Versammlung, die im Laufe dieser Woche einberufen werden soll, fortzusetzen.

Der Streik in der Berliner Herrenkonfektion beschlossen!

Die im Verband der Schneider sowie im Gewerkverein organisierten Konfektionsschneider und Schneiderinnen beschlossen Sonntag einstimmig, Montag früh in den Streik einzutreten.

In der Versammlung, die den großen Saal der „Konkordia" bis auf den letzten Platz füllte, referierte Friedrich Kunze über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Redner erwähnte die Vorgänge bei der ersten Lohnbewegung im Jahre 1896 und betonte, daß die Arbeiter von den Konfektionären betrogen worden seien. Den Arbeitern seien immer Versprechungen gemacht worden, die man jedoch nicht eingelöst habe. Von 1896 bis 1910 habe sich eine endlose Kette von Versprechungen gebildet, die wohlgegeben aber nicht gehalten wurden. Heute seien die gezahlten Löhne niedriger als sie 1896 vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts festgesetzt wurden. Lohnzulagen seien nicht erfolgt, sondern es wäre nur eine Verschiebung des Geschäfts eingetreten. Die Konfektion wäre von Jahr zu Jahr feiner geworden. Das Bestreben, eine gesunde Grundlage für die Fortentwickelung der Tarifverträge zu schaffen, liege den Konfektionären schwer im Magen. Auch in diesem Jahre hätten die Konfektionäre wieder alles versprochen, wenn sie nicht wüßten, daß ihnen jetzt eine starke Organisation gegenüber stehe. Bei den Arbeitern sei Versprechen und Halten nicht zweierlei, sondern das gleiche. Die Konfektionäre würden sich daran gewöhnen müssen, angemessene Löhne bei einer angemessenen Arbeitszeit zu zahlen. Die Arbeiter verlangten, daß normale Verhältnisse im Beruf geschaffen würden, Löhne, die es ermöglichten, eine Familie ohne die Mitarbeit der Frau und der Kinder anständig zu unterhalten. Stets suchten sich die Konfektionäre als die besten Freunde der Arbeiter aufzuspielen. Welch große „Freunde" der Arbeiter die Konfektionäre seien, gehe aus einem Angebot des Herrn Hirsch aus der Firma Hugo Herrmann hervor. Dieser Herr habe den Arbeitern 3 M für ein Stück mehr als sonst geboten, wenn sie während des Streiks arbeiten würden. Jetzt sollten die Arbeiter Streikarbeit verrichten und dann würde ihnen alles wieder abgezogen werden. Wo die Freunde der Arbeiter zu finden seien, beweise der Besuch der heutigen Versammlung. Noch nie seien Konfektionsschneider in so großer Zahl versammelt gewesen. Die Arbeiter hätten das Vertrauen zur Organisation gefunden und wüßten, wo ihre Freunde zu suchen seien.

Kunze schilderte dann den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und erwähnte die von den Konfektionären gemachten „Zugeständnisse", die für einen großen Teil der Arbeiter weiter nichts als Lohnreduzierungen bedeuteten. Die Versammelten quittierten diese „Zugeständnisse" durch allgemeine Heiterkeit. Von den Arbeitervertretern sei dann zur Beilegung der Differenzen die Anrufung eines Schiedsgerichts angeregt worden. Da die Konfektionäre einen Berliner Gewerberichter als unparteiischen Vorsitzenden ablehnten, habe man den Freiherrn v. Berlepsch als Unparteiischen vorgeschlagen. Die Konfektionäre wollten den Oberbürgermeister Wermuth als Unparteiischen, auch sollte der Schiedsspruch des Unparteiischen keiner Versammlung zur Annahme unterbreitet werden, sondern eine endgültige Entscheidung darstellen. Dies Ansinnen hätten die Arbeitervertreter ablehnen müssen. Jetzt sei man der Auffassung, daß es keinen Zweck habe, mit einer Kategorie von Unternehmern weiter zu verhandeln, die nicht gewillt wäre, den Arbeitern genügende Zugeständnisse zu machen.

Wenn der Arbeitgeberverband jetzt eine Aussperrung androhe, so dürfe man sich deshalb nicht einschüchtern lassen. Wenn heute die Frage entschieden werden solle, ob man den von den Unternehmern provozierten Kampf aufnehmen wolle, so müsse man sich vergewissern, ob man die genügende Stärke dazu besitze. Die Organisation der Arbeiter sei stark und zum Kampfe vollauf gerüstet. Der junge Arbeitgeberverband wolle seine Macht erproben, er werde aber bald einsehen, daß er es mit einem starken Gegner zu tun habe. Die Arbeiter seien fest entschlossen, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Jeder einzelne würde gern die Opfer des Kampfes auf sich nehmen. Gelte es doch, die dauernde Not und das dauernde Elend aus der Welt zu schaffen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes unterbreitete folgende Resolution zur Annahme:

> Die in den Konkordiasälen tagende Mitgliederversammlung der Herrenkonfektionsschneider erklärt nach Kenntnisnahme des Berichtes durch die Vertreter, daß die arbeitgeberseits gemachten Angebote vollkommen ungenügend sind.
>
> **Sie lehnt die Angebote ab und beschließt, von Montag früh ab in den Streik einzutreten.**
>
> Die bisher seitens der Verhandlungskommission gemachten Zugeständnisse an die Arbeitgeber werden hiermit zugleich zurückgezogen.

Die Ausführungen des Referenten sowie die Resolution erweckten in der Versammlung ein begeistertes Echo und wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion erklärte man sich einmütig für Annahme der Resolution.

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete Schuster vom Gewerkverein. Er wies darauf hin, daß die Unternehmer den Kampf gewollt hätten. Jetzt müsse versucht werden zu erkämpfen, was auf friedlichem Wege nicht möglich war. Alle übrigen Redner wandten sich gegen das anmaßende Verhalten der Konfektionäre. Alle, die den Kummerfaden von früh bis abends ziehen müßten, sollten sich aufraffen und für eine Verbesserung ihrer Verhältnisse eintreten. Der neugegründete Arbeitgeberverband, der ja noch in den Windeln liege, werde sehen, daß er den Kampf gegen eine Organisation heraufbeschworen habe, die im gereiften Mannesalter stehe. Bei früheren Bewegungen fehlte unter den Arbeitern die Einigkeit. Diese sei jetzt vorhanden und werde der Kampf einmütig und geschlossen geführt werden.

Nach weiterer Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde durch stürmischen Beifall begrüßt.

* * *

An den Arbeitgeberverband der Herrenkonfektion wurde nach Schluß der Versammlung folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Anschluß an die Verhandlungen über die Erneuerung des Lohntarifs für die Herrenkonfektion teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir heute in einer Versammlung den in der Herrenkonfektion Beschäftigten Bericht erstattet haben und diese Versammlung beschlossen hat, die Arbeit in der gesamten Berliner Herrenkonfektion einschließlich der Fantasiewestenbranche am Montag (3. März) früh einzustellen.

Zugleich werden auch die bisher seitens der Verhandlungskommission gemachten Zugeständnisse zurückgezogen."

* * *

So einmütig wie der Streik am Sonntag beschlossen wurde, so einmütig wurde Montag früh die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist zunächst auf 32 Firmen ausgedehnt, die im Inseratenteil der heutigen Nummer bekanntgegeben werden. Die Zahl der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden, doch ruht die Arbeit in den 32 Firmen vollständig. Im Zentralstreikbureau, das sich bei Fritz Wilke, Sebastianstr. 39, befindet, herrschte gestern ein reges Leben. Ganze Stöße von Fragebogen waren eingegangen, die bearbeitet werden müssen. Erst wenn diese umfangreiche Arbeit erledigt worden ist, kann die genaue Zahl der Streikenden angegeben werden.

Ueber einen Abwehrstreik im Gaswerk Tegel berichteten wir in Nummer 43 vom 20. Februar. In unserem Bericht hieß es: „U. a. arbeitet auch ein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes" als Streikbrecher." Der „Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband" hat eine Untersuchung der Angelegenheit vorgenommen. Er ersucht uns um die Erklärung, daß keines seiner Mitglieder als Streikbrecher in Frage käme. Wir bedauern es natürlich, wenn wir falsch unterrichtet waren.

Deutsches Reich.

Die zentralen Verhandlungen für das Holzgewerbe

wurden im Beisein der Ortsparteien aus allen Vertragsorten am 28. Februar, 1. und 2. März in Berlin fortgesetzt. Trotz der von mehreren Bezirksverbänden des Arbeitgeberschutzverbandes erfolgten Ablehnung des Schiedsspruchs des Freiherrn v. Berlepsch wurden jedoch sämtliche Verhandlungen auf der Grundlage dieses Schiedsspruchs geführt und es konnte auch bereits für mehrere Orte eine endgültige Verständigung herbeigeführt werden. Bis zum Mittag des 2. März waren auf diesem Wege die Verträge zwischen den Ortsvertretungen vereinbart für Barmen, Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Bromberg, Danzig, Darmstadt, Dresden, Eberswalde, Erfurt, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Hildesheim, Langenöls, Leipzig, Lüneburg, München, Posen, Rendsburg, Schwerin, Spandau, Thorn, Uelzen, Zeitz, Zittau mit Groß-Schönau. Für einige weitere Städte, darunter Braunschweig, Harburg a. E., Neitze und Oldenburg ist ebenfalls im großen und ganzen eine Verständigung erzielt worden. Nur über einzelne Differenzpunkte sollen die Zentralvorstände noch eine endgültige Entscheidung treffen.

Die Verhandlungen für die übrigen Orte werden noch fortgesetzt. Am 3. März verhandeln die Parteien aus Berlin, Burg bei Magdeburg, Halle, Hannover, Höchst a. M., Kiel, Köln a. Rh., Luckenwalde, Lübeck, Magdeburg, Potsdam und Stettin. Für die Orte Düsseldorf und Krefeld sind die Verhandlungen in Berlin abgebrochen worden und werden sofort örtlich weitergeführt. Die Zahl derjenigen Orte, in denen eine Einigung überhaupt unmöglich schien, ist infolge dieses Resultats stark zusammengeschrumpft. Angesichts der Tatsache, daß in der Mehrzahl der Städte eine Einigung erfolgte, ist der Opposition der Scharfmacher in jenen Orten der Boden entzogen worden. Ob die Holzindustriellen es für gut finden, ihren ablehnenden Standpunkt weiterhin aufrecht zu erhalten, kann für die Gesamtheit kaum noch von großer Bedeutung sein. Wenn sich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen eine Verständigung für einzelne Orte nicht sollte erzielen lassen, so bleiben ja dem Holzarbeiterverbande auch noch andere Mittel, um schließlich auch in diesen Orten zu dem gewünschten Resultat zu gelangen.

Letzte Nachrichten.

Bulgariens Stellung zu den Friedensanbahnungen.

Sofia, 3. März. (W. T. B.) „Mir" erklärt zu der erwarteten Demarche der Mächte wegen einer Mediation für den Friedensschluß: die Antwort der Verbündeten wird einzig und allein von der unverzüglichen Zustimmung der Türkei abhängen, die erfolgen müßte ohne weitere Verhandlungen über die Annahme der territorialen Forderungen der Verbündeten im großen und ganzen, und wird weiter abhängen von der grundsätzlichen Zustimmung zur Zahlung einer Kriegsentschädigung. Die Großmächte können als Vermittler zur Regelung von Einzelheiten intervenieren.

Die bulgarische Regierung wird sich wegen der Antwort mit den Verbündeten ins Einvernehmen setzen. Selbstverständlich werden die militärischen Operationen während dieser Zeit fortgesetzt werden, und jede aus diesen Operationen sich ergebende Aenderung wird natürlich auf die endgültigen Friedensbedingungen Einfluß ausüben.

Einigung in der Frage der chinesischen Beiräte.

Peking, 3. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einer Versammlung der Gesandten der zur Sechsmächtegruppe gehörenden Länder gab heute der deutsche Gesandte die Erklärung ab, daß Deutschland seinen Einspruch gegen die Ernennung eines Engländers zum Beirat beim Salzamt zurückgezogen habe. Die Gesandten teilten hierauf mündlich diese Tatsache der chinesischen Regierung mit. Man erwartet die Ueberreichung einer Note, in welcher die Mächte erklären, sie hielten es in Anbetracht der großen Summen, um die es sich handele, für notwendig, daß die chinesische Regierung außer den bereits vorgesehenen vier Beiräten, nämlich einem Engländer für das Salzamt, einem Deutschen für das Anleiheamt, und einem Russen und einem Franzosen für das Auditeuramt einen Deutschen zum Hilfsbeirat bei dem Salzamt ernenne. Japan und Amerika haben sich ihrer Rechtsansprüche begeben. Man glaubt ferner, daß auch aus dem chinesischen Dienst, und zwar wahrscheinlich auf der Seezollverwaltung, Beiräte hinzugezogen werden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die chinesische Regierung jetzt auf die Vorschläge eingehen wird, wenn ihr keine neuen Bedingungen auferlegt werden.

Der Kampf um das Frauenstimmrecht in England.

London, 3. März. (W. T. B.) Vor dem Pavillon der Musikhalle, in dem sich die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts Montags zu versammeln pflegen, kam es heute zu aufregenden Szenen. Die von der früheren Versammlung ausgeschlossenen männlichen Personen hatten sich vor dem Pavillon eingefunden, hielten die Eingänge dicht besetzt und machten alle Versuche, Einlaß zu erlangen, zunichte. Den Schutzleuten gelang es nicht, die zum größten Teil aus Studenten bestehende Menge zu zerstreuen. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge zwischen den Frauenrechtlerinnen und ihren Gegnern, bei dem ein ohrenbetäubender Lärm vollführt wurde. Unter Hohnrufen wurden die Anschlagzettel der Frauenrechtlerinnen heruntergerissen. Erst als Verstärkungen eingetroffen waren, gelang es der Schutzmannschaft, die Straßen zu säubern.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Nr. 53. 30. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Dienstag, 4. März 1913.

Reichstag.

124. Sitzung. Montag, den 3. März 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Tirpitz.

Die zweite Beratung des

Marineetats

wird fortgesetzt.

Abg. **Noske** (Soz.):

Seit langem habe ich im Reichstage keine Debatte gehört, die mit so viel fettem Behagen und Selbstgefälligkeit geführt wurde, und in der so wenig politische Einsicht in die kommende Zeit gezeigt wurde, wie die diesmalige Debatte beim Marineetat. Als der Staatssekretär am Sonnabend davon sprach, er wolle in Zukunft den Versuch machen, den Taler zur Mark zu machen, ist ihm mit Recht aus der Mitte des Hauses zugerufen worden, bei den Ausgaben werde er sich in Zukunft sicher bemühen, die Mark zum Taler zu machen. Man muß ihm zugestehen, daß ihm das Kunststück bisher in seiner Tätigkeit gründlich gelungen ist: die Flottenausgaben sind in einem geradezu rasenden Tempo gestiegen und haben sich in gar nicht langer Frist verdreifacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß Organisationstalent und Technik ein ganz gewaltiges Instrument geschaffen haben, und erkenne ebenso gern an, daß mit großem Eifer und mit viel Hingabe daran gearbeitet worden ist, dies Kriegsinstrument möglichst furchtbar in seiner Wirkung zu machen. Das Geld wurde dem Staatssekretär vielfach von einzelnen Parteien des Hauses förmlich aufgedrängt. Neuerdings beteiligen sich auch die Konservativen an diesem Wettbewerb der bürgerlichen Parteien, während es früher bei ihnen hieß: „Kein Kanitz, keine Kähne". Dieses Wort war eine Art Pressionsmittel der Agrarier, um möglichst weitgehende Zugeständnisse zu erringen, und inzwischen sind sie mit wirtschaftlichen Vorteilen so überschüttet worden, daß es ihnen nicht mehr gut möglich ist, sich in der Opposition zu halten. Zu einem geflügelten Wort verdient der Ausspruch des Herrn Schultz von der Reichspartei zu werden: „Die hohen Kosten der Marine beklagt niemand mehr, als die Parteien, die die Kosten bewilligen müssen." Zum Zahlen haben allerdings die Parteien der besitzenden Klassen bisher nie sonderlich Lust gezeigt. Auch jetzt wieder begeistern sie sich ganz und gar nicht dafür, daß ihnen im Jubiläumsjahre eine Art Kontribution auferlegt werden soll, um die Rüstungsausgaben zu bezahlen. Herr Paasche hat im Zusammenhang mit seiner nationalliberalen Flottenpolitik auch geglaubt, vom Volke reden zu dürfen. Nun, das Volk hat am wenigsten Vorteile von dieser Politik bisher gehabt. Die Folge dieser Rüstungsausgaben ist nur gewesen, daß für sozialpolitische Zwecke und überhaupt für Kultuszwecke kein Geld mehr da war. — Bei Erörterung der Frage, wer schuld an dem Wettrüsten habe, hat Herr Erzberger mit der Bescheidenheit, die ihn ziert (Hört! hört! und Heiterkeit) uns geraten, die sozialdemokratische Presse besser zu verfolgen, damit wir nicht mit ihr in Widerspruch geraten. Das ist ja gewiß nicht angenehm, aber viel böser ist es, wenn man, wie das bei ihm schon oft der Fall war, mit sich selbst in Widerspruch gerät. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Seine Ratschläge an unsere Adresse nehmen sich zurzeit besonders komisch aus, weil ihm erst in den letzten Tagen wieder nachgewiesen worden ist, daß er in Jahresfrist entweder nicht mehr weiß, was er geschrieben hat, oder sich so radikal in seinen Anschauungen gewandelt hat, daß jemand, der so öffentlich bloßgestellt ist, wie er, gar keinen Anlaß hat, sich anderen Parteien gegenüber als Schulmeister aufzuspielen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Richtig ist, daß technische Fortschritte zur Steigerung der Rüstungen beigetragen haben. Aber die Kapitalisten der einzelnen Länder sorgen auch recht gründlich dafür, daß kein Land auf dem Gebiete des Rüstungswesens einen nennenswerten technischen Fortschritt erlangt. Deutsche Kapitalisten sind eifrig dabei, Rußland mit den besten und schnellsten Schiffen der Welt zu versorgen. Auf der einen Seite rühmt man die großen Fortschritte des deutschen Luftschiffbaues und andererseits müssen wir hören, daß soeben erst nach einer glänzenden Probefahrt ein Parsevalluftschiff der russischen Regierung verkauft worden ist. Ueber den Umfang der deutschen Seerüstungen kann man sich im Inland und Ausland durchaus klar werden. Dem Bestande von 48 877 Mann stehen nicht weniger als 21 062 Offiziere gegenüber. Fast auf jeden zweiten Mann in der deutschen Flotte kommt gegenwärtig schon ein Vorgesetzter. 1913 werden 73 000 Menschen auf der Flotte dienen. Der Bauwert der vorhandenen Flotte ist für 1913 auf die fabelhafte Summe von

1425 Millionen

gesetzt. (Hört! hört!) Im Laufe des letzten Jahres sind auf einer ganzen Reihe von Kriegsschiffen Sammlungen für die nationale Flugspende vorgenommen worden. Auf dem Linienschiff „Westfalen" sind nur 2,65 M. eingekommen. (Hört! hört!) bei den Soz.) Das beweist, daß man keinerlei Druck ausgeübt hat. Aber ebenso ungerechtfertigt ist es, wenn man nachher die Kantinenüberschüsse, die der Mannschaft zugute kommen sollen, dazu benutzt hat, um einen höheren Betrag für diese Spende herauszuholen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem anderen Schiff sind nur 10 M. eingegangen, aber dort sind die Offiziere unmittelbar darauf genötigt worden, früher zum Dienst anzutreten. (Hört! hört! bei den Soz.) Bei der neuen Kaiserjacht handelt es sich um jährliche Betriebskosten von mindestens 600 000 M. Beim Bau des Kaiserschiffes wurde früher wenigstens der Schein gewahrt, als handele es sich um ein Kriegsschiff, das nur in Friedenszeiten dem Kaiser zu dienen habe. Jetzt glaubt man einen solchen Vorwand nicht mehr nötig zu haben. Ich behaupte, daß diese ganze Ausgabe verfassungswidrig ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Reichsverfassung ist der zur Gründung und Unterhaltung der Kriegsflotte nötige Aufwand aus der Reichskasse zu bestreiten. Man sagt, das Schiff solle als Kommandoschiff dienen. Als die Lustjacht des Kaisers vom Stapel lief, hat der Kaiser sich über die Aufgaben des Schiffes ganz anders geäußert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte: Dem von Land zu Land Reisenden Ruhe und Erholung zu gönnen, **den kaiserlichen Kindern und der Landesmutter Freude zu bringen**, das ist seine Aufgabe. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die bürgerlichen Kollegen, die aus militärischen Gründen das Kaiserschiff bewilligen wollten, werden schleunigst umlernen müssen. — Die Tatsache steht fest, daß geraume Zeit hindurch ein Panzerplattentrust bestanden hat, dergestalt, daß sich die Fabriken in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland geeinigt hatten, sich gegenseitig nicht Konkurrenz zu machen. Dadurch haben sie sich auf Kosten der Steuerzahler ganz außerordentliche Profite verschafft. Es geht nicht an, daß auf Kosten der deutschen Steuerzahler ein einziges Unternehmen, wie das Kruppsche, 30 Millionen und mehr pro Jahr herausholt. Wie systematisch die Kapitalisten darauf hinarbeiten, das Reich zu schröpfen, beweisen die Bestrebungen der letzten Zeit. Ein Syndikat der Schiffsbauunternehmer ins Leben zu rufen. Wenn Geld, das heute für Marinearbeiterlöhne gezahlt wird, für produktive Zwecke Verwendung gefunden hätte, wären die Arbeiter ebenfalls beschäftigt gewesen, und der Vorteil für das Gesamtwohl wäre viel größer. Auf der andern Seite erwachsen der Arbeiterschaft schwere Nachteile aus dem Bestand der Marine. Hat doch sogar die Absicht bestanden, Marinemannschaften bei einem Streik der Schiffsleute zugunsten der Reeder als Streikbrecher zu kommandieren. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der beim Heere so häufig kritisierte Boykott sozialdemokratischer Lokale und Geschäfte scheint jetzt von der Marine nachgeahmt zu werden.

Auf den modernen Schiffen befinden sich die kompliziertesten technischen Einrichtungen, alle in den Händen von Sozialdemokraten. Die Marineschlosser, Elektrotechniker usw. kommen zu 98 Proz. aus unseren Organisationen, sind Söhne sozialdemokratischer Väter. Also die Marineverwaltung hat am wenigsten Anlaß, in Sozialistenfresserei zu machen. Sogar die allerhäßlichste Erscheinung des Landheeres, die Soldatenschinderei, kommt neuerdings auch in der Marine vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die verantwortlichen Stellen sollten mit der gebotenen Schärfe dazwischen fahren, damit dies Uebel nicht erst einreißt. Gegen das Bestreben der Fortschrittler, eine größere Anzahl von Leuten in der Marine mit mehr Strafgewalt auszurüsten, müssen wir protestieren. Ich erinnere daran, daß sich im Jahre 1910 10 Selbstmorde in der Marine ereignet haben, die mit Furcht vor Strafe motiviert wurden. (Hört! hört!) Wichtiger als dieser Froschmäusekrieg des Zentrums in der Frage der Tafelgelder ist die Frage der Verkürzung der Dienstzeit. Durchschlagende Gründe dagegen hat der Staatssekretär nicht beigebracht, aber er ist dem Zentrum nicht böse, weil er weiß, daß der Antrag nicht ernst gemeint ist.

Für die wichtigste in der Kommission behandelte Frage wurde in der Oeffentlichkeit die Frage der Rüstungsverständigung mit England bezeichnet. Wir Sozialdemokraten verkennen nicht, daß die Kapitalisten aller Länder, nicht nur die Deutschlands, zu Rüstungen treiben, und da ist es selbstverständlich, daß wir deutschen Sozialdemokraten gegen die Kriegshetzer und Kriegstreiber in Deutschland Stellung nehmen, wie die französischen Sozialdemokraten gegen die in ihrem Lande und die englischen in England. Kaum war die letzte Flottennovelle bewilligt, so ging der Schrei nach neuen Kreuzern wieder los, und daran beteiligen sich auch einige Parlamentarier, auch der Kollege Erzberger. Zentrumsblätter wie konservative verlangen eine Politik, die zu einem Angriff Frankreichs und Englands gegen uns führen soll. Nationalliberale Blätter und führende Parlamentarier betreiben natürlich dieselbe Hetze, vor allem scheint mir da die Tätigkeit des Herrn Bassermann gefährlich, dem die auswärtige Politik immer nicht aggressiv genug ist. Es gehört mit zu dem beschämendsten, daß unsere Nachkommen sich vorstellen werden, daß unsere Diplomaten es nicht verstanden oder nicht gewollt haben, über ein internationales Rüstungsabkommen sich zu verständigen. Wir Sozialdemokraten geben uns der Hoffnung hin, daß schließlich auch in der Rüstungsfrage die Vernunft siegen wird; die sichere Gewähr dafür erblicken wir in der wachsenden Zahl der klassenbewußten Arbeiter. Das erfreulichste in dem Tohuwabohu der Kriegs- und Rüstungshetzerei ist, daß die Proletarier in allen Ländern ihren Abscheu dagegen zum Ausdruck bringen. Aus der gleichen Friedensliebe, die die französischen und deutschen Sozialdemokraten am Sonnabend zum Ausdruck brachten, werden wir das Flottenbudget ablehnen; wir glauben, unseren Protest gegen die Rüstungspolitik dadurch am besten zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. **Tirpitz**: Als Streikbrecher sollen wir unsere Leute hergegeben haben, sagte Herr Noske. Wo es sich um die Interessen des Postverkehrs und unseres Verkehrs mit den Kolonien handelt, haben wir eingegriffen und werden es auch ferner tun. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Dann klagte Herr Noske über das Verbot von Lokalen für unsere Mannschaften. Wir mußten da einfach dem Ersuchen der Zivilbehörden Folge leisten. Herr Noske klagte, wir hätten wegen der Rüstungsausgaben kein Geld übrig für soziale Ausgaben. Er hat aber kein Land nennen können, das auch nur ebensoviel für soziale Aufgaben ausgiebt. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. **Struve** (Vp.): Gegenüber dem Abg. Noske halte ich daran fest, daß auf den Schiffen auch den Marineingenieuren eine gewisse Strafgewalt eingeräumt werden muß. Den Staatssekretär bitte ich um eine Aufklärung, ob die zur Berliner Hochschule kommandierten Offiziere ebenfalls wie andere Kommandozulagen erhalten.

Abg. **Erzberger** (Z.): Herr Noske hält sich darüber auf, daß das Zentrum Sparsamkeit im kleinen üben will. Er möge uns einmal vor machen, wie man Sparsamkeit im großen übt. (Sehr gut! im Zentrum.) Weiter hält er sich darüber auf, daß wir unseren Antrag über die Tafel- und Messegelder abgeändert haben. Als ob das die Sozialdemokraten noch nie getan hätten! Jedenfalls ist mit unserer Anregung ein großer etatrechtlicher Erfolg erzielt. (Zustimmung im Zentrum.) Mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit ist es uns vollkommen ernst. Daß wir sie nicht sofort erhalten, hat uns nicht überrascht; aber mit der Zeit werden wir sie erreichen. Auch hat ja in der Kommission ein Sozialdemokrat mich unterstützt und gesagt, der Staatssekretär solle ruhig gehen.

Abg. **Noske** (Soz.):

Der Staatssekretär meint, den Vorteil vom Bauen einer Flotte hätten die Arbeiter. Wir betrachten es im Interesse der allgemeinen Kulturentwickelung nicht als erfreulich, wenn ein so großer Betrag der Steuern und Zölle der Volkswirtschaft entzogen und zu unproduktiven Zwecken ausgegeben wird. — Ueberrascht bin ich, daß bei Verhängung des Lokalboykotts die Marineverwaltung der Anweisung der Zivilverwaltung einfach folgt; das braucht sie bei solchen kleinlichen politischen Kampfmaßregeln sicherlich nicht. — Daß Marinemannschaften bei einem Streik als Streikbrecher zur Verfügung gestellt sind, hat der Staatssekretär lediglich bestätigt. — In bezug auf Ausgaben für sozialpolitische Zwecke ist England bereits Deutschland voraus. Wenn Herr Erzberger im großen sparen will, so möge das Zentrum sich dafür einsetzen, daß in Deutschland eine vernünftige Friedenspolitik betrieben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf die Tafel- und Messegelder hat kein Sozialdemokrat in der Budgetkommission Herrn Erzberger unterstützt, sondern sich lediglich das Auftrumpfen des Staatssekretärs als ungehörig verbeten. — Die zweijährige Dienstzeit kann das

Kleines Feuilleton.

Wie die Religion dem Volke erhalten wird. Die pädagogische Zeitschrift „Neue Bahnen" zieht folgendes nette Dokument der preußischen Geisteskultur ans Tageslicht. Im „Amtlichen Schulblatt" der Potsdamer Königlichen Regierung kam 1912 ein „Sommerarbeitsplan für Schifferkinder" zur Veröffentlichung, und da heißt es für die Kinder des ersten Schuljahres als Anleitung zum Selbstunterricht: Erzähle dem Vater oder der Mutter alle Monate einmal: a) die Geschichte von Christi Geburt, b) die Geschichte vom zwölfjährigen Jesus im Tempel, c) die Geschichte vom Jesus, dem Kinderfreund. Im März lerne zur ersten Geschichte mit Hilfe der Mutter den Spruch: „Also hat Gott die Welt geliebet, daß er seinen eingeborenen Sohn gab." Im April lerne zur zweiten Geschichte die Liederstrophe: „Liebster Jesu, wir sind hier" . . . u. s. f. Für den Mai ist dann das Morgengebet: „Wie fröhlich bin ich aufgewacht . . .", im Juni und Juli das Abendgebet: „Müde bin ich, geh zur Ruh", vorgeschrieben. Dann sind die Gebote und einzelne Sprüche in den folgenden Monaten zu lernen; für Dezember heißt's dann: „Wiederhole alles, was Du in den vorhergehenden Monaten gelernt hast. Wiederhole auch in jedem anderen Monat fleißig."

Diesen „Lernstoff" muß das arme Geschöpf selbst aufarbeiten. Man braucht wirklich kein Feind des Religionsunterrichts und auch kein Pädagoge zu sein, um sich den bedauernswerten Zustand des armen Kindes recht anschaulich vor Augen zu führen. Wie mag es aber im Kopfe derer aussehen, die das obige Selbstunterrichtsprogramm entworfen haben, zu dem löblichen Zwecke, die Religion dem Volke zu erhalten!

Kinozensur in Italien. Aus Rom wird uns geschrieben: In den letzten Jahren sind in Italien wiederholt von der Regierung Schritte getan worden, um die kinematographischen Darstellungen so zu regeln, daß eine verderbnisvolle Beeinflussung der jugendlichen Phantasie und die unheilvollen Folgen vermieden werden, die erfahrungsgemäß aus der Vorführung roher und schreckenerregender Bilder entstehen. Trotz verschiedene Rundschreiben der Ministerien blieben aber die Kinematographen weiter Schulen der Verrohung und einer ungesunden und widerwärtigen Sentimentalität, und ihre Wirkung war um so schlimmer, als sie vorwiegend von der Jugend besucht werden, und ihr geringer Preis einen regelmäßigen Massenbesuch ermöglicht. Der Minister des Innern hat sich jetzt in einem Rundschreiben an die Präfekten gegen diesen Unfug gewendet und eine Präventivzensur festgesetzt. Natürlich geht es dabei nicht ohne Mißbrauch ab, da die Regierung den Kinematographen nicht nur als Quell der Verrohung ablehnt, sondern von ihm auch persönliche Einflüsse, so namentlich Verächtlichmachung der Behörden und der Staatsgewalt fürchtet. Verboten sollen nach dem Rundschreiben von Giolitti werden: a) Vorführungen, die gegen die guten Sitten verstoßen, b) solche, die die nationale Würde, die öffentliche Ordnung oder die guten internationalen Beziehungen gefährden können, c) Darstellungen aufregender Verbrechen oder grauenhafter Bilder, die geeignet sind, die Phantasie in unheilvoller Weise zu erschüttern, d) Schaustellungen, die die Achtung vor den Behörden und der Polizei herabsetzen, und e) Szenen der Grausamkeit, auch gegen Tiere, und Wiedergabe abscheuerregende Dinge, wie z. B. auch chirurgische Operationen. Das Schlimme an der Sache ist nur, daß die Entscheidung einem Beamten der Präfektur anheimgegeben ist. Wie wäre es, wenn man Kommissionen von Familienvätern und -müttern damit betraute, die etwa nach demselben System zu bezeichnen wären wie die Armenräte?

Theater.

Freie Volksbühne (im Thaliatheater): „Kulturpalast", Komödie von A. F. Cohn. In der Kaiserallee steht seit Jahresfrist eine Mietkaserne für Leute mit dem großen Portemonnaie, an der sowohl die chinesische Bemalung wie die reklamehafte Anpreisung der „Kultur"- und „Liebhaber"-Wohnungen belacht wurde. Die Berliner Baupekulation samt allem daranhängenden Schwindel unter die Lupe zu nehmen, bemühten sich denn ja Zeitungen und Witzblätter schon länger. Aus diesem Material wurde der „Kulturpalast" für das Theater gewonnen. Diese seine journalistische Herkunft verleugnet der Cohnsche Versuch allerdings nicht. Er bestätigt nur wieder die alte Erfahrung, daß die dem modernen Zeitungsfeuilletonismus eigene Betrachtungsweise, die immer auf eine Pointe hinausmündet, im glücklichsten Falle für ein Lustspielchen oder eine Burleske, nimmer aber für eine Komödie ausreicht. Mehr als eine Bilderreihe, die von ziemlich glücklicher Schärfe der Beobachtung zeugt, jedoch noch nicht tief genug in den Stoff einzudringen vermochte, um von der allzu eng begrenzten lokalen Färbung loszukommen, wird man das Stück schwerlich bezeichnen dürfen. Es verrät selbst in seiner jetzigen Gestalt, die es zweifellos der Regie des erfahrenen Bühnenpraktikers Fritz Witte-Wild verdankt, noch alle Mängel eines unsicher zwischen Journalismus und unzulänglicher Vertrautheit mit der Theatertechnik schwankenden Talents. Die Figuren, zumal die Hauptperson, der vom Rausch des modernen Gründertums bis zur Sträflichkeit ergriffene Franz Perleberg, besitzen weniger Lebenswirklichkeit als feuilletonistischen Papiergeruch. Im Gegensatz zu den witzigen zwei ersten Akten fällt der Schlußakt ab. Das hier zum Ausdruck gebrachte Fazit einer ernsthaften Moral erweckt nicht das befreiende Lachen einer wahrhaft satirisch durchleuchteten Komödie. Energische Kürzungen der Auseinandersetzungen des Haupthelden wären sehr wohl am Platze. Deplaziert wirkt auch im Mittelakt der allzu auffällig reklamehafte Reportereifer des Chauffeurs. So gereinigt und bühnenfähig gemacht, kann das Stück wohl Interesse erwecken — zumal in Berlin.

Neben seiner höchst aktuellen Stofflichkeit fällt aber nicht zum wenigsten die dem Erstling zu teil gewordene Aufführung in die Wage. Es mag nicht leicht gewesen sein, für jede Figur den ihr zur glaubhaften Realität verhelfenden Vertreter zu finden; der Regie gebührt das Verdienst, durchweg für eine äußerst glückliche Besetzung der Rollen gesorgt zu haben. Paul Paulsen gab dem Neffen Perleberg kraft einer faszinierenden Schattierungskunst erst die überragende Führung, die dieser Typ des Berliner Spekulantentums im Stücke haben sollte. Die Herausarbeitung aller anderen Gestalten war nicht minder verdienstlich. Franz Cornelius als jüdischer Rechtsanwalt und Manfred Fuerst als sein Bureauvorsteher gaben urkomische Chargen. Den Kommerzienrat, eine schwierig zu fassende Figur, stattete Viktor Hartberg durch sehr charakteristische Maske und manuelle Mimik aus. Erich Platen, Kenderly Lebius, Theo Stolzenberg, Erwin Kober und Emil Sondermann (Blumenhändler und „Generaldirektor") gaben großenteils vorzügliche Nebenleistungen. Sowohl dieser Buketonkel wie seine drei Töchter vermittelten das kleinbürgerliche Milieu. Toni Wilkens (Paula) bestach durch die frische Natürlichkeit ihrer Darstellung. Lucie, das spekulative „Verhältnis" des Barons und zugleich die Geliebte des „Kulturpalast"-Gründers, und Agnes, der Gegenpol von beiden Schwestern, wurden von Marga Fugger und Rosa Halden mit großem Geschick gegeben. So vereinigte sich denn alles zu einer meisterhaften Aufführung, die dem Drama den Erfolg sicherte und den Autor zweimal vor die Rampe führte. e. k.

Notizen.

— Der Kinoschauspieler, die im allgemeinen miserabel bezahlt werden — nur für die Renommierkräfte wird viel Geld aufgewendet — will sich die Bühnengenossenschaft annehmen. In einer besonderen Versammlung sollen demnächst die Verhältnisse klargelegt und Besserungsmöglichkeiten erörtert werden.

— Ein Theaterskandal in der Wiener Hofoper. Am Sonntag ist es in der vornehmen Wiener Hofoper zu einem Skandal gekommen, der beweist, daß in Wien immer noch Theaterfragen eine besonders große Rolle spielen. Man gab die „Hugenotten". Es trat in der Rolle der Valentine statt der plötzlich erkrankten Vertreterin dieser Partie eine Provinzsängerin, die alsbald starkes Lampenfieber verriet, auf. Das Publikum benahm sich ihr gegenüber mit Hohn und Spott und brachte sie dadurch völlig um die Fassung. Es wurde gepfiffen und geschrien, dem Direktor Gregor wurden Pfuis dargebracht. Die Sängerin trat nicht weiter auf und die Oper wurde unter Auslassungen zu Ende geführt. Der stürmische Protest galt angeblich der Mißwirtschaft Gregors, der beschuldigt wird, mit minderwertigen Kräften zu wirtschaften. Vielleicht spielen aber auch Intrigen seiner Gegner mit.

— Aus der Geschichte eines Dramas. Am 6. März werden es 75 Jahre, daß Grillparzers „Weh dem, der lügt" im Burgtheater zur Uraufführung kam. Dieses Lustspiel mit ernster Grundidee wurde jedoch nicht verstanden und verschwand nach vier Aufführungen. Erst am 29. November 1879 brachte das Burgtheater die Dichtung wieder und seither folgten alle deutschen Bühnen diesem Beispiel mit gleichem Erfolg. Die grobe Verkennung von 1838 aber hat Grillparzers Verstummen für Jahrzehnte verschuldet.

— Revirement. Da die meisten Staatsmänner recht wacklig stehen, hat ein Journalist sie gefragt, was sie nach einer eventuellen Entlassung zu tun gedenken. Er hat folgende Antworten erhalten: v. Heeringen: Nichts! v. Hertling: Schlafen! v. Dallwitz: Ich will zur Bühne gehen! v. Schorlemer: Werde einen Roßschlächterladen aufmachen. Delbrück: Um Gotteswillen nicht von Entlassung reden, um Gotteswillen! v. Bethmann: Was Herr v. Heydebrand befiehlt.

Zentrum erreichen, wenn es den richtigen Nachdruck dahintersetzt. Wenn es das nicht tut, beweist es, daß es ihm nicht ernst ist. — Würde das Zentrum etwa dem Kanzler sein Gehalt bewilligen, wenn er neue Ausnahmegesetze gegen die Katholiken einbrächte? Es wäre das ein Akt schlimmster Würdelosigkeit. Sie, die Sie mit der Regierung gute Geschäfte machen, mögen ihr den Etat bewilligen, wir, die wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, werden den Etat ablehnen, und unsere Wähler verstehen das. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. **Erzberger** (Z., persönlich): In der Kommission hat ein Sozialdemokrat ausdrücklich gesagt, mein Antrag wird Gesetz.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Ich habe in der Kommission erklärt, der Staatssekretär scheine der Beratung der Frage, ob zuviel Messegelder bezahlt worden sind, aus dem Wege gehen zu wollen, indem er sein Amt zur Verfügung stelle, und habe hinzugefügt, wenn er so verfährt, ist eine Mehrheit für den Antrag sicher, denn so lassen wir uns nicht behandeln.

Der Titel wird mit dem von der Kommission vorgenommenen Abstrich gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Die Resolution Ablaß (Vpt.) auf Vereinheitlichung der Laufbahnen der Marineverwaltungsoffiziere und -Beamten wird angenommen, desgleichen die Resolution Ablaß (Vpt.), bei Vergebung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen zu berücksichtigen.

Die nächsten Kapitel werden debattelos angenommen.

Es folgt das Kapitel **Bekleidung**.

Abg. **Albrecht** (Soz.):

Das Recht Kritik zu üben, werden wir uns von Herrn Erzberger nicht nehmen lassen. Die Massen müssen bezahlen, was Sie hier zum Teil mit Hurra bewilligen. Wir sind auch verpflichtet, die Klagen der Arbeiter und Handwerker aus den einzelnen Betrieben vorzubringen. Solche Klagen liegen auch vor aus den Bekleidungsämtern Wilhelmshaven und Kiel. Die Kleider werden an ungefähr 1500 weibliche Heimindustrielle vergeben; nur 200 männliche Arbeiter werden beschäftigt. Diese Sparsamkeitspolitik bedeutet eine unerhörte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte. Es ist nicht richtig, was letztes Jahr der Vertreter der Marineverwaltung sagte, daß die Frauen nur 1—1½ Stunden zu tun haben. In Wirklichkeit haben sie 5 bis 6 Stunden zu arbeiten, sie bekommen ein bestimmtes Pensum, für das sie im Monat 30 bis 36 Mark erhalten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Ich verlange durchaus nicht, daß keine Frauen von den Bekleidungsämtern beschäftigt werden, aber es genügte, wenn die Hälfte der Garderobe von Frauen hergestellt würde. Ich will auch durchaus nicht den armen Witwen die Arbeit wegnehmen, wie Herr Struve sagte. In den meisten Fällen wird die Arbeit vergeben an Frauen von Angestellten der Marine. Der Armenetat der Stadt Kiel wird dadurch nicht entlastet, sondern belastet, denn es werden eine ganze Masse Arbeiter und Handwerker dadurch brotlos. 25 Proz. der Leute in Kiel sind in den letzten vier Jahren in Lungenheilstätten verwiesen worden. Und da spricht man davon, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sind! Man wird sagen, wir haben wohl mehr verlangt, aber wir haben auch die Löhne erhöht. In den letzten Tagen des Februar hat man die Löhne um 5—10 Proz. erhöht. Was will das aber besagen angesichts der Tatsache, daß die Arbeit um 8 bis 10 Prozent erhöht ist und angesichts der Teuerung. Anstatt den Achtstundentag einzuführen, erhöht man das Arbeitspensum! Die Werkstellen sind für die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu klein, d. h. zu niedrig und deshalb ungesund, ganz besonders in der Schuhmacherei, in der noch eine Schlosserreparaturwerkstatt sich befindet. Ferner wünschen die Arbeiter die achttägige statt der vierzehntägigen Lohnzahlung, das ist bei den niedrigen Löhnen nur berechtigt und auch in allen anständigen Privatgeschäften üblich. Vor allem muß das Nähkartensystem eingeschränkt werden, dafür stelle man lieber Handwerker und Arbeiter ein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Admiral **Capelle**: Es sind nicht 200, sondern 400 bis 500 Arbeiter auf beiden Bekleidungsämtern beschäftigt. Das Nähkartensystem ist eine Wohlfahrtseinrichtung. Die Uniformen müssen möglichst billig hergestellt werden, damit die Matrosen nicht soviel für ihre Uniform zu zahlen haben. Diese Sparsamkeit ist also berechtigt im Interesse der Matrosen. Daß die Nähfrauen nicht wie es der Wortlaut eines bestimmten Befehls eigentlich verlangt, nur 1—1½ Stunden beschäftigt werden, ist richtig. Aber sie sollen nicht mehr Arbeit bekommen, als sie in Nebenarbeit leisten können, natürlich wollen sie immer mehr haben. 50 Proz. der Nähfrauen sind alleinstehende Frauen. Die Löhne sind in beiden Aemtern für alle Kategorien erhöht worden, die Arbeitsvermehrung trifft nur eine kleine Zahl von Arbeitern. Daß 25 Proz. der Arbeiter — allerdings bezog sich das auf vier Jahre zusammen — in Lungenheilstätten geschickt worden sein sollen, das wäre ja schrecklich viel. Ich werde das sofort nachprüfen. — Die hygienisch nicht genügende Werkstelle ist eine ältere; wenn Sie uns das Geld bewilligen, werden wir gern eine neue bauen. (Heiterkeit.) Im übrigen hat Herr Noske, als er die Werkstellen besichtigte, seinerzeit erklärt: Hygienisch tadellos — sonst hatte er natürlich eine Menge auszusetzen. (Heiterkeit.)

Abg. **Giesberts** (Z.) bittet, die Wünsche der Organisation der Heimarbeiter nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Abg. **Albrecht** (Soz.):

Daß die Kleider der Matrosen nicht aus der Reichskasse bezahlt werden, weiß ich. Dann müssen die Matrosen eben höhere Löhnung bekommen, damit die Arbeiter bei der Herstellung der Kleider anständig bezahlt werden können. Zugegeben ist, daß mindestens 50 Prozent der Nähfrauen einen Ernährer haben. Da sollte man dafür sorgen, daß diese Ernährer besser bezahlt werden, damit die Frauen nicht den Handwerkern Arbeit wegnehmen. Ich wundere mich, daß die Herren im Zentrum und auf der Rechten, die immer von ihrer Liebe zu den Handwerkern reden, nicht auch dafür eintreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Admiral **Capelle**: Der Vorwurf, daß die Gesundheitsverhältnisse so schlecht sein sollen, trifft uns doch sehr schwer. Ich betone, daß der Prozentsatz wohl dadurch höher geworden ist, daß wir zum Teil Leute beschäftigen, die die Privatindustrie nicht mehr nehmen würde.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.) regt an, daß die Fachausschüsse bei der Feststellung der Löhne gehört werden.

Abg. **Semler** (natl.) verteidigt die Beschäftigung von Nähfrauen durch die Bekleidungsämter.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel **Instandhaltung der Flotte und der Werften.**

Abg. **Brandes** (Soz.):

Was ich im Vorjahre über die Beschwerden der Arbeiter vorgebracht habe, waren keine Pettkuser Roggen-Geschichten (Heiterkeit), sondern ich habe mich genau orientiert. Auch diesmal habe ich wieder eine Reihe Beschwerden zu vertreten. So heißt es in der Arbeitsordnung in § 1: „Die Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen Behörden und Arbeitern stören wollen." Das ist eine Bestimmung, mit der man jeden hängen kann, den man hängen will, zumal nach § 2 jeder Arbeiter in den ersten vier Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Bestimmungen liegt eine politische Bevormundung, gegen die alle Parteien auftreten müßten. Die Bestimmungen sind auch ganz unlogisch, denn auf den wichtigsten Stellen auf den Schiffen können Sie ja gewerkschaftlich organisierte und sozialdemokratische Arbeiter gar nicht entbehren, wenn Sie die Schiffe nicht einfach still stehen lassen wollen; da ist es doch

blühender Unsinn,

wenn solche Arbeiter in den Werkstätten auf dem Lande nicht geduldet werden sollen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), das führt natürlich zu den verächtlichsten Verleumdungen und Denunziationen. So wurde von der Torpedoverwaltung ein Mann schon während der Probezeit entlassen, weil der Gemeindevorsteher von Ohlau auf die Erkundigung der Verwaltung die Auskunft erteilt habe, der Betreffende habe sich während der Reichstagswahl als sozialdemokratischer Agitator betätigt. Dabei war er zu jener Zeit bei der Eisenbahn beschäftigt, wäre also in solchem Falle sicher herausgeflogen. Der Amtsvorsteher steht aber mit dem Vater und Bruder des Betreffenden in persönlichem Streit, und darauf führt der Betreffende die Auskunft zurück. (Hört! hört! links.) Trotz solcher Erfahrungen will man auch in Zukunft Auskünfte über die zu entlassenden Arbeiter einholen, und nicht einmal in jedem Falle dem Arbeiter von dem Inhalt der Auskunft Mitteilung machen. Ich hoffe, daß der Reichstag einmütig, natürlich mit Ausnahme der Konservativen, solche Schnüffelei verurteilen wird. Im vorigen Jahre berief sich die Oberwerftverwaltung von Wilhelmshaven, die einem Arbeiter bei der Entlassung ins Zeugnis geschrieben hatte, sein Verhalten im öffentlichen Leben ist nicht einwandfrei, darauf, daß das Schöffengericht dies für statthaft erklärt habe. Nun, inzwischen hat das Landgericht die Oberwerftverwaltung zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses verurteilt. Eine ähnliche Blamage wird sich die Verwaltung mit ihrem neuen Erlaß vom 1. Februar holen, wonach Lehrlinge bei Strafe der Entlassung den Nachweis zu erbringen haben, daß sie aus dem Arbeiterjugendbund ausgetreten sind, und daß ein Abonnement auf die „Arbeiterjugend" als gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zu dem Bund betrachtet werde. Die Lehrlinge sollen also den Nachweis erbringen, daß sie aus einem Verein ausgetreten sind, der gar nicht existiert. (Heiterkeit bei den Soz.) Und wie will die Marineverwaltung das Lesen der „Arbeiterjugend" verhindern? Wir wissen ja, daß gerade in bezug auf die Lektüre die Jugend das tut, was man ihr verbietet, und Verwandte und Freunde, die den Lehrlingen die „Arbeiterjugend" geben, werden sich schon finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kommission hat eine Resolution gegen die Verfügung angenommen, die den Beamten Kollektiveingaben verbietet. Wir erwarten die Zurückziehung dieser Verfügung.

Ferner fordern wir eine

Erweiterung der Kompetenzen der Arbeiterausschüsse,

wie sie die Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes verlangt. Ich komme zur Lohnfrage. Es ist zwar ein neuer Lohntarif eingeführt, der aber nur für kleine Gruppen Verbesserungen gebracht hat. Dabei sind die Mieten in Danzig und Wilhelmshaven besonders teuer. Außerdem wird die Arbeitskraft der Leute immer mehr ausgenutzt durch ein raffiniertes Beaufsichtigungssystem. Infolgedessen steigt auch die Krankenziffer in den Betriebskrankenkassen der Marine und der Krankenkasse der Torpedowerkstatt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Geheimrat Harms sagte im Vorjahr: Wir bleiben immer etwas über den Löhnen der Privatindustrie. Das ist ein bedauerlicher Irrtum des Vertreters der Marineverwaltung. Bei den Maschinenbauern, den Schiffbauern und anderen sind die Löhne in der Privatindustrie höher. Bei den Klempnern, Tischlern, Malern, Zimmerern sind z. B. die tariflichen Einstellungslöhne in der Privatindustrie wesentlich höher als auf den Werften. Und für die Hilfsarbeiter trifft dasselbe zu wie für die gelernten. — Viel geklagt wird über Reduzierung der Akkorde. Das Prämiensystem in der Torpedowerkstatt sollte beseitigt werden. Es hat große Ungerechtigkeiten zur Folge im Verein mit dem Klassen- und Kalkulationssystem. Ungeheuer groß ist noch die Zahl der Ueberstunden. Dabei geht die soziale Wohltat, die der Neunstundentag sein soll, zum Teufel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ungeteilte Arbeitszeit ziehen die Arbeiter vor, da sie ja doch nicht die Möglichkeit haben, in der Mittagspause nach Hause zu gehen, weil sie weit ab von der Werkstatt zu wohnen gezwungen sind. Die Verwaltung würde dabei an Betriebskosten sparen. Die zwei kurzen Pausen, die bei der ungeteilten Arbeitszeit natürlich notwendig sind, sollte die Marineverwaltung in die neunstündige Arbeitszeit hineinlegen. In den großen Privatbetrieben hat sich das gut bewährt. Für die Heizer sollte der Achtstundentag durchgeführt werden, natürlich darf ihr Verdienst dabei nicht reduziert werden. Aehnlich anstrengend wie die Arbeit der Heizer ist die der Maschinenwärter und ähnlicher Kategorien; auch für sie ist daher die Einführung des Achtstundentages eine dringende Notwendigkeit. — Der erste Urlaub wird heute erst nach fünf Jahren gewährt. Diese Frist sollte wesentlich herabgesetzt werden. Wenn die kaiserlichen Werftbetriebe Musterbetriebe werden sollen, muß noch eine **große Menge von Verbesserungen eingeführt werden**; hoffentlich gibt die Marineverwaltung nicht auch fernerhin zu solcher Kritik Veranlassung, wie ich sie im vorigen und in diesem Jahre üben mußte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Tirpitz**: Was müßten wir wohl tun, um dem Vorredner nicht Veranlassung zur Kritik zu geben. Die Angaben seiner anonymen Gewährsleute sind doch nur mit Vorsicht aufzunehmen. Auf eine Erkundigung bei der Einstellung von Arbeitern können wir nicht verzichten. Daß Lehrlinge nicht in Vereine eintreten dürfen, die sozialdemokratische Propaganda treiben, ist selbstverständlich. Daß die Auffassungen des Abg. Brandes von den Arbeitern nicht geteilt werden, beweist der trotz der sehr günstigen Konjunktur außerordentlich starke Zudrang zu unseren Betrieben. Die Löhne sind in der Tat erheblich erhöht worden. Herr Brandes meinte, wir sollten ein Musterbetrieb sein. Das ist ein ganz undefinierbarer Begriff. Ein Versuch, die ungeteilte Arbeitszeit einzuführen, hat sich nicht bewährt, auch die Arbeiter waren dagegen. Ich kann auch nicht acht Stunden hintereinander arbeiten. Ausländische Arbeiter werden grundsätzlich auf den Werften nicht beschäftigt. Aber für die Hafenerweiterungsarbeiten haben wir zum Teil inländische Arbeiter nicht bekommen.

Abg. **Weinhausen** (Vpt.): In der Kommission sind die Wünsche der Arbeiter in allen Einzelheiten auf das eingehendste besprochen worden; daher sollten wir das nicht alles hier im Plenum wiederholen, es gibt ja auch noch andere Wege, die Wünsche an die Verwaltung zu bringen. Auf den Wunsch, die Organisationen der Arbeiter und Angestellten anzuerkennen, ist in der Kommission geantwortet worden, daß es soviel verschiedene Organisationen gibt, die so verschiedene Wünsche haben, daß man ihnen nicht gerecht werden kann. Die Verwaltung soll sich natürlich nicht bei den Organisationen Direktiven holen, aber bei Streitigkeiten sollte die Verwaltung sich an die Organisationen wenden, dadurch könnte viel Erbitterung aus der Welt geschafft werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher: Kurze Anfragen und Etatsnotgesetz.)

Schluß 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

145. Sitzung. Montag, den 3. März 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Dr. Lentze.

Der Eisenbahnetat.

(Allgemeine Besprechung der wirtschaftlichen Seite.)

Abg. Graf **v. d. Gröben** (k.) lobt den Eisenbahnminister für gesunden Fortschritt und geschickte Führung. Wir hoffen, daß er im Staatsministerium mit dafür sorgen wird, daß sich unser Wirtschaftsleben auf ruhiger und gleichmäßiger Grundlage weiter entwickelt. Mit Tarifermäßigungen muß vorsichtig vorgegangen werden. Die Sicherheit auf den preußischen Bahnen steht in der Welt voran, der zuverlässigste Sicherheitsfaktor ist ein seiner Verantwortung sich stets bewußtes Personal, dessen Wünsche wir gern erfüllen, wenn sie erfüllt werden können. Wir begrüßen die Herabsetzung der durchschnittlichen Dienstzeit und wünschen gleichmäßige Anstellungsverhältnisse für die Unterbeamten bei allen Direktionen. Die Betriebsmittelgemeinschaft ist weit genug ausgebaut. Die Eisenbahnen sind das Rückgrat unserer Finanzen und sie müssen mindestens auf der bisherigen Höhe bleiben im Interesse eines starken Preußens. (Beifall rechts.)

Abg. **Schmedding** (Z.) wünscht Bahnhofsumbauten und Vermehrung der Güterwagen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen. Der Ausgleichsfonds muß zunächst mal auf 500 Millionen Mark gebracht werden, ehe eine Aenderung eintritt. Die Ausnahmetarife für Futtergerste haben eher schädlich als nützlich gewirkt, dagegen wünschen wir Ausfuhrermäßigungen für Kohle. Die Trunksucht muß von der Verwaltung bekämpft werden, denn der Alkohol verschuldet viele Betriebsunfälle. Um die erste Klasse stärker benutzt zu sehen, muß man die Tarife ermäßigen. Gegen eine allgemeine deutsche Eisenbahngesellschaft haben wir angesichts der Verschiedenheiten Bedenken. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. ing. **Marcs** (natl.): Der Ausgleichsfonds darf wegen der wirtschaftlichen Schwankungen nicht zu sehr gemindert werden. Die Eisenbahngemeinschaft ist ein schönes Ideal, aber nichts für die Praxis. Dagegen sind wir für eine allgemeine Betriebsmittelgemeinschaft. Aber Preußen muß seine volle Macht behalten. Der Redner spricht dann für bessere Ausbildung der Beamten und äußert sich über die Ausnahmetarife in dem Sinne des Vorredners.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz**: Die Betriebssicherheit erfordert strengste Disziplin, aber es ist auch Ehrenpflicht, für das materielle Wohl der Beamten und Arbeiter so zu sorgen, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Rücksicht auf die Privatbetriebe nur ermöglichen. Die Personalausgaben dürften also stark erhöht werden. Die Eisenbahn muß zunächst dem Verkehr und dann erst als Einnahmequelle dienen. Wir empfehlen nicht allgemeine Ermäßigung der Gütertarife, sondern angemessene Sondertarife. Die schlechte Lage des Baugewerbes deutet auf das Abflauen der Hochkonjunktur. Wir werden in Zukunft die Eisenbahneinnahmen nicht in höherem Umfang als bisher für allgemeine staatliche Zwecke verwenden können.

Minister **v. Breitenbach**: Wir rechnen mit einer Mehreinnahme von 1250 Millionen und einer Mehrausgabe von 123 Millionen gegen das Vorjahr und werden an dem Ausgleichsfonds etwa 170 Millionen abführen können. Ueber die Maßnahmen, um den Apparat dem Verkehr entsprechend vergrößern zu können, besteht Einverständnis zwischen dem Finanzminister und mir. Die wirtschaftliche Situation mahnt zur Vorsicht, die wir auch bei der Veranschlagung befolgt haben. Mit Tarifermäßigungen wollen wir da vorgehen, wo ein starkes Bedürfnis vorliegt und das Leben packen, wo es sich zeigt. Tarifermäßigungen dürfen aber nur soweit gehen, daß allgemeine Interessen nicht geschädigt werden. Wir sind bestrebt, uns für Neubauten und Erweiterung der Anlagen die nötigen Grundstücke rechtzeitig vorher zu sichern. Aus Anlaß der Verkehrsstockungen im Herbst haben wir einen Ausschuß zur Prüfung der Organisation eingesetzt und werden uns gern an einem Preisausschreiben für zweckmäßigere Organisation des Massenverkehrs beteiligen. Die kostspieligen Hochbrücken über den Kaiser-Wilhelm-Kanal, die auch in Kriegszeiten bei stärkerer Befahrung des Kanals eine ungestörte Durchführung des Eisenbahnverkehrs ermöglichen werden, lassen uns nicht darauf verzichten, die Verlängerung der Verkehrswege auch in den Tarifen auszudrücken. Zurzeit ist eine Ermäßigung der Ausfuhrtarife für Kohle nicht empfehlenswert. Eine Entscheidung habe ich noch nicht getroffen. Die Ermäßigung der Kohlentarife von Niederschlesien aus wird sorgfältig geprüft. (Beifall.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.): Bei dieser günstigen Finanzlage können wir den Steuerzahlern nicht zumuten, weiter die Steuerzuschläge zu zahlen, um so mehr, als wir mit einer Kriegssteuer in Friedenszeiten zu rechnen haben. Bei einem Reinüberschuß von 7,2 Proz. des statistischen Anlagekapitals können die Ursachen der Verkehrsstockungen beseitigt werden. Wird die Fahrkartensteuer reformiert, so darf die IV. Klasse davon nicht berührt und die III. Klasse nicht höher belastet werden. Bei den Schienenlieferungen brauchen die Ueberschüsse für Krupp nicht allzuhoch auszufallen. Man führe nach norwegischem und amerikanischem Beispiel Schlafwagen mit einfacherer Ausstattung für die Reisenden III. Klasse ein. Der Redner bespricht dann Einzelfragen des Verkehrs und tritt für die Elektrisierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ein.

Abg. **Ströbel** (Soz.):

Die überaus glänzende Finanzlage der preußischen Eisenbahnen zeigt sich schon darin, daß sie in der Lage sind 2,10 Proz., das ist über eine Viertelmilliarde, Zuschuß für allgemeine Staatszwecke zu leisten und dem Ausgleichsfonds 170 Millionen zuzuführen. Die Verzinsung des Anlagekapitals beträgt in Wahrheit **ungefähr 10 Proz.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb brauchen wir nicht zu zögern mit der

Verbesserung der Lage des Personals.

Für die Zeit einer schlechteren Konjunktur steht ja der Ausgleichsfonds, der Ende dieses Monats bereits 300 Millionen und im nächsten Jahr voraussichtlich 500 Millionen erreichen wird, zur Verfügung. Mit solchen Beträgen haben noch vor kurzem selbst Optimisten nicht zu rechnen gewagt. Während die preußischen Finanzen im allgemeinen ganz außerordentlich günstig sind, steht es mit den Reichsfinanzen außerordentlich traurig. Von den 9 Milliarden preußischer Staatsschulden stehen den 7 Milliarden Eisenbahnschulden die nötigen Aktiven gegenüber und auch die weiteren 2 Milliarden sind durch die Bergwerke und Forsten gedeckt. Dagegen stehen den 5 Milliarden Reichsschulden, die fast ausschließlich für militaristische Zwecke gemacht wurden, nur ganz unbedeutende Aktiven gegenüber. Im Reich findet auch keine Schuldentilgung statt, denn die dafür bestimmten Beträge werden nur zur Verminderung neuen Anleihebedarfs verwendet. Das ist doch keine Schuldentilgung! Dagegen ist Preußen in der Lage, seine Schulden zu tilgen. Wenn trotzdem von dem Abg. v. Zedlitz u. a. die Stärkung der preußischen Finanzen immer wieder gefordert wird, so geschieht das in dem Gedanken, daß **Preußen** das militaristische Rückgrat des Reiches und die preußischen Finanzen

eine Art Reichskriegsfonds

seien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In den letzten Jahren ist der Betriebskoeffizient weiter gesunken, alles Gründe für Erhöhung der Löhne und Gehälter des Eisenbahnpersonals. Man braucht die Löhne und Gehälter deshalb nicht allzu niedrig zu halten, weil ja, wie der Minister in der Kommission ausgeführt hat, durch das Wachstum des Betriebes, durch die Einführung größerer Güterwagen und schwererer, leistungsfähigerer Lokomotiven Personal gespart wird.

Aus diesem Grunde erklärte der Minister auch die Klage für unberechtigt, daß die Vermehrung des Personals nicht der Vermehrung des Güterverkehrs entsprochen habe. Ich habe bereits bei der Besprechung über den Wagenmangel im Ruhrkohlengebiet ausgeführt, daß nicht nur bei jenem Anlaß, sondern ganz allgemein das Personal bittere Klage über **allzugroße Inanspruchnahme** führt. Indessen wird über Beamten und Arbeiterfragen ja gesondert beraten werden. — Selbstverständlich verwerfe auch ich jede Tarifreform zum Nachteil der 4. und 3. Klasse. Dagegen meinen wir, daß man nicht den Tarif für die 1. Klasse herabsetzen, sondern

die 1. Klasse überhaupt beseitigen

sollte, was auch von Fachmännern gefordert wird. Nirgends in der Welt gibt es vier Wagenklassen, einzelne deutsche Staaten kommen mit dreien aus, England und Belgien zum Teil mit nur zweien. Auch bei drei Wagenklassen kann derjenige, der nicht mit der großen Masse in Berührung kommen will, immer noch II. Klasse fahren. Die Beseitigung der I. Klasse würde eine **ganz erhebliche Ersparnis** für den Betrieb bedeuten, denn selbst wenn sie wieder auf ihren alten Stand käme, unter den sie um 40 Proz. herabgesunken ist, so bedeutet sie immer noch eine große Menge toten

Materials. Die I. Klasse hat nur 1,6 Millionen Personen befördert, also nur 1/400 aller Passagiere, es besteht also keinerlei öffentliches Bedürfnis nach ihrer Fortexistenz. Verbesserungen sind in erster Linie für die IV. Klasse nötig, die

auch in den Schnellzügen

gefahren werden sollte, damit auch die Proletarier, die reisen müssen, schneller vorwärts kommen können. Die Einnahmen aus der I. und II. Klasse zusammen betragen noch nicht viel mehr, als ein Fünftel der Gesamteinnahmen aus dem Personenverkehr, also dürfen die III. und IV. Klasse auch weit mehr Berücksichtigung verlangen. (Zustimmung links.)

Nicht nur in Rheinland und Schlesien sind die Verkehrsverhältnisse schlecht, sondern auch in Berlin sind sie außerordentlich kläglich. Wer in Berlin dem Wohnungselend entgehen, einigermaßen in frischer Luft wohnen und nicht ungeheuer hohe Mieten zahlen will, muß in die Vororte hinausziehen. Aber die Regierung hat selbst in der Kommission anerkennen müssen, daß die Vorortzüge, namentlich im Osten, Südosten und Norden und zu bestimmten Tageszeiten außerordentlich überfüllt sind. Der Verkehr mit dem Westen ist viel besser, weil man für die dort wohnende besser situierte Bevölkerung natürlich besser vorsorgt. Aber selbst da ist es doch kein vernünftiger Zustand, daß z. B. auf der Wannseebahn nach 10 Uhr abends nur ein 20-Minutenverkehr besteht. (Zustimmung.) Die Regierung hat nun die Elektrisierung der Stadt- und Vorortbahnen vorgeschlagen, weil sich nur beim elektrischen Betrieb die notwendige rasche Zugfolge erreichen ließe. Dagegen wird nun Widerstand geleistet, weil die Kosten zu beträchtlich seien und selbst durch eine Erhöhung der Tarife nicht aufgebracht würden. Ist es nicht geradezu lächerlich, angesichts der ganzen Finanzlage und eines so

dringenden Verkehrsbedürfnisses

von den paar Millionen Anlagekapital überhaupt zu sprechen. Es werden doch genug sogenannte Meliorationsbahnen auf dem Lande gebaut, die zunächst nicht rentieren. Und was gibt Preußen nur für die Polenpolitik aus! Man hat berechnet, daß uns jeder in der Ostmark angesiedelte Bauer mehr als 8000 M. kostet und da kommen Sie hier mit solchen Einwänden! Man muß doch berücksichtigen, was Berlin für Preußen leistet. (Unruhe rechts.) Der Stadtkreis Berlin bringt an Einkommensteuern physischer Personen 38,2 Millionen Mark auf und der Regierungsbezirk Potsdam, dem die Vororte angehören, weitere 49,3 Millionen. Sie sagen, die leistungsfähige Stadt Berlin soll selbst die Kosten decken; nun gut, so treffen Sie die Besitzenden, statt die Berliner Proletarier und den kleineren Mittelstand in Groß-Berlin mit einer Tariferhöhung zu belasten. Sie wollen eben auch hier Ihrem

Haß gegen den Wasserkopf Berlin

Ausdruck geben, während Berlin Ihnen die milchende Steuerkuh ist. — Strategische Rücksichten kommen bei diesem Widerstand gar nicht in Betracht, hat doch der Vertreter des Kriegsministers in der Kommission selbst erklärt, daß im Mobilmachungsfall die Militärtransporte auf den Gütergleisen fahren würden. Obgleich nach den bestimmten Erklärungen der Regierung von einer Gefährdung der Interessen der Lokomotivenindustrie keine Rede ist, bombardiert diese die ganze Welt mit Protestbroschüren. Aus der Erklärung des Kriegsministeriums aber, daß es sein Veto einlegen würde, wenn größere Strecken im Lande elektrifiziert würden, ergibt sich, daß nicht die Verkehrsinteressen und der Eisenbahnminister, sondern

eigentlich der Kriegsminister über die Eisenbahnen gebietet.

Welche Riesensumme würde erst zusammenkommen, wenn man zu den ohnehin schon wahnsinnig hohen Kosten des Militarismus auch noch die für militärische Zwecke gemachten Eisenbahnkosten hinzurechnen wollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu dem Verlangen der Herren Pachnicke und Macco auf Aufhebung der Steuerzuschläge! Wir halten diese Maßregel bei den kleinen Einkommen bis 3000 M. für ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit. Aber diese kleinen Einkommen zahlen nur 3½ Millionen Mark an Zuschlägen, die Einkommen über 9500 M. dagegen 27 Millionen Mark Zuschläge und die nichtphysischen Zensiten 16 Millionen, sodaß die Aufhebung der Steuerzuschläge für die größeren Einkommen ein glattes Geschenk von 52½ Millionen an die Reichen und Reichsten bedeuten würde. Nun verweisen Sie auf die angekündigte einmalige Abgabe von Vermögen. Würde diese wirklich 700—1000 Millionen Mark aufzubringen haben, so würde das nur bei 5 Proz. eine jährliche Abgabe von nur 40 bis 50 Millionen bedeuten. Und darüber das große Geschrei! In demselben Augenblick aber, wo der Besitz im Reich diese einmalige Kriegssteuer bezahlen soll, will er sich in Preußen jährlich

52 Millionen Steuerzuschläge schenken.

Dazu darf auch die günstigste Finanzlage nicht mißbraucht werden. Wenn Sie die Lasten für den Militarismus erhöhen wollen dann tragen Sie auch selbst die Kosten, aber ohne sich in Preußen ein Steuergeschenk zu machen. Vielleicht wird Ihnen die Lust zu den uferlosen Militärausgaben vergehen, wenn Sie sie selbst bezahlen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnüberschüsse aber können für Kulturzwecke verwendet werden. Im Reichstage haben die bürgerlichen Parteien selbst eine generelle Erhöhung aller Unterbeamtengehälter gefordert; die Not der Altpensionäre schreit nach radikaler Abhilfe, ungeheure Summen wären nötig, um das Schulelend zu beseitigen. Sie aber denken nicht daran, diese berechtigten und dringenden Forderungen sowie die Wünsche großer Massen von Staatsbeamten und Arbeitern zu erfüllen, sondern Sie wollen in dem Augenblick, wo man im Reiche Ansprüche an Ihren Geldbeutel stellt, sich

in Preußen vom Steuerzahlen drücken.

Das muß festgenagelt werden, vor allem auch für die kommenden Wahlen und wir werden das gründlich besorgen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (k.) dankt dem Minister für den Erlaß gegen den gemeinsamen Warenbezug der Beamten. Die Firma Rudolf Hertzog hat dem Berliner Beamtenwirtschaftsverein in einem Jahr 35 000 M. Rabatt gewährt!

Abg. Herold (Z.) wendet sich gegen die Notstandstarife für Mais und Futtergerste, die den Kanalverkehr eingeschränkt, und nur dem Bremer Ring genützt hätten.

Minister v. Breitenbach: Von einer Aufhebung dieser Tarife würde nur Rotterdam zum Nachteil unserer Häfen den Vorteil haben. — Der Erlaß gegen den gemeinsamen Warenbezug der Beamten entsprang den Anregungen dieses Hauses, es wird untersucht werden, ob der Berliner Beamtenwirtschaftsverein über diesen Erlaß hinausgegangen ist. Die erste Klasse wird reformiert, aber nicht abgeschafft. Die Dreiteilung des Publikums (bei den D- und Schnellzügen in die I., II. und III. Klasse, bei den Personenzügen in die II., III. und IV. Klasse) hat sich bewährt. Die IV. Klasse können wir in die Schnell- und Eilzüge nicht aufnehmen, die meisten Reisenden IV. Klasse fahren nur kurze Strecken. Auch können wir die überlasteten Schnellzüge nicht noch mit der IV. Klasse belasten. (Abg. Hoffmann: dann lassen Sie die I. Klasse weg!).

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Die Steuerzuschläge sind überflüssig. Die Steuern haben nur den Zweck, den Staat zu erhalten; Ströbel sieht in ihnen freilich ein Mittel zur Schröpfung der Besitzenden. Stimmt der Finanzminister mit ihm überein? (Heiterkeit.) Die überschießenden Erträge der Eisenbahnen sollen nicht aufgespeichert werden, sondern die Steuerzahler möglichst entlasten, noch dazu in einer Zeit, in der das Reich so hohe Anforderungen für Rüstungszwecke stellen muß. Die Gelegenheit zur Uebertragung der preußischen Bahnen an das Reich wurde verpaßt. Vielleicht setzt man eine Kommission zum Studium der Eisenbahngemeinschaft ein.

Finanzminister Dr. Lentze erklärt die Aufhebung der Steuerzuschläge als völlig undurchführbar und eine Quotisierung würde zweifellos zu einer Vermehrung aller Staatsausgaben führen, weil dann das Haus und alle Ressorts mehr fordern würden. Gut begründete Forderungen werden wir dann nicht mehr ablehnen können, während wir heute einfach sagen: die Finanzverwaltung hat kein Geld und damit ist die Sache gemacht. (Heiterkeit.) Es ist unrichtig, daß die Finanzverwaltung immer auf neue Steuern sinne, die Finanzverwaltung ist eine Verwaltung gegen Steuern. (Allgemeine Heiterkeit). Wenn sie nicht wäre, würde man sich wundern, was es an Steuern geben würde, denn sie sorgt für sparsame Wirtschaft. Wir müssen mit festen Einnahmen rechnen können. Manche Kommunalverwaltungen haben die Kommunalzuschläge quotisiert und die Ausgaben werden sehr leicht beschlossen. Wenn dann hinterher das Fazit gezogen wird und die Verwaltung eine Steuererhöhung haben will, dann will es keiner gewesen sein. Also mit einer Quotisierung kann ich mich nie und nimmer einverstanden erklären. (Beifall rechts. — Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Also keine Ausgabe ohne Deckung!) Ich vertrete hier nicht die neuen Militärausgaben. (Heiterkeit.) Von meinen ganz bestimmten Grundsätzen für die preußische Finanzverwaltung lasse ich mich durch Ihre Zwischenrufe nicht abbringen. (Beifall rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Aus der von Dr. Friedberg gewünschten Kommission würde nicht viel herauskommen, denn eine Anzahl Bundesstaaten sind unbedingt gegen eine Gemeinschaft. Der jetzige Wagenverband hat uns vorwärts gebracht, er nötigt die Bundesstaaten, ihren Etat nach den Bedürfnissen des Verkehrs einzurichten, während sie früher vielfach von uns profitierten. Dafür, daß die preußische Eisenbahnverwaltung ihre gesamten Einrichtungen unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung der gesamtdeutschen Interessen trifft, stehe ich ein. (Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf morgen Dienstag 11 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Aus der Partei.

Ein Parteijubiläum.

Die Parteidruckerei in Rüstringen (Oldenburg) kann am 3. März auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Wohl wurde unser dortiges Parteiblatt, das „Norddeutsche Volksblatt", bereits früher gegründet, aber es wurde nicht am Erscheinungsorte, sondern abwechselnd in Braunschweig und Bremen hergestellt. Erst im Jahre 1888, unter dem Sozialistengesetz, wurde in Rüstringen eine eigene Parteidruckerei errichtet.

Im Laufe der Jahre hat das Volksblatt manchen Strauß zu bestehen gehabt; mancher Kampf mit Polizei und Behörden mußte ausgefochten werden. Wie die Entwickelung ihren Gang nahm und welche Erfolge heute nach 25jähriger volksaufklärender Tätigkeit das Organ unserer oldenburgischen Genossen zu verzeichnen hat, davon gibt eine Reihe von Artikeln Kunde, die die einfach ausgestattete Jubiläumsnummer bringt. Sie handeln von Fehden und Kämpfen, und wie diese nicht fehlten, so blieben auch die gerichtlichen Strafen nicht aus. Heute hat sich das Blatt, das die rote Sturmfahne im agrarischen Oldenburg und Ostfriesland und in dem werftindustriereichen Wilhelmshaven hochhält, eine imponierende Position geschaffen und die Gegner wissen, daß sie damit zu rechnen haben.

Außer der Festnummer des Blattes erscheint zum Jubiläum der Parteidruckerei noch eine historische Schrift aus der Feder des mit den politischen und besonders den parteipolitischen Verhältnissen Oldenburgs am besten vertrauten Genossen Hug. Die drei Bogen starke Schrift wird an Interessenten gratis abgegeben und bildet einen Teil von der demnächst erscheinenden oldenburgischen Parteigeschichte.

Von der lettischen Arbeiterpresse.

Die lettischen Arbeiter sind unermüdlich im Kampfe um ihre Presse. Ihr Martyrium scheint kein Ende zu haben, aber auch die zähe Ausdauer der organisierten Arbeiter der Ostseeprovinzen versiegt nicht. Ein Redakteur nach dem anderen wandert ins Gefängnis und in die Verbannung. Aber neue Organe entstehen, neue Namen tauchen auf. Die Geschichte wird die Namen der lettischen Arbeiterblätter ehrend nennen. Wir können es nicht tun — aus naheliegenden Gründen. — Als Festschrift erschien die 100. Nummer des lettischen Gewerkschaftsorgans „Arodneeks", das seit 5 Jahren besteht. Die Nummer enthält unter anderem Begrüßungsschreiben von einer Reihe Fachorganisationen und Konsumgenossenschaften.

Jugendbewegung.

Sächsische Jugendrettung.

„Bei uns wird's hinten rum gemacht, uf eene feine Weise." So charakterisierte vor einigen Jahren einmal der „Wahre Jakob" in einem satirischen Reime zutreffend die sächsischen Sozialistenverfolgungen, die mit denen in Preußen verglichen wurden. Was aber von den Verfolgungen der Arbeiterorganisationen überhaupt galt und noch gilt, zeigt sich auch jetzt wieder bei den Operationen gegen die Arbeiterjugendvereine innerhalb der weißgrünen sächsischen Grenzpfähle.

Die brutale Unterdrückungsmethode des benachbarten Junkerstaates hat man bei uns, im Königreich Sachsen, noch nicht nachgemacht, obwohl es an Aufmunterungen durch konservative Wortführer im Landtage, unter denen sich besonders der Freiberger Landgerichtsrat Dr. Mangler mit seinen ebenso bösartigen wie humoristisch wirkenden Hetzreden hervortat, nicht gefehlt hat. Bei ihren Sozialistenverfolgungen scheint die sächsische Regierung so viel gelernt zu haben, daß sich eine gesunde Bewegung durch Gewaltmaßnahmen nicht unterdrücken läßt. Dafür spricht unter anderem auch die Tatsache, daß im Ministerium des Innern, dem die Jugendpflege untersteht, jetzt ein Ministerialdirektor beobachtende Zurückhaltung empfiehlt, der früher als Amtshauptmann einer der ärgsten Sozialistenfeinde war. Man würde aber schwer irren, wenn man nun annehmen wollte, daß die Arbeiterjugendbewegung in Sachsen von Maßregeln verschont bliebe. Allerdings, mit Auflösungen und Verboten geht man nicht vor, desto eifriger wird bei uns die Jugendgängelei von hinten herum besorgt.

Vor allem ist man bemüht, mit allerhand Mitteln nationale Jugendorganisationen aufzupäppeln. Die Regierung hat dazu bereits 100 000 M. gespendet und Gemeindebehörden und Schulverwaltungen mobil gemacht. Die finanzielle Unterstützung des nationalen Jugendrummels wird auch von vielen Gemeindevertretungen eifrigst betrieben. Allenthalben werden nationale Jugendvereine und -heime gegründet. Militärvereinsmacher, Beamte, Geistliche und auch Lehrer entfalten große Geschäftigkeit, um den Arbeiterjugendorganisationen Boden abzugraben. Die Eisenbahnverwaltung gewährt Fahrpreisvergünstigungen, die der Arbeiterjugend konsequent versagt werden. All diesem einem Strohfeuer gleichenden Uebereifer ist aber der Erfolg noch versagt geblieben. Wohl sind nationale Jugendgründungen ins Leben gerufen worden, wohl sind auch junge Leute da, die sie in Anspruch nehmen, es sind aber fast ausnahmslos Bürgersöhnchen, die ohnehin schon im Elternhause national gedrillt werden, bei denen nationale Bearbeitung eigentlich überflüssig ist.

Gleichzeitig mit diesen nationalen Konkurrenzmanövern treten auch die Schulbehörden in Funktion. Boten die nationalen Vereine der Arbeiterjugend vergeblich Zuckerbrot, sollte die Schule mit der Peitsche etwas nachhelfen. In zahlreichen Orten erließ man Ortsschulordnungen, durch die für Fortbildungsschüler die Zugehörigkeit zu einem Verein von der Genehmigung der Schulleitung abhängig gemacht wurde. Die ungenehmigte Mitgliedschaft wurde unter Strafandrohungen gestellt. Natürlich bezweckte man damit, die Fortbildungsschüler der Jugendbewegung fernzuhalten. Das gelang aber nur unvollkommen, trotz aller Spionage konnte besonders in großen Orten der angestrebte Zweck nicht erreicht werden. Wenn auch ein Teil Fortbildungsschüler die Mitgliedschaft in den Arbeiterjugendvereinen nicht mehr erwerben durfte, so besuchten sie um so eifriger die Veranstaltungen der Arbeiterjugendorganisationen. Jetzt ist man mit Versuchen beschäftigt, auch da einen Riegel vorzuschieben. Nach einigen neu geänderten Ortsschulordnungen wird nicht nur die Mitgliedschaft, sondern der Besuch aller Veranstaltungen durch Fortbildungsschüler unter das Genehmigungsrecht der Schulbehörden gestellt. Im Zuwiderhandlungsfalle ging man mit Schulstrafen, vielfach auch mit Geldstrafen vor. Sogar wegen Teilnahme an Stenographiekursen wurden Strafen ausgeworfen.

Doch hat dieses Verfahren nicht allenthalben der Nachprüfung durch die Gerichte stand gehalten. Das Chemnitzer Landgericht hat jetzt einige solcher Bestrafungen aufgehoben und betont, daß es über die Befugnisse der Schulbehörden hinausgehe, Geldstrafen zu verhängen, außerdem verstoße ein Verbot der Mitgliedschaft bei unpolitischen Vereinen gegen das Reichsvereinsgesetz. Andere Gerichte haben in ähnlichen Fällen die Strafe bestätigt.

Diese und ähnliche Operationen werden wundervoll durch eine andere, fast allgemein durchgeführte Maßnahme ergänzt. In den Fortbildungsschulen ist nämlich in den letzten Jahren der Turnunterricht eingeführt worden. Dagegen wäre gewiß nichts einzuwenden. Aber dieser Unterricht ist den nationalen Turnvereinen zumeist übertragen worden. Warum? Nun, die jungen Leute sollen damit zugleich den nationalen Turnern zugeführt und den Arbeiterturnvereinen abspenstig gemacht werden.

All diese und noch manch andere von hinten herum forcierten Jugendrettungsaktionen sollen natürlich den Zweck haben, die Arbeiterjugend in großen Scharen ins nationale Lager zu führen, junge Arbeiter zu loyalen Staatsbürgern, gefügigen Ausbeutungsobjekten und konservativen Wählern zu züchten. Der Zweck wird nicht erreicht werden. Die Nadelstichpolitik hat der Arbeiterjugend seither wenig geschadet, sie hat aber aufrüttelnd auf die freie Jugendbewegung gewirkt und sie so vorwärtsgebracht. Allerdings bestehen in Sachsen jetzt auch nationale Jugendgründungen in großer Zahl, die auch viel Rumor machen. Daneben gedeiht aber die freie Jugendbewegung besser denn je. Die so eifrig in Jugendrettung machenden Schulbehörden aber operieren auf Kosten der Schule, die sie mit ihren Machinationen in Verbindung bringen und dadurch Vorurteile gegen sie im Volke wachrufen. Sie versündigen sich dadurch an der Schule wie an der Jugenderziehung, dafür verantwortlich ist aber auch die sächsische Regierung.

Aus Industrie und Handel.

Ein- und Auswanderung in den Vereinigten Staaten.

Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika nahm im Jahre 1912 wieder einen viel größeren Umfang an als 1911, aber auch die Auswanderung war sehr beträchtlich und blieb nur hinter der Höhe von 1911 zurück, welches Jahr in dieser Beziehung einen Rekord aufstellte. Der Ueberschuß der Einwanderer über die Auswanderer war ziemlich doppelt so groß wie im Vorjahr. Die Balkanwirren erhöhten die Zahl der Auswanderer über die Norm und drückten zum Teil auch die Einwanderung herunter, die anderseits durch die günstige Geschäftslage in den Vereinigten Staaten in bemerkenswerter Weise angeregt wurde, namentlich im letzten Teile des Jahres.

Wenn man Einwanderung und Auswanderung zusammenstellt, ergibt sich für 1912 und die drei Vorjahre folgendes Bild:

	1912	1911	1910	1909
		in 1000 Kopf		
Ankunft von:				
fremden Einwanderern	1027	782	1072	957
Abreise von:				
fremden Auswanderern	299	352	260	188

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die am Sonntag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin bewilligte den serbischen und bulgarischen Gewerkschaften eine Unterstützung von 2000 M. — Für die Wahl von zwei Bautenkontrolleuren wurden Klempner Schulz, Klempner Deneguer, Schlosser Krüger und Rohrleger Friedrich auf die Kandidatenliste gesetzt. Als Bezirksleiter für Tegel und einen Teil von Reinickendorf wurde Halfes gewählt.

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zum Verbandstage, der am 16. Juni in Breslau abgehalten wird. Es lagen eine Reihe von Anträgen vor, mit denen sich die Bezirksversammlungen bereits beschäftigt hatten. Angenommen wurde ein Antrag, welcher will, daß weibliche Mitglieder, die aus persönlichen Gründen nicht mehr erwerbstätig sind, in die für invalide Mitglieder bestehende 10-Pf.-Beitragsklasse eintreten können. — Ein anderer Antrag, der gleichfalls angenommen wurde, fordert, daß aus dem Statut der Passus gestrichen wird, wonach beim Aussetzen infolge von Geschäftsinventuren keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. — Eine längere Diskussion rief ein von Albrecht gestellter Antrag hervor, der in allen Bezirksversammlungen abgelehnt worden ist. Das Prinzip des Antrages ist: Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und Herabsetzung der Krankenunterstützung. Der Antragsteller begründete seine Forderung so: Die Arbeitslosenunterstützung diene gewerkschaftlichen Zwecken, sie solle die Arbeitslosen in den Stand setzen, nicht aus Not Lohndrücker zu werden. Deshalb müsse die Arbeitslosenunterstützung möglichst hoch bemessen werden. Die Krankenunterstützung aber könne herabgesetzt werden, weil es doch Aufgabe der Krankenkasse sei, für die Kranken zu sorgen, wozu die gewerkschaftliche Krankenunterstützung nur ein Zuschuß sein könne. Der Antrag will die Arbeitslosenunterstützung nach fünfjähriger Mitgliedschaft auf die volle Höhe der Streikunterstützung bringen. Gegen den Antrag wurde besonders von Cohen eingewandt, daß derselbe ohne Erhöhung des Beitrages nicht durchgeführt werden könne. Der Antrag stütze sich nur auf großstädtische Verhältnisse. In den kleinen Industrieorten werde die Arbeitslosenunterstützung nur sehr wenig in Anspruch genommen, weil die Kollegen entweder selten arbeitslos werden, oder, wenn es geschieht, den Ort verlassen müssen. Dagegen spiele die Krankenunterstützung in den kleinen Industrieorten eine große Rolle. Eine Herabsetzung der Krankenunterstützung würde hier sehr schwer empfunden werden und vielleicht einen starken Mitgliederverlust zur Folge haben. — Der Antrag Albrecht wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Angenommen wurden noch folgende Anträge:

Die Zahlstelle Berlin ist von den allgemeinen Bestimmungen, welche die Delegiertenwahlen zum Verbandstag regeln, auszuschließen.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine Umfrage zu halten, wieweit in den Betrieben der Eisen- und Metallindustrie Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt werden. Ferner soll der Hauptvorstand die Vertreter der Arbeiter im Reichstage, in den Landtagen und Kommunen ersuchen, dahin zu wirken, daß derartigen Betrieben, die Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr einstellen, staatliche sowie städtische Arbeiten nicht übertragen werden. — Es sollen Berufskonferenzen für die Schraubenbranche und für die Elektromonteure einberufen werden. — Der „Metallarbeiterzeitung" soll allmonatlich ein an die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gerichtetes Merkblatt beigelegt werden.

Außer dem schon erwähnten Antrage Albrecht wurden noch mehrere andere Anträge abgelehnt, darunter zwei, welche die Einführung der Hauskassierung in den größeren Verwaltungsstellen fordern, sowie ein Antrag, welcher verlangt, daß Mitglieder, welche Meister- oder andere leitende Stellen angenommen haben, ausscheiden müssen.

Die Versammlung mußte, ehe die Tagesordnung ganz erledigt war, vertagt werden, weil der Saal um 1 Uhr an die Maler vergeben war. Zu erledigen ist noch ein Antrag Barth, welcher verlangt, daß der Vorstand die Fortsetzung eines Streiks nur dann verweigern darf, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dagegen stimmen. — Ferner steht noch ein Antrag auf der Tagesordnung, wonach Streitigkeiten politischer Natur zwischen Verbandsangestellten und Parteileitungen nicht mehr in der „Metallarbeiterzeitung" zum Austrag gebracht werden sollen.

Wann und wo die Fortsetzung der Generalversammlung stattfindet, das wird in den nächsten Tagen im „Vorwärts" angezeigt. Besondere Einladungen erhalten die Delegierten nicht.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossin

Frau Anna Hetzel

am 1. März im 43. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 1. März verstarb unser Genosse, der Maler

Bruno Anderskewitz

Malplaquetstr. 6 — Bezirk 785 a.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute**, Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Am 1. März verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter

Hermann Gabel

Raumerstraße 37 — Bezirk 533.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Am 1. März verstarb unsere Genossin, Frau

Marie Renk

Birkenstraße 28 — Bezirk 728.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Anstalts-Friedhofes in Plötzensee aus statt.

Am 28. Februar verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Reinhold Sasse

Eberswalder Str. 19, Bezirk 531.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Segens-Friedhofes in Weißensee, Gustav-Adolfstr. 68, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
225/19 **Der Vorstand.**

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Flaschenkellerarbeiter

Gottfried Moltkau

(Schultheiß II) im Alter von 31 Jahren an den Folgen einer Operation verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Ferner verstarb nach langem Leiden der Kollege Flaschenkellerarbeiter

Reinhold Sasse

(Gabriel u. Richter) an Nierenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Segens-Kirchhofes, Gustav-Adolf-Str. 67/74, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
42/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Hermann Gabel

Raumerstr. 37

am 1. März an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemanekirchhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
114/3 **Die Ortsverwaltung.**

Plötzlich und unerwartet starb am 1. März cr. unsere werte Genossin und Mitkämpferin

Marie Renck

im Alter von 48 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Genossinnen und Genossen des **6. Wahlkreises** (15. Abt. 721. Bez.). 43a

---

Todes-Anzeige.

Am 2. d. M., morgens 7½ Uhr, verschied sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater, der Gastwirt

Karl Schakulowski

im 59. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze
Die trauernden Hinterbliebenen
Auguste Schakulowski
geb. Hüft
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause in Neukölln, Jägerstraße 15, aus nach dem Jakobi-Kirchhofe statt. 18a

---

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Marie Renk
geb. **Drozdalska**

nach kurzem schweren Leiden am 1. März, vormittags 11½ Uhr, sanft entschlafen ist. 43a

Heinrich Renk
Birkenstr. 28.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes Plötzensee statt.

Für die uns erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Klara Konrad und Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 64a
Familie Kiebling.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Vaters spreche ich hierdurch allen Bekannten und Verwandten, besonders der Berliner Fleischerinnung, dem Bezirksverein selbständiger Fleischermeister Berlin-Norden, der 168. (4.) Armenkommission meinen herzlichsten Dank aus. **Robert Grafe.**

Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters allen Teilnehmern herzlichen Dank. 64a
Wwe. **Roszgowski** und Sohn.

Ordentl. General-Versammlung,
der Vertreter
der **Arbeitgeber u. Arbeitnehmer**
der
Ortskrankenkasse
der
Maschinenbauarbeiter
und verwandten Gewerbe zu Berlin, am **Freitag, den 14. März 1913, abends 8½ Uhr, Rosenthaler Hof,** Rosenthalerstr. 11/12.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1912 und Erteilung der Decharge.
3. Verschiedenes.

Nach Schluß dieser Generalversammlung findet **in demselben Lokal** eine Generalversammlung der Vertreter der arbeitnehmenden Mitglieder behufs Ersatzwahl für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder **Jahl** und **Boyelmann** statt.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher notwendig ist, müssen bis zum 10. d. M. mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.

Das Mandat legitimiert.

Berlin, den 3. März 1913.
Der Vorstand. 2738b
Frz. Schuldt. H. Kurrle.

Elegante
Herren-Moden
fertig u nach Mass
von **1** Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse
Kein Waren-Kredithaus
Kein Waren-Kredithaus

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostümstoffe, Damentuche „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelerinen Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25,—, 30,— M. etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Engelhardt
Caramel-Bier
Alkoholarm – Aerztlich empfohlen

an Qualtitä unübertroffen

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Ueberall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.
BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3086, 4068/90

Kios Cigaretten
Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 "
Welt-Macht 5 "
Auto-Klub 6 "
Aëro-Klub 10 "

Kleine Berliner
Stück 2 Pf.

Kein Kredit!
Trotzdem Teilzahlungen jedem!
Teilzahlungen erhöhen bei mir nicht die Preise!
Besichtigen Sie ohne Kauf-zwang die grossen Ausstellungen
haus, sondern ein reguläres, reelles Möbel-Magazin ist

Garnituren	100 bis	350	M.
Schlafsofas	75 bis	120	M.
Betten ...	21 bis	72	M.
Tische ...	6⁵⁰ bis	65	M.
Stühle ...	2 bis	21	M.
Vertikos ..	38 bis	72	M.
Büfetts ...	125 bis	450	M.
Trumeaus .	32 bis	110	M.
Matratzen .	19 bis	30	M.

Nur solide, reelle Möbel

Komplett Einrichtungen schon von **230** M. an
Küchen ..... von **45** M. an
Moderne Schlafzimmer von **210** M an
Elegante Speisezimmer von **400** M. an

Otto Piehl
BERLIN N
120 Brunnenstr. 120

Schloßbräu
Flaschenbiere
Die Qualität ist hervorragend!

1 M.
wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadelloser Sitz

J. Kurzberg, Mass-Schneiderei

Rosenthaler Str.	Frankfurter Allee	ReinickendorferStr.
Nr. 36, I	104, parterre	Nr. 4, I
Hackescher Markt	Ecke Friedenstr.	am Weddingplatz

1813-1913

1807 bis 1812. Von Tilsit nach Tauroggen. (Kleine Bibliothek Nr. 25.) **Franz Mehring.**

1813 bis 1819. Von Kalisch nach Karlsbad. (Kleine Bibliothek Nr. 26.) **Franz Mehring.**

Preis jedes Bändchens brosch. 0,75; gebunden 1 Mark.

Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte v. **Franz Mehring.**

Preis brosch. 1 Mark.

Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von **Kurt Eisner.**

Preis brosch. 4 Mark.

Die Hohenzollern-Legende. Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis 20. Jahrhundert. Von **Max Maurenbrecher.** — Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

In zwei Bänden gut gebunden Leinen 14 Mark, Halbfranz 16 Mark.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. — Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. Von **Franz Mehring.**

Gebunden 2,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Bücher-Neuheiten!

Bibliothek d. Wissens:

I.
Georg Engelbert Graf:
Entwicklungsgeschichte der Erde

247/14* II.
Paul Kampffmeyer:
Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung

Preis jedes Bändchens gut gebd. 1 M.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

1912er Legehühner
echte Rasse, fleißige Eierleger, gar. leb. Ankunft, 13 St. m. Hahn 24 M., 6 St. 13 M. (Farbe nach Wahl.)
Schneier, Myslowitz O./S. 2.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7208.

Stoffe
Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Yorckstr. 75 pt.

Patente elc. erwirken u. verwerten
Ing. Jaeger, Dr. Breslauer, Berlin SW. 61
Das Buch „Wie muss eine Erfind. f. d. Verwertung beschaffen sein" **Gratis**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Nr. 53. 30. Jahrgang. 2. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt Dienstag, 4. März 1913.

Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

„Fort mit der politischen Entmündigung der doch längst Mündigen!" Schon lange ertönt dieser Kampfruf. Und energisch hat stets die Sozialdemokratie dahin gewirkt, ihn zur Tat werden zu lassen. Am Kleinmut der Halben im bürgerlichen Lager und an der Angst der Feinde vor Machtverlust, für die sie die heuchlerische Maske eines angeblichen „Schutzes des hold Weiblichen" erfanden, ist das Bemühen der wahren Freunde des gleichen Rechtes für alles, was Menschenantlitz trägt, bisher gescheitert. Aber der Kampf geht weiter! Und es sind die proletarischen Frauen, die das Kampffeld beherrschen. Laut und vernehmlich, unter Ueberwindung nationaler Grenzen, verlangen sie das vorenthaltene Recht für sich und alle Unterdrückten jederzeit, aber ganz besonders am sozialdemokratischen Frauentag ertönt vieltausendstimmig der alte Streitruf:

Heraus mit dem Wahlrecht der Frau! Fort mit politischer Entmündigung! Zu einer eindrucksvollen Demonstration in diesem Sinne gestaltete sich am Sonntag der Frauentag in Groß-Berlin. Er gab diesem Sonntagnachmittag sein eigenes Gepräge. Als die Versammlungszeit nahte, konnte man außer denen, die einzeln kamen, überall die proletarischen Frauen in geordneten Reihen von ihren Treffpunkten in den Bezirken aus den Versammlungslokalen zustreben sehen. Leben kam in die Sonntags so stille Kommandantenstraße, als die Genossinnen aus dem ersten und dritten Wahlkreise heranrückten, um die Arminhallen zu füllen. Zu Happolds in der Hasenheide zogen die Frauen namentlich aus dem zweiten Kreise. Imposant gestaltete sich der Heranmarsch nach „Sanssouci" in der Kottbuser Straße, nahe dem Kottbuser Tor. Zug auf Zug nahte sich aus der Skalitzer Straße, wohin die Gruppen aus dem Köpenicker und Görlitzer Viertel zusammenströmten. Eine wahre Heerstraße für weibliche Wahlrechtskämpfer.

Dasselbe Bild bot sich in Neukölln. Nicht weniger als vier größere Säle, verteilt über die verschiedenen Viertel, hatte man hier bereitgehalten. Und alle waren stark besucht, einer davon polizeilich wegen Ueberfüllung gesperrt, die Passagefestsäle in der Bergstraße.

Auch im Osten und Norden der Stadt hatte der Ruf: Frauen heraus! seine Wirkung getan und Tausende von Proletarierfrauen an ihre Pflicht erinnert. An die Pflicht, sich zu vereinigen zu einem wirksamen Protest gegen die Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts in staatsrechtlicher Hinsicht, dieweil die Frauen und besonders die Proletarierfrauen doppelt und dreifach unter den Lasten als Staatsbürgerinnen zu seufzen haben. Diese Tatsache bildete denn auch den Leitgedanken, der in all den Referaten, die gehalten wurden, zum Ausdruck kam. Der Aufmarsch erfolgte naturgemäß nicht in dieser überwältigenden Fülle, wie wir es bei Massenversammlungen, wo Männer und Frauen zusammenkommen, gewöhnt sind. Auch nicht so frühzeitig können Frauen in Versammlungen sein, die um diese Zeit angesetzt sind, da sie als Mütter und Hausfrauen noch mancherlei Arbeiten in der Häuslichkeit zu erledigen haben, ehe sie sich von ihrem Pflichtkreise losreißen können. So rückten denn auch die Züge von Frauen in der Hauptstärke erst gegen 2 Uhr heran, aber immerhin, sie kamen und demonstrierten durch Erscheinen für ihre Rechte als Bürgerinnen des Staates, zu dessen Erhaltung sie ihre beste Kraft hingeben.

In das Sonntagnachmittagsgetriebe, das bei dem herrlichen Winterwetter auf den Straßen herrschte, brachten die Züge der Frauen eine eigenartige Note. Hier und da versuchte ein fader Bierphilister, seine faulen Witze an den Mann beziehungsweise an die Frau zu bringen, erhielt aber in der Regel eine so schlagfertige Antwort, daß er die Lacher vergeblich auf seiner Seite suchte. Tatsächlich gab es denn auch nichts zu witzeln, und selbst die ominöse Bezeichnung „rote Suffragetten" prallte angesichts der sich ernst und würdig vollziehenden Demonstration glatt ab.

Als um zwei Uhr die Versammlungen ihren Anfang nahmen, waren die Säle überall mit Frauen voll besetzt, und an einzelnen Orten saßen und standen sie eng beieinander und lauschten den Worten der Referenten, die mit zündender Wärme und mit der ganzen Wucht der Tatsachen die Frage des Tages beleuchteten. Wer dieses Bild sah, wird nicht umhin können, die Summe der Werbearbeit und Aufklärungstätigkeit zu ermessen und anzuerkennen, die notwendig war, um in Deutschland eine solche Bewegung aus dem Boden zu stampfen. Und es waren Proletarierinnen, ausschließlich fast Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die da zusammen gekommen waren. Der leuchtende Blick der Augen zeugte aber dafür, daß das Licht der Erkenntnis in die proletarische Frauenwelt hineingezündet hat und der Same der Aufklärung zu wachsen und zu reifen beginnt. In dieser Hinsicht kann man es als eine Revolution bezeichnen, die sich da vollzieht, wenn auch nur eine Revolution der Geister und der Seelen. Da aber alles, was nach Revolution riecht, sehr, sehr verdächtig ist, so hatte der Polizeipräsident Jagow seine Scharen mobil gemacht und die Versammlungen in den kleinen Belagerungszustand gesetzt. Schon lange vor Beginn der Versammlungen hatte sich die gestrenge Polizei angefunden und revolverumgürtete Schutzengel bewachten gewissenhaft die Eingänge zu den Lokalen. Ja selbst bis an die Türen der Versammlungsräume erstreckte sich die Tätigkeit der Polizei, und Polizeioffiziere in höchsteigener Person hielten sich in den Vorräumen der Versammlungslokale auf. Die Frauen lächelten über die wohlwollende Fürsorge der hohen Obrigkeit, allerdings waren sie auch der Meinung, daß, wenn am 10. März Veranstaltungen stattfinden, um den Geburtstag der Königin Luise zu feiern, die der Kaiser den deutschen Frauen ja als Vorbild empfohlen hat, Herr Jagow wohl weniger fürsorglich eingreifen dürfte. Doch das alles hat der gestrigen Veranstaltung keinen Abbruch getan, im Gegenteil, das Polizeiaufgebot war ein wirkungsvolles Relief dazu. Die Kundgebung von vielen Tausenden Frauen wird nicht ungehört verhallen, sondern weitere Tausende aufrütteln zum Kampfe gegen jegliche Unterdrückung und Entrechtung, getreu nach dem Dichterwort: Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht, unser die Welt trotz alledem!

Als nach Schluß der Versammlungen die Masse der Frauen auf die Straße hinauskam, erregte auch das bei den Passanten große Aufmerksamkeit. Es entspannen sich Diskussionen über das Ereignis. Manches flotte Mädchen und manche Frau mag so die erste Anregung gewonnen haben für ein späteres Mitwirken in der Bewegung. Vielfach zogen die Versammlungsteilnehmerinnen den Weg in größeren oder kleineren Gruppen zurück, wie sie ihn gekommen waren. Einzelne Frauenzüge wurden von radelnden Beamten sicher zum Ziele geleitet.

* * *

Berlin.

In den „Arminhallen" referierte vor einer gut besuchten Versammlung Genosse Dr. Herzfeld. Nach dem Vortrage meldete sich eine bürgerliche Frauenrechtlerin, Fräulein Freitag, zum Wort. Sie sprach für das Damenwahlrecht und forderte die Sozialisten auf, sich nicht so gehässig gegen die bürgerlichen Rechtlerinnen zu zeigen. Wenn erst wenige das Wahlrecht hätten, würden es auch mehrere bekommen.

Die Versammlung in „Sanssouci" war bis auf den letzten Platz fast nur von Frauen besucht. Nach einer künstlerischen Einleitung durch den Gesangverein „Süd-Ost" nahm der Genosse Büchner das Wort, der in packenden Worten den Anwesenden die Rechtlosigkeit der Frauen in Staat und Gesellschaft schilderte.

In Kellers Festsälen leitete der Männergesangverein „Ost" die Versammlung mit einem stimmungsvollen Liede ein. Die Anwesenden folgten sodann mit äußerst regem Interesse den Ausführungen der Genossin Zietz. Nach einem Schlußliede wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Frauenwahlrecht und die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

Die Versammlung im „Elysium" war von nahezu 2000 Frauen besucht, welche den trefflichen Ausführungen des Genossen Julian Borchardt gespannt folgten. Vor Anfang der Versammlung brachte der Gesangverein „Nord-Ost Lyrania" „Empor zum Licht" und zum Schluß die „Marseillaise" zum Vortrag. In dieser Versammlung kam es zu einem höchst eigenartigen polizeilichen Eingreifen. Zwei Genossen verteilten Ansichtspostkarten zur Propaganda für die Konsumgenossenschaft. Die Polizei verhinderte dieses Verbrechen und brachte die „Schuldigen" (warum wohl!) zur Wache. Einer derselben wurde sogar gefesselt!

Im „Schweizergarten" sprach Genosse Adolf Hoffmann vor etwa 800 Frauen. Es herrschte große Begeisterung und viele Aufnahmen in die Partei wurden vorgenommen.

Im „Prater" nahmen 1200 Frauen und 200 Männer regen Anteil an den Darlegungen des Genossen Davidsohn. Der Gesangverein „Lerche" wirkte zu Anfang und am Schlusse mit. Auf der Straße wimmelte es von revolvergeschmückten Schutzleuten. Im Saale ließ sich kein Uniformierter blicken, nur der Revierspitzel waltete seines Amtes.

Bei Franke in der Badstraße referierte vor zirka 1000 Frauen Genossin Anna Kiesel. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Gesangverein „Gesundbrunner Harmonie" eröffnete die Versammlung und schloß sie mit einem Liede.

In den „Pharussälen" sprach vor 2000 Personen, in der Mehrzahl Frauen, Genosse Ledebour unter lebhafter Beifallsbezeugung der Anwesenden. Die Frauen kamen in geschlossenen Zügen in die Versammlung, mit roten Nelken geschmückt. Nachdem die Versammlungsleiterin, Genossin Rokitta, die Frauen im Schlußwort zum Beitritt in die Organisationen aufgefordert hatte und der Gesangverein „Weddinger Männerchor" durch Vortrag der Lieder „Völkerfrieden" und „Empor zum Licht" beigetragen hatte, leerte sich unter dem Absingen der Marseillaise langsam der Saal. Eine ganze Anzahl Frauen ließ sich in den Wahlverein aufnehmen.

Die Bockbrauerei, Abt. II, Chausseestraße, war von zirka 800 Personen, meistens Frauen, besucht. Der Bäckergesangverein „Morgengrauen" sang zu Anfang der Versammlung das Lied „Ich erwarte dein". Das Referat der Genossin Raschewski wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine große Anzahl von Frauen ließ sich im Wahlverein aufnehmen. Zum Schluß der Versammlung sang der Verein noch zwei Lieder: „Empor zum Licht" und die „Internationale".

Die Versammlung im „Moabiter Gesellschaftshaus" war überfüllt. Anwesend waren fast nur Frauen. Das Referat des Genossen Rosenfeld wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Teltow-Beeskow.

Adlershof. In einer von ungefähr 200 Personen besuchten Versammlung referierte in 1½stündigem Vortrage die Genossin Anna Dietz.

In **Baumschulenweg** sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung Genosse Paul Barthel. Der Referent erntete reichen Beifall. Der Gesangverein „Oberspree" trug stimmungsvolle Lieder vor.

Bohnsdorf. In einer gut besuchten Versammlung in „Villa Kahl" referierte Genosse Dr. Ernst Meyer-Steglitz vor einer andächtigen Zuhörerschar. Der Referent fand am Ende seiner Ausführungen reichen Beifall. Nach einem kräftigen Schlußwort von Frau Mohr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht geschlossen.

Brits. Die Versammlung war von 170 Personen, meist Frauen, besucht. Referent war Genosse Karl Freier.

Grünau. Trotz des guten Wetters war die Versammlung sehr gut besucht. Genossin Simon-Zehlendorf zeichnete unter großem Beifall die vielen Pflichten und wenigen Rechte der Arbeiterin.

Johannisthal. Die Versammlung war besucht von zirka 200 Personen. Viele Männer waren als Gäste anwesend. Referent war Genosse Wilhelm Düwell. Sein Referat war vorzüglich. 15 Frauen wurden neu in die Partei aufgenommen.

Köpenick. Die im „Stadttheater" abgehaltene Versammlung war von zirka 400 Personen, zum größten Teil Frauen, besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Referent war Genosse E. Gehrke-Charlottenburg. Er fesselte die Anwesenden bis zum Schluß mit seinem Vortrage und fand volle Zustimmung.

*

Neukölln.

In „Bartschs Festsäle" referierte der Reichstagsabgeordnete Käppler. Der Saal war dicht besetzt und trotzdem strömten immer neue Scharen herbei. Das Referat fand großen Beifall.

In den „Hohenstaufen-Sälen" waren 800 bis 900 Personen, fast durchweg Frauen, anwesend. Der Genosse Barth hielt ein vorzügliches Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dieser Beifall und die vielen bestätigenden Zwischenrufe bewiesen, daß die Anwesenden mit dem Redner völlig einverstanden waren.

Die Versammlung in den „Passage-Festsälen" war von ungefähr 600 Personen besucht. Das Referat des Genossen Ruf wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Versammlung bei Petri in der Kinsebeckstraße war von zirka 500 Frauen besucht und nahm einen ruhigen Verlauf. Das Referat des Genossen Albin Mohs-Schöneberg wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Nowawes. Die Versammlung in den „Deutschen Festsälen" war leider nicht so gut besucht, wie angesichts ihrer Wichtigkeit erwartet werden durfte. Der Referent Genosse Däumig verstand es in vorzüglicher Weise, die Bedeutung des für die Frauen geforderten Wahlrechts und die Notwendigkeit darzulegen, daß sich die Frauen gleich den Männern politisch organisieren. In der Diskussion nahm zunächst die Genossin Bathe das Wort, um die in bürgerlichen und auch in Arbeiterkreisen noch oft gehörte Phrase, daß die Frauen nicht in den politischen Kampf gehören, zu widerlegen. Frau Dröscher wies auf den jetzt beginnenden Hundertjahrfeierrummel hin und geißelte das Bestreben der Regierung und der herrschenden Klassen, die Arbeiterjugend, deren Eltern man entrechte und knechte, ja sogar von Junkerseite mit dem Dirnen- und Zuhältertum auf eine Stufe stelle, durch grobe Entstellung der historischen Tatsachen patriotisch zu begeistern.

Schöneberg. In einer sehr gut besuchten Versammlung in den „Neuen Rathaussälen" referierte Genosse Trinks. Der Redner verstand es in trefflicher Weise, den Besuchern klarzulegen, warum die Frauen an der Seite der Männer gemeinsam in den Wahlkampf ziehen müssen. Anwesend waren ungefähr 600 Frauen.

Tempelhof-Mariendorf. Das Referat des Genossen Hermann Müller wurde von den 300 Besucherinnen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach Schluß der Versammlung unternahmen die Versammlungsteilnehmerinnen einen Spaziergang bis Mariendorf.

Treptow. Im „Sportrestaurant" hatten sich 250 Frauen eingefunden, die den Ausführungen des Genossen Dittmer mit großer Aufmerksamkeit folgten. Eine Anzahl Frauen trat dem Wahlverein als Mitglieder bei.

Zossen. Vor ungefähr 60 Personen referierte Genossin L. Siedel-Neukölln. Am Schlusse ihrer einstündigen Rede erntete die Referentin reichen Beifall. Der leider schwache Besuch der Versammlung beweist, daß bei den Frauen sowohl als auch bei den Männern noch viel Arbeit geleistet werden muß. In der Versammlung wurden einige Aufnahmen für den Wahlverein gemacht.

Niederbarnim.

Bernau. Die Versammlung war von zirka 300 Personen besucht. Genosse Thurow hielt das Referat.

Vorstgwalde. In der gutbesuchten Versammlung referierte Genossin Rosa Wolfstein. Ihre trefflichen Ausführungen fanden reichen Beifall. 16 Neuaufnahmen wurden vorgenommen.

Lichtenberg. Im überfüllten Saale von Arnhold referierte Genosse Stadthagen. Die Versammlung wurde bei Beginn und am Schlusse durch Gesang verschönt.

Ober-Schöneweide. Die Versammlung im Wilhelminenhof war von 400 Frauen besucht. In seinem einstündigen Vortrag zergliederte Genosse Hermann Jaeckel die Stellung der Frauen in der vormärzlichen Zeit und in der Jetztzeit. Mehrere Aufnahmen für die Organisation wurden gemacht. Reicher Beifall belohnte den Redner.

Pankow-Niederschönhausen. In der sehr stark besuchten Versammlung bei Roczyki, Kreuzstr. 4, referierte Genossin Friedländer. Ihre vorzüglichen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Anwesend waren etwa 500 Personen.

Reinickendorf-West. Die Versammlung war von 250 Personen besucht, davon über die Hälfte Frauen. Genossin Röhl erntete nach ihren trefflichen Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion sprach der Genosse Götze und die Genossin Ehlert im Sinne der Referentin.

Tegel. Die Versammlung war von annähernd 200 Personen (darunter wenigen Männern) besucht. Genossin Martha Jeetze hielt das Referat. Es traten verschiedene Frauen dem Wahlverein als Mitglied bei. Eingeleitet wurde die Versammlung durch Gesang, geschlossen mit einem begeisterten Hoch auf die sozialistische Frauenbewegung.

Weißensee. Im „Schloß Weißensee" lauschten zirka 600 Frauen den vortrefflichen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Peirotes. Der Appell an die Frauen, sich mehr als bisher der Partei anzuschließen, hatte zur Folge, daß mehrere Aufnahmen gemacht wurden.

* * *

In allen Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die fortschreitende Entwickelung des Kapitalismus revolutioniert auch die soziale Stellung der Frau immer mehr. Allen Fährnissen des Lebens preisgegeben, wird die Frau durch die politische Rechtlosigkeit doppelt schwer belastet. **Die volle Gleichberechtigung mit dem Manne darf der Frau nicht länger vorenthalten werden.**

Die Leistungen der Frauen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, die Pflichten, die sie unter großen persönlichen Opfern erfüllen als Mütter und als Hausfrauen, geben ihnen ein Recht auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die mit Entschiedenheit und Begeisterung den Kampf für das volle Bürgerrecht des Weibes führt.

Die am 2. März Versammelten erklären deshalb, daß sie sich **in die Reihen der Sozialdemokratie stellen und mit Leidenschaft und Ausdauer für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlich-rechtlichen und politischen Vertretungskörpern für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen werden.**

Die Versammelten geloben, mit Eifer sich nach wie vor am Kampfe **gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht in Preußen** beteiligen und nicht ruhen zu wollen, bis ein **demokratisches Wahlrecht erobert** ist.

Die Versammelten werden die Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen fördern und an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitwirken, denn **die wachsende Macht der Sozialdemokratie ist die alleinige Gewähr für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft, wodurch auch der Frau erst volle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit verbürgt wird."**

Gerichts-Zeitung.

Bruhn als Kläger.

Der Beleidigungsprozeß des **Wahrheits-Bruhn** gegen den **Reichstagsabgeordneten Wels** kam am 25. Februar zur neuen Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Er endete mit **Abweisung der Klage** und **Freisprechung des Angeklagten.**

Anlaß der Klage war ein Flugblatt, das im Herbst 1909 kurz nach Abschluß des Prozesses gegen **Dahsel** wegen **Erpressung** und während des Untersuchungsverfahrens gegen **Bruhn** namens der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde verbreitet worden war. Auf dem in der Offizin des „Vorwärts" gedruckten Flugblatt war der Vorsitzende der Agitationskommission, Genosse Wels, als Verleger angegeben. Das Flugblatt enthielt eine recht scharfe Kritik der im Dahsel-Prozeß festgestellten Haltung der Bruhnschen „Wahrheit" und die Bemerkung, daß die Ermittelungen noch ergeben würden, welche Rolle Bruhn persönlich bei der Erpresseraffäre gespielt hätte. Bruhn wurde als „schon jetzt moralisch verurteilt" bezeichnet.

Bruhn erhob wegen dieses Flugblattes durch Rechtsanwalt Bredereck am 25. Februar 1910 Privatklage gegen Wels und den Leiter der „Vorwärts"-Druckerei, Richard Fischer. Das **Schöffengericht** verurteilte am 17. Oktober 1912 **Wels** als Verleger zu **100 M. Geldstrafe,** sprach dagegen **Richard Fischer frei,** weil nicht erwiesen war, daß er von dem Flugblatt vor seiner Ausgabe Kenntnis erhalten hatte. Hiergegen legte **Wels,** vertreten durch die **Rechtsanwälte Wolfgang Heine** und **Dr. Hugo Heinemann Berufung ein.** Am 21. Januar war in der Berufungsinstanz Beweis beschlossen.

Es handelte sich im wesentlichen um zwei Fragen: erstens darum, ob der **Strafantrag rechtzeitig** gestellt ist? Der Strafantrag ist am 25. Februar gestellt. Bruhns hatte zu beweisen, daß der Strafantrag in der dreimonatlichen Antragsfrist gestellt war. Er behauptete, er habe erst nach dem 29. November 1909 von dem Flugblatt Kenntnis erhalten. Dies bestätigte auch der Tischlermeister **Camin** aus Driesen. Er bekundete, daß an seinem Geburtstage, dem 29. November 1909, sein Freund Pael ihm dieses Flugblatt gebracht hätte, welches damals in Driesen verbreitet worden wäre. Etwa fünf Tage später hätte er dann das Flugblatt an Bruhn geschickt. **Camin** und **Pael** betonten mit Bestimmtheit, daß ein Irrtum ausgeschlossen wäre, und daß es sich gerade um diese Flugblätter und diesen Tag gehandelt hätte. Tatsächlich kann, wie uns bekannt ist, das Flugblatt erst um die Weihnachtszeit herum verbreitet sein. Die Zeugen haben sich also geirrt, ohne daß ihr Irrtum für Wels böse Folgen hätte haben können.

Zweitens kam in Frage, ob Wels das Flugblatt **vor seiner Verbreitung gekannt habe** und deshalb als **Täter** zu betrachten sei. Wels bestritt dies. Er wies bereits in erster Instanz auf den großen Umfang der Tätigkeit hin, die ihm aus verschiedenen Funktionen erwachse, und auf die Unmöglichkeit, alle von der Agitationskommission herausgegebenen Druckschriften, auf welchen sein Name als Verleger figurierte, vor ihrer Verbreitung zu kennen. Das Urteil des Schöffengerichts enthält die Bemerkung, Wels habe am Schlusse der Hauptverhandlung „zugegeben, von dem Inhalt des Flugblattes Kenntnis gehabt zu haben". Als Bruhn hieraus ableiten wollte, Wels hätte zugegeben, **vor** der Verbreitung Kenntnis gehabt zu haben, belehrte ihn der Vorsitzende, daß das aus dem Urteil **nicht** hervorgeht. Wels erklärte, er hätte nicht daran gedacht, die tatsächlich unrichtige Behauptung Bruhns, daß er **vorher** von dem Flugblatt Kenntnis gehabt hätte, zugeben zu wollen. Er hätte bei seiner Aeußerung lediglich an die Zeit **nach** der Veröffentlichung gedacht und hätte Bruhn gegenüber zum Ausdruck bringen wollen, daß er den **Inhalt** des Flugblattes keineswegs preisgäbe, sondern durchaus für richtig hielte. Er habe deshalb auch noch gesagt, daß er sich, als er den Inhalt gelesen habe, darüber **gefreut** hätte und die volle Verantwortung dafür übernähme. Damit wäre natürlich eine politische und moralische Verantwortung für den Standpunkt des Flugblattes, nicht aber eine juristische gemeint gewesen. Wenn er diese tatsächlich hätte zugeben müssen, dann würde er es von Anfang an getan haben.

Der **Amtsrichter Wachler,** welcher dem Schöffengericht vorgesessen hatte, sagte als Zeuge aus, daß er die Aeußerung von Wels so aufgefaßt hätte, wie er es im Urteil zum Ausdruck gebracht hätte, aber die Möglichkeit zugebe, daß Wels sich so wie er behauptete, ausgelassen habe.

Der **Abgeordnete Richard Fischer** konnte über die Einzelheiten der Schöffengerichtsverhandlung, soweit sie Wels betrafen, wenig sagen, weil er in seinen Gedanken mit seiner eigenen Angelegenheit beschäftigt gewesen war. Er erinnerte sich jedoch, daß Wels eine Erklärung abgegeben hätte, deren Wortlaut er nicht mehr wüßte, deren Sinn er aber dahin aufgefaßt hätte, daß Wels, obgleich er die Kenntnis vom Flugblatt zur Zeit der Verbreitung bestritte, doch eine juristische Verantwortung für den Inhalt übernähme. Ihm wäre dies sofort aufgefallen, und er hätte sich gesagt, daß eine solche Erklärung recht überflüssig wäre, weil es eine solche **Uebernahme** der Verantwortung durch den Verleger rechtlich gar nicht gebe.

Die **Verteidiger** erörterten ausführlich die Tat- und Rechtsfragen. **Heine** führte u. a. aus, er fände es durchaus begreiflich, daß Wels vor allen Dingen den Anschein vermeiden wollte, als ob er die Kritik des Flugblattes an dem Verhalten des Bruhn, wie es der Dahsel-Prozeß ergeben hätte, mißbilligte. Wels **mußte** geradezu eine derartige Erklärung abgeben. Das Flugblatt enthielte wohl formell einige Schärfen, die man als beleidigend bezeichnen könnte, **sachlich** aber müßte es den Beifall aller Kenner der Verhältnisse finden. Die Behauptung von Bruhn, daß die ganzen Anschuldigungen gegen ihn auf Aeußerungen des Rechtsanwalts Werthauer im Dahsel-Prozeß zurückzuführen wären, entspräche nicht den Tatsachen. Lange vor dem Dahsel-Prozeß wäre das Treiben der Erpresser, welche mit Artikeln der „Wahrheit" und Androhungen solcher Artikel gearbeitet hätten, in den Juristenkreisen weit bekannt gewesen, und zum Beispiel im Anwaltszimmer wäre mehrfach die Frage erörtert worden, wie lange die „Wahrheit" eigentlich noch unangefochten so weiter wirtschaften dürfte. Ob Bruhn persönlich von den Erpressungen Kenntnis gehabt hätte, müßte man nach dem Ausgang des Verfahrens gegen ihn natürlich offen lassen. Jedenfalls aber begründe der Charakter, den Bruhn seinem Blatte gegeben habe, namentlich die Aufnahme der sensationellen Artikel, die Behandlung intimster Skandalaffären und die ganze Art der Verbreitung des Blattes seine **moralische Mitschuld an dem Treiben der Erpresser.** Diese würden niemals ihr Handwerk haben ausüben können, wenn die „Wahrheit" ihnen nicht als Instrument dazu gedient hätte, und wenn nicht das Publikum sich in einer erklärlichen Angst vor diesem Skandalblatt befunden hätte. Es sei durchaus nicht zuviel gesagt, wenn man die „Wahrheit" als eine der widerlichsten Erscheinungen und als ein Zeichen fürchterlichster Korruption in der Presse bezeichne.

Das **Urteil** lautete auf **Freisprechung.**

Bruhn habe den ihm obliegenden Beweis, daß Wels **vor** dem Erscheinen des Flugblattes Kenntnis davon gehabt hätte, **nicht** geführt. Im Gegenteil wäre durch die ganzen Umstände der Tätigkeit des Angeklagten Wels und andere in der Verhandlung zutage getretene Momente direkt **erwiesen,** daß seine Kenntnis vom Inhalt des Flugblattes vor dessen Veröffentlichung ausgeschlossen wäre.

Verdorbene Bücklinge.

Ein Jahr Gefängnis wegen Verkaufs verdorbener Nahrungsmittel verhängte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I gegen den wegen eines gleichen Vergehens schon mit einem Monat Gefängnis vorbestraften **Kaufmann Friedrich Saager.** Mit angeklagt wegen Verkaufs gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel war der **Kutscher Paul Daubitz.**

Der Angeklagte Saager betreibt in der **Berliner Zentralmarkthalle einen Handel mit Räucherwaren.** Am 31. August v. J. verkaufte er an eine Handelsfrau Kube einen größeren Posten Bücklinge, die diese aber sofort nach Empfang als vollständig verdorben erkannte und dem Angeklagten zurückschickte. Trotzdem sich Saager selbst davon überzeugt hatte, daß es sich um vollständig verdorbene Ware handelte, welche die schwersten Vergiftungserscheinungen hervorrufen konnte, verkaufte er die Bücklinge an den Mitangeklagten Daubitz als sog. **Kreuzware,** d. h. als beim Räuchern beschädigte Ware. Daubitz bot die lebensgefährlichen Bücklinge auf dem Wochenmarkt auf dem Boxhagener Platz in Lichtenberg zum Preise von 10 Pf. für 4 Stück zum Kaufe an und erzielte infolge der Billigkeit einen reißenden Absatz. Zufällig hatte die Händlerin K., die zuerst den Kauf der Bücklinge abgelehnt hatte, in der Nähe einen Stand. Sie machte sofort der Polizei Anzeige, durch welche dann der gesamte Vorrat des D. beschlagnahmt wurde. Die Untersuchung ergab, daß sich die Bücklinge innen schon in einem breiartigen Zustande befanden, der von vielen Leuten in der Unkenntnis für das Zeichen eines besonderen Fettgehaltes angesehen wird. Der Genuß dieser Fische hätte die schwerwiegendsten Folgen gehabt. — Der **Staatsanwalt** beantragte Gefängnisstrafen von 6 bezw. **3 Monaten. Das Gericht** ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus, da gegen derartig skrupellose Geschäftsleute, die eines geringen Gewinnes halber das Leben und die Gesundheit ihrer Mitmenschen auf das Spiel setzen, mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse. Das Urteil lautete deshalb gegen **Saager** auf **1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung** und gegen **Daubitz** auf **6 Monate Gefängnis.**

Beschimpfung der Kirche?

Wegen Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche war seinerzeit eine Anklage gegen die **Rezitatorin Marie Langer-Fröhlich** aus Hamburg erhoben worden. In einer zur Weihnachtszeit 1911 von dem Schriftsteller Karl Schneidt nach Kellers Festsälen in der Koppenstraße einberufenen Volksversammlung hatte die Angeklagte unter stürmischem Beifall ein Gedicht vorgetragen, welches sich „Christnacht" betitelt und das von den Geistlichen zur Weihnachtszeit als Thema benutzte Wort „Ehre sei Gott in der Höh' und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" in Gegensatz bringt zu den Leiden und Nöten der Armen und Elenden. Am Schlusse jeder Strophe hieß es: „So sagt der Pfaffe." Nach der Ansicht zweier Beamten der politischen Polizei, die der Versammlung beigewohnt hatten, hat die Angeklagte bei diesem Vortrage durch Gesten und die nachahmenden Bewegungen eines „Pfaffen" gezeigt, daß es ihr darauf angekommen sei, die Prediger und die Einrichtungen der christlichen Kirche zu verhöhnen. Die Angeklagte hatte seinerzeit vor der 4. Strafkammer des **Landgerichts** I diese Absicht ganz entschieden bestritten und um zu zeigen, daß es sich um ein ernstes und poetisch wertvolles Gedicht handele, dieses in derselben temperamentvollen Weise vorgetragen, durch die sie in der Volksversammlung auf ihre Hörer gewirkt hatte. Der **Staatsanwalt** hielt damals den Tatbestand des § 166 für vorliegend und beantragte **drei Monate Gefängnis.** Das **Gericht** sprach aber die Angeklagte frei, weil es nicht für überzeugend dargetan erachtete, daß es der Angeklagten darauf angekommen war, die Einrichtungen der christlichen Kirche zu verspotten und zu beschimpfen. Auf die eingelegte Revision **hob das Reichsgericht das erste Urteil auf** und verwies die Sache an das Landgericht II.

Die gestrige Verhandlung vor der 2. Strafkammer des **Landgerichts** II endete mit der **Verurteilung** der Angeklagten zu **vierzehn Tagen Gefängnis.**

Der Falsche.

Die Gefahren einer **Verwechselung** hat der **Geheime Sanitätsrat Dr. Adler** in Schöneberg, der gestern als Belastungszeuge gegen den Arbeiter Carl **Haupter** vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin II vernommen wurde, in schmerzhafter Weise kennen gelernt. Der Angeklagte H. hatte im Arbeitsbetriebe einen Unfall erlitten, und erhielt eine Unfallrente. Nach geraumer Zeit war die Frage aufgetaucht, ob nicht die Arbeitsfähigkeit des H. wieder zugenommen habe und die Unfallrente entsprechend zu verkürzen sei. Der Angeklagte wurde zum Zwecke seiner körperlichen Untersuchung zum Geh. Sanitätsrat Dr. Adler geschickt und trug diesem die Notwendigkeit vor, die Untersuchung nicht nur auf den Zustand seiner bei dem Unfall verletzten Hände, sondern auch auf seinen Kopf zu erstrecken. Als Geh. Rat Dr. Adler diese Untersuchung vornehmen wollte, **versetzte ihm der Angeklagte plötzlich Faustschläge ins Gesicht,** die so heftig waren, **daß das Nasenbein zertrümmert wurde** und Dr. A. auch noch andere Kopfverletzungen davon trug. Der Angeklagte mochte wohl geglaubt haben, daß Geh. Rat Adler die Schmälerung der Rente betreibe, **während der Antrag von einem ganz anderen Arzte ausgegangen war.** Der Angeklagte hatte bei seiner Festnahme nach der Tat so konfuse Behauptungen aufgestellt, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Anstalt Wuhlgarten überwiesen werden mußte. Die Beobachtung hatte das Ergebnis, daß der § 51 St. G. B. nicht für anwendbar erklärt wurde.

Der Angeklagte wurde vom **Schöffengericht** zu **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt, legte aber **Berufung** ein. Für ihn machte Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz geltend, daß die Strafe doch zu hoch erscheine, da der Angeklagte offenbar in einem krankhaften Erregungszustande gehandelt habe. Der Angeklagte deutete seine Erregung äußerlich dadurch an, daß er sich während der Verhandlung nasse Lappen auf den Kopf legte. Das **Gericht** verwarf aber die Berufung.

Trinkt „WERFT" WERmuth Frucht Trunk
schmackhaft — magenstärkend
Kein Branntwein — Kein Likör

Heute und morgen 31/5* Legehühner, garant. junge, beste Leger, verkauft F. Wegner, 2½ M. Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Große Firma vergibt auf Teilzahlung! Ohne Anzahlung! Keine Kassierer! Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores und alle Arten Decken. Offerte erbeten unter K. 100 „Vorwärts"-Spedition, Ackerstr. 174.

Schlafdecken
Halbwolle, mit blauer Bordüre . . . 130×180 cm 3.25 M.
Halbwolle, grau-meliert, mit griechischer Bordüre . . . 140×190 cm 3.75 M.
Halbwolle mit Jacquard-Bordüre 140×190 cm . . . 5.25 M.
Kamelhaardecke mit Streifen-Bordüre 140×190 cm . . . 8.50 M.

Ausnahme-Angebot

Damastbezüge
Oberbett mit 2 Kissen, fertig genäht . . . . . 6.— M.
Dimitibezüge
Oberbett und 2 Kissen, fertig genäht . . . . . 6.25 M.
Steppdecken
von Seidenglanz-Satin, doppelseitig, mit guter Wattefüllung, bord. od. oliv, Schnittgr. 160-200 cm 7.25 M.

G. L. 1001. Ausnahmepreis.

Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190×80 cm
13.75 M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr

G. L. 11. Ausnahmepreis.

Bettstelle,
gold bronziert, mit Doppel-Spiralboden, 185×80 cm
6.75 M.

Gustav Lustig
Berlin S 77
Prinzenstr. 46-47

Ausnahmepreis G. L. 1000.

Metallbettstelle
mit Zugfedermatratze 85 mm starke Pfost., 8ting., Querstange u. Fussbund im Kopf u. Fussteil von Messing. Schwarz lackiert 190×90 cm
26.— M.
Weiss lackiert 50 Pf. mehr.

Auf garnierte Bettwäsche Ueberlaken und Kissenbezüge mit Stickerei, Klöppel, Hohlsaum
10% Ausnahme-Rabatt!

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung d. Inserats

Ausnahmepreise:
Daunen-Steppdecken
von türkisch-gemustertem, daunendichtem Stoff, mit federfreien Daunen, in diversen Mustern, abgesteppt, Schnittgrösse . . . . . 140×200 cm 17.50 M.
von Seidenglanz-Daunensatin mit federfreien Daunen, in div. Farben vorrätig, Schnittgrösse 160×210 cm 27.— M.
von Ia halbwollenem Daunen-Zanella, mit federfreien Daunen, in Bordeaux, Oliv, Blau, Fraise, Lila, Gold, Schnittgrösse . . . . . 160×210 cm 36.— M.

Vorzüglich ist die bekannte

VERA

3 Pfg. Cigarette

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., Dircksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.

Für Damen Frauen-Bedienung.

Lieferant für **alle Krankenkassen.**

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz

10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708

Donnerstag, den 6. März 1913, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Sektions-Versammlung der Lackierer.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Otto Büchner: **„Deutschlands größter Bundesstaat".** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 136/2

Wir erwarten, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. **Mitgliedsbuch legitimiert.**

Die Sektionsleitung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt Norden, 2438.

Achtung! 50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal **grau** und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 4. März 1913.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Komödienhaus. Schönheitssalon.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollernfahrten.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Lessing. Der Biberpelz.
Deutsches Opernhaus. Tiefland.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Schiller-Charlottenburg. Uriel Acosta.
Kurfürstenoper. Tosca.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Groß-Berlin. Lord Piccolo.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Im wunderschönen Monat Mai.
Rose. Der Weg zum Himmel.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Schonzeit-Jäger. Liebesprobe.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Die schöne Galathee. Spezialitäten.
Anfang 8¼ Uhr.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Pariser Luft.
Lustspielhaus. Majolika.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Tochter der Braut.
Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Helden.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gutsitzende Frack.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Andere.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Gyges und sein Ring.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Gyges und sein Ring.**

Theater des Westens.

8 Uhr: Die beiden Husaren
Sonnt. nachm. 3½ Uhr: Frauenfresser.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.

8 Uhr: Der liebe Augustin.
Sonnab. z. 1. M.: Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater. 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Veber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Nollendorfplatz

Allabendlich 8 Uhr:

Die Studentengräfin.

Sonnabendnachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Luisen-Theater.

Benefiz des Hrn. Oberreg. Wald.
Dienstag, abends 8 Uhr: Premiere: **Im wunderschönen Monat Mai.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Und hätte der Liebe nicht. . . .**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Im wunderschönen Monat Mai.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zum Himmel.
Lustspiel in 4 Akten v. Johannes Heß.
Donnerstag: **Der Weg z. Himmel.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Meyers Hosen.

Militärische Humoreske.

Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Dienstag 8 Uhr:
„Hohenzollern"-Fahrten.

Walhalla-Theater.

Meinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Heute 8¼ Uhr:
„Parole: Walhalla!"
Große Jahres-Revue.

Die Abonnenten unserer Zeitung zahlen gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung für alle Plätze halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen. Badstraße 38.
Morgen, Mittwoch, den 5. März:
Das Bettelkind.
Ländliches Charakterbild in 5 Aufz. von Charl. Birch-Pfeiffer.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8¼ Uhr.
Vor-Anz.: Freitag, 7. März: Zum Benefiz für **Lisbeth Peters:**
In Saus und Braus.

Herrnfeld Theater

Neuer großer Erfolg der Novitäten!

Die Schonzeit-Jäger.

Ein Wald-Idyll in 2 Akten von **Anton u. Donat Herrnfeld.**

Liebesprobe.

Plauderei von Ernst Klein.

Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterkasse).

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.

Anfang 8 Uhr.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Dienstag, 4. März, abends 7½ Uhr:
Neu! Peking-Truppe Neu!
10 Lio-Hoi-Tschen's 10

Auftreten des Direktors **Alb. Schumann.**

Ohne Konkurrenz!
7 Luftvoltigeure 7
Hegelmann-Truppe

Um 9¼ Uhr:
Der unsichtb. Mensch.

Mittwoch, 5. März:
keine Zirkus-Vorstellung.

Metropol-Theater.

Chauffeur — ins Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.

Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

In Vorbereitung: Gilberts neueste Operette: **Die Kino-Königin.**

Folies Caprice.

Anfang 8¼ Uhr.

In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Freitag, 7. März: **Premiere.**

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 4. März, abends 7½ Uhr:
Die neuen gr. März-Attraktionen
Karl-Eugen-Troupe, Gymnastik in höchst. Vollend.
Red & Beet, Manegekomiker.
Geschw. Froschi in ihrem wundervoll. Reitakt.
Klown Pepino mit seinem Tierzirkus.
Prolongiert! Der **mysteriöse Deckenläufer.**
Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla".

Der Zirkus ist geheizt!

Zirkus Barum

Boxhagen Gryphiusstr., vis-a-vis d. Beamtenwohnhause.

Heute, sowie täglich, abends 8½ Uhr:

Gala-Abende

mit stets wechselndem Programm.

4 Weng-Chio-Tschung-Tr. 4

Original-Chinesen.

11 Berber-Löwen **11** vorgeführt von **Frau Direktor Kreiser** und die übrigen Attraktionen.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
Am 7. März Premiere:
Arturs Flitterwochen.

Heute abend:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Gastspiel von
Harry Scheidt-Wetter,
Vortragskünstler.
Vorverkauf 30 Pf., an d. Kasse 40 Pf.
Kassenöffn. 8 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Mailand. Dirigent: Maëstro Loreto Tesone.

Musikc. des **Kaiser Franz-Regmts.,** Dirig. Oberm. **Becker.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt **50** Pf. Anfang 8 Uhr

An allen **Wochentagen:** **Gr. Nachmittags-Konzert** bei **freiem** Eintritt.

Neue Welt

Arnold Scholz **Hasenheide 108/114**

Letzte Woche!
Heute Dienstag, den 4. März 1913:
Elitetag! **Letzte Damen-Prämiierung!** Prämiiert wird:
Der längste echte Zopf.
Drei bare Geldpreise: 50,— 30,— 20,— Mark.
Im neuen Saale: Großer Ball.
Anf. 7 Uhr. **5 Kapellen. 30 bayr. Mad'l.** Entree **30** Pf.

Voranzeige!
Donnerstag, den 6. März 1913:
Keine Fleischnot: Prager Schinken vom Lukullus
Portion 80 Pf.
u. Extraprämiierung. Prämiiert wird **die größte (schwerste) Kartoffel.**
3 bare Geldpreise: **30, 20, 10** M.

Passage-Panoptikum

Mac-Frog, der unersättliche

Froschschlucker

halbstündl. große Fisch- und Fröschemahlzeit.

Das Vertilgen u. Zurückbringen lebender Frösche und Fische.

Die acht heiligen

Feuerfresser

in ihren fanatischen Märtyrer-Produktionen.

Alles lebend!

Alles ohne

Extra-Entree!

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
Am 7. März Premiere:
Arturs Flitterwochen.

Heute abend:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Gastspiel von
Harry Scheidt-Wetter,
Vortragskünstler.
Vorverkauf 30 Pf., an d. Kasse 40 Pf.
Kassenöffn. 8 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Theater Königstadt-Casino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Der Kammerjäger.
Gesangsposse i. 2 Bildern — u. das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Zweiter Wahlkreis.

Dienstag, den 4. März, abends 8½ Uhr, im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Dr. Alfred Bernstein:**
„Die Geburtenbeschränkung — eine revolutionäre Waffe."
2. Diskussion.

205/9*

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer: Heinrich Schröder, Berlin, Bergmannstr. 95.

Achtung! Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen!

Mittwoch, den 5. März, abends 8½ Uhr:

Große Protest-Versammlung

im „Marinehaus", Brandenburger Ufer 1.

Tagesordnung:

Jagow und die Jugend.

Der Kampf der Berliner Polizei gegen die Jugendbewegung.

Referent: **Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld.**

Freie Aussprache.

Die Berliner Arbeiterschaft wird ersucht, für diese Versammlung die größte Agitation zu entfalten und für Massenbesuch Sorge zu tragen.

Der Einberufer: **Eugen Ernst,** Liesenstraße 16.

5., 6., 7. Landtagswahlkreis.

Dienstag, den 4. März 1913, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlungen:

5. Landtagswahlkreis im Lokal von **Graumann,** Naunynstraße 27,
Referent: Landtagsabgeordneter Genosse **J. Borchardt,**

6. Landtagswahlkreis in den **Comeniussälen,** Memeler Straße 67,
Referent: Landtagsabgeordneter Genosse **A. Hoffmann,**

7. Landtagswahlkreis im **Elysium,** Landsberger Allee Nr. 40,
Referent: Landtagsabgeordneter Genosse **P. Hirsch.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. **Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.**
2. **Diskussion.** 3. **Nominierung der Kandidaten.**

Zutritt haben nur Wahlvereinsmitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert.

211/17* **Die Wahlkomitees.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.** Amt 4, 3014.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. **Fachgem. Bedienung.**

Vorwärts-Lesern Rabatt!
Extrapreis!
Ein Posten reichgestickter
Plüsch-Portieren
nur so weit Vorrat!
Pro Fenster 6,85 M. (statt 10,50 M.)
Leinen-Portiere 3,85 M.
mit Plüschapplikation
Eine Partie reichgestickter
Plüschdecken
à 6, 8, 10 M. (bisher 8—15 M.)
Ein großer Posten
Tüllbettdecken
à 2,65, 3, 4,50 bis 48 M.
Buntpersische doppelseitige
Diwandecken
M. 7.50 – 8.75 (bisher 12—15 M.)
Diwanrückwände 4,50—18 M.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Habe nirgends Filialen!
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen gratis u. fr.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata**-Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. kons. Laborat. f. **Blut**untersuchung., **Fäden** i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig. auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69

Führer durch die Reichsversicherungs-Ordnung.

I. **Die gemeinsamen Vorschriften u. d. Verfahren.** Preis **40** Pf.
Dieses Heft enthält auch die Formulare, wie sie bei der Einrichtung von Klagen und Eingaben zu verwenden sind.
II. **Die Krankenversicherung.** Preis **30** Pf.
III. **Die Gewerbe-Unfallversicherung.** Pr. **30** Pf.
IV. **Die landwirtschaftliche Unfallversicherung.** Preis **40** Pf.
VI. **Die Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung.** Preis **30** Pf.
Auch durch die „Vorwärts"-Spedition zu beziehen.

Keine Filialen in Berlin
M. Glogau.
10 Proz. Ermässigung
Wenn Sie dieses Inserat mitbringen, gewähre bis Ostern auf Möbel und Wohnungs-Einrichtungen

Anzahlung **3** Mark auf ein Kleiderschrk.
1 Bettstelle, 1 Matratze, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 3 Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 1 Küchenstuhl
Anzahlung **10** Mark
Wochenrate . . M. 1.50

Anzahlung **3** Mark auf ein Vertiko
1 Bettstelle, 1 Matratze, 1 Kleiderschrank, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Spiegel, 1 Konsole, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle, 1 Rahmen
Anzahlung **15** Mark
Wochenrate . . M. 2.00

Anzahlung **3** Mark auf eine Bettstelle
1 Kleiderschrank, 1 Vertiko, 2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Spiegel, 1 Konsoltisch, 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Rahmen, Handtuchhalter, Kohlenkasten
Anzahlung **20** Mark
Wochenrate . . M. 2.50

Anzahlung **3** Mark auf ein Trumeau und Sofatisch
1 Sofa, 1 Sofatisch, 1 Trumeau, 4 Stühle, 1 Vertiko, 1 Kleiderschrank, 2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Waschtisch, 1 komplette Küche in allen Farben
Anzahlung **30** Mark
Wochenrate . M. 3.00

Anzahlung **3** Mark auf ein Küchenbüffett
1 Sofa, 2 Sessel, 1 Salontisch, 1 Trumeau, 4 Stühle, 2 Säulen, 1 Teppich, 2 Fenster Portieren, 1 Vertiko, 2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Waschtisch, 1 Nachttisch, 1 Schrankspiegel, 1 komplette farbige Küche
Anzahlung **45** Mark
Wochenrate . M. 4.00

10 Prozent Ermässigung gewähre bis Ostern auf Möbel und Wohnungs-Einrichtung, wenn Sie dieses Inserat mitbringen

73. Alte Jacobstr. Ecke Dresdener Str.

Jetzt gekaufte Eheinrichtungen werden bestens und kostenlos aufbewahrt

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vom Kriegsschauplatz gegen die Arbeiterjugend.

Auf zum Protest gegen die Verfolgungswut der Berliner Polizei!

Die rücksichtslose Attacke der Berliner Polizei, die sich am Freitagabend gegen eine Anzahl Jugendversammlungen und junge Arbeiter richtete, darf nicht ohne Protest hingenommen werden. Daher muß die **Protestversammlung**, die für Mittwoch, den 5. März, im Marinehaus, Brandenburger Ufer 1, anberaumt ist, einen Massenbesuch aufweisen. Das Thema des Abends, über das Genosse Dr. Rosenfeld reden wird, lautet:

„Jagow und die Jugend."
„Der Kampf der Berliner Polizeibehörde gegen die Arbeiterjugend."

Die Verfolgungen und Drangsalierungen, denen die Arbeiterjugend im Gegensatz zu den „nationalen" Jugendorganisationen ausgesetzt ist, müssen immer und immer wieder beleuchtet und gebrandmarkt werden.

Arbeiter, Parteigenossen! Zeigt, daß Ihr nicht gesonnen seid, die unerhörten Maßnahmen, mit denen die Polizei die Bildungs- und Aufklärungsarbeit Eurer Jugend verfolgt, ruhig hinzunehmen! Erscheint in Massen in der Protestversammlung!

* * *

Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!

In Preußen-Deutschland sind bekanntlich alle vor dem Gesetz gleich. Und weil dem so ist, wurden die unpolitischen freien Jugendorganisationen aufgelöst mit der Begründung, daß das Organ der proletarischen Jugend, die „Arbeiterjugend", politisch sei. Angenommen, dem wäre so, dann müßte aber bei unseren Gegnern auch mit gleichem Maße gemessen werden.

Wir sind prinzipielle Gegner des § 17 des Reichsvereinsgesetzes und sind der Meinung, daß derartige gesetzliche Bestimmungen der Vernunft und der Gerechtigkeit Hohn sprechen. Doch müssen wir uns dagegen wehren, daß andere ungestraft das tun, was der Arbeiterjugend verboten ist. Das vom Jungdeutschlandbund und der Deutschen Turnerschaft herausgegebene Blatt „Jungdeutschlandpost" bringt in Nr. 11 unter „Ereignisse des Tages" folgende Notizen:

> Frankreich will, wie die Regierung am Dienstag, den 18. Februar, bekanntgibt, seine Armee verstärken und fordert dafür vom Volk einen Zuschuß von 570 bis 580 Millionen.
>
> Die europäischen Großmächte empfehlen am Mittwoch, den 19. Februar, der rumänischen Regierung, sich um ihre Vermittlung zu bemühen, bevor Rumänien mit Bulgarien, wie befürchtet, Krieg beginnt.
>
> In der Berliner Stadtverordnetenversammlung bekämpften am Donnerstag, den 20. Februar, die Sozialdemokraten ohne Erfolg den Plan des Magistrats, die Hundertjahrfeier der großen Zeit durch einen öffentlichen Kirchgang der Behörden zu begehen.

Die Ausführungen müßten von Rechts wegen, oder wenigstens nach der von der preußisch-deutschen Justiz beliebten Praxis gegen die Arbeiterjugend, zur sofortigen Auflösung der Deutschen Turnerschaft und des Jungdeutschlandbundes führen. Aber darauf wird man lange warten können, denn — in Preußen-Deutschland sind ja alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich!

* * *

Auch ein Erfolg des Feldmarschalls der Jungdeutschen.

Man schreibt uns aus Stuttgart:

Zu einer gewaltigen Demonstration gegen den Jungdeutschlandbund und gegen den Gründer dieser bürgerlichen Jugendorganisation, den Generalfeldmarschall von der Goltz, gestaltete sich die vom Jugendausschuß Stuttgart einberufene öffentliche Jugendversammlung am Sonntag, den 2. März. Die Jungdeutschlandbündler hatten für den Sonntagabend die Liederhalle als Versammlungslokal gewählt, der Jugendausschuß der proletarischen Jugend sicherte sich den Zirkus, der über 3000 Personen faßt. Als Redner war Genosse Karl Liebknecht gewonnen. Die Stuttgarter Polizei geriet in große Erregung. Das vom Jugendausschuß herausgegebene Plakat wurde von der Polizei beanstandet. Der Satz: „Heraus gegen den kapitalistischen Jungdeutschlandbund, gegen die Pfadfinder und sogenannten christlichen Jugendvereine! Heraus gegen alle, die unsere Jugend zur Muckerei und Kriecherei, zum Mordpatriotismus und Klassenverrat erziehen wollen!" hatte die Polizeigemüter nervös gemacht. Sie witterten eine Straßendemonstration. Auch die bündige Versicherung des Vorsitzenden des Jugendausschusses, eine Demonstration sei nicht geplant, konnte die ängstlichen Herren nicht beruhigen. Der Satz mußte überklebt werden. Weiter wurde befohlen, daß für den Zirkus numerierte Karten, nicht mehr als 3000, ausgegeben würden, damit eine sicherheitsgefährliche Ueberfüllung vermieden werde. Dem kam der Jugendausschuß nach. Die Folge war, daß nicht nur der Zirkus bis zum letzten Platz besetzt wurde, sondern daß noch Dinkelackers Saal mit anschließendem Garten von etwa 3000 Personen besetzt wurde. Und immer neue Massen strömten zu. Nochmals wurden zwei Säle gemietet, in einer anderen Stadtgegend noch ein dritter Saal hinzugenommen, so daß außer dem Zirkus noch vier der größten Säle Stuttgarts besetzt wurden und eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden mußte. Auch das genügte noch nicht, die proletarischen Massen zu fassen. Die unbegreifliche Nervosität der Polizei hat sicherlich zu dem riesigen Besuch beigetragen, aber auch die schmutzige Kampfesweise der bürgerlichen, insbesondere der „liberalen" Presse, die nicht nur die Polizei und die Behörden scharf machte, sondern auch den Genossen Liebknecht aufs tollste beschimpfte. Um so herzlicher war der Empfang, den die Stuttgarter Arbeiterschaft dem Beschimpften bereitete.

Die Versammlungen wurden polizeilich überwacht, die Reden stenographisch aufgenommen. Vor Eröffnung der Zirkusversammlung verlangte der überwachende Polizeiamtmann die Entfernung der Jugendlichen unter 18 Jahren. Westmeyer bedeutete dem Amtmann, daß er sich mit seinem Verlangen an die falsche Adresse richte; Einberufer der Versammlung sei der Jugendausschuß, nicht die Partei. Zudem sei es keine politische Versammlung, die Entfernung der Jugendlichen werde zu Unrecht verlangt. Wenn der Herr Amtmann aber auf seinem Verlangen bestehe, so möge er selber die Aufforderung ergehen lassen oder seine Konsequenzen ziehen. Die Verantwortung für die Folgen möge dann aber auch die Polizei tragen. Der überwachende Beamte war vernünftig genug, ein unmögliches Verlangen nicht zu wiederholen. Genosse Liebknecht legte in seiner Rede die Notwendigkeit der proletarischen Jugendorganisation dar. Treffend kennzeichnete er den Charakter der bürgerlichen Jugendbewegung, ihre Gründer und Freunde sowie die Ziele des Jungdeutschlandbundes. Seine Aufforderung, die freie Jugendorganisation zu stärken, wurde mit donnerndem Beifall beantwortet.

Es sprachen sodann noch Vertreter der dem Jugendausschuß angeschlossenen Arbeitervereine. In den anderen Versammlungen konnte Genosse Liebknecht nur noch kurze Ansprachen halten.

Die demonstrativen Versammlungen haben die Jugendorganisation mit einem Ruck um ein Bedeutendes vorwärts gebracht und die Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterschaft um seine Jugend in vielen tausend Köpfen wachgerufen.

Daß er in Stuttgart solch einen durchschlagenden Erfolg erzielen werde, hat sich Herr Generalfeldmarschall von der Goltz sicherlich nicht träumen lassen.

Ueber den Verkauf russischen Fleisches

wird geschrieben: Von Zeit zu Zeit taucht in einigen Tageszeitungen immer wieder die Meldung auf, der Verkauf des russischen Fleisches, welchen die Gemeinden Groß-Berlins durch Vermittelung der Stadt Berlin in die Wege geleitet haben, sei in starkem Rückgang begriffen. Vielfach wird an diese Mitteilung die Bemerkung geknüpft, daß dies auf die Qualität des Fleisches zurückzuführen sei. Es hat zwar wenig Wert, demgegenüber immer wieder auf die Tatsache hinzuweisen, daß der Umsatz an russischem Fleisch in Berlin schon seit längerer Zeit wöchentlich 3500 bis 4000 Zentner beträgt, sich also durchaus in gleichmäßigen Bahnen bewegt; denn von den betreffenden Blättern wird von dieser Tatsache keine Notiz genommen. Aber zu Nutz und Frommen der Sache ist es doch geboten, wiederholt darauf hinzuweisen. Es ist zwar richtig, daß der Verkauf des russischen Fleisches in verschiedenen Vororten zurückgegangen ist, es scheint dort auch die Absicht zu bestehen, den Verkauf einzustellen. Der Grund für den geringen Absatz dort hat aber nicht an der Qualität gelegen; denn sonst würde er sicherlich auch in Berlin selbst zurückgegangen sein. Der Grund dürfte vielmehr darin liegen, daß man in den meisten Vororten gezwungen war, den Vertrieb des russischen Fleisches den Ladenschlächtern zu überlassen. Diese hatten an einer Hebung des Umsatzes dieses Fleisches kein Interesse, sollen im Gegenteil, nach Zeitungsmeldungen es sogar vielfach darauf angelegt haben, ihren Käufern das russische Fleisch nicht nur nicht zu empfehlen, sondern es vielmehr als minderwertig hinzustellen, um dadurch dem Publikum die Lust zum Kaufen zu nehmen. Auffällig ist, daß jetzt behauptet wird, nur die erste Sendung des russischen Fleisches sei zu verwenden gewesen. Als der Verkauf Ende Oktober vorigen Jahres in die Wege geleitet wurde, hieß es anders. Da wurde über die angeblich „minderwertige Qualität" alles mögliche behauptet. Alle diese Versuche haben aber in Berlin, wo in 112 Verkaufsstellen in den Markthallen, in zwanzig Läden von Privatschlächtern und in 33 Läden der Konsumgenossenschaft nur russisches Fleisch verkauft wird, nichts gefruchtet. Dieses Fleisch hat sich vielmehr bei der Berliner Bevölkerung mehr und mehr eingebürgert und die Höhe des Umsatzes beweist, daß die Qualität des Fleisches eine durchaus gute sein muß. Von sachverständiger Seite wird uns versichert, daß man das Rindfleisch als gute zweite Qualität bezeichnen muß, während das Schweinefleisch von ganz vorzüglicher Qualität ist. Die Schweine seien mit Kornfutter voll ausgemästet und für die Konsumenten dadurch sehr vorteilhaft, daß das Fleisch und Fett sehr ausgiebig sei. Die Verkaufsstellen in Berlin werden jede Woche durch einen Beamten kontrolliert; bisher ist dabei nur einwandfreie Ware vorgefunden worden."

Wir können die obigen Mitteilungen nur bestätigen und die Bevölkerung erneut darauf hinweisen, von der im Interesse der breiten Masse getroffenen nützlichen Einrichtung recht regen Gebrauch zu machen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr, im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52—53: Oeffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: Die Geburtenbeschränkung, eine revolutionäre Waffe.

Neukölln. Heute abend 8 Uhr findet in Kliems Festsälen, großer Saal, Hasenheide 14, die zweite Aufführung der Operette „Die Fledermaus" von Johann Strauß statt. Billetts a 85 Pf. sind noch zu haben: in den Parteispeditionen, Neckarstr. 3 und Siegfriedstr. 28, in den Restaurants von Theodor Gemmecker, Kaiser-Friedrich-Straße 232/33, Fritz Pfeiffer, Hermannstr. 40, Karl Richter, Mahlower Straße 7/8, Ecke Weisestraße, und Richter, Prinz-Handjery-Str. 3.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, abends 8½ Uhr, bei Glaser in der Kaiser-Wilhelm-Straße statt.

Berliner Nachrichten.

Schauschwimmen im Rettungsanzug.

Am Sonntag hat sich den Ausflüglern von Treptow ein eigenartiges Schauspiel. Im Wasser schwammen drei Menschen herum, so bequem und leicht, als säßen sie zu Hause gemütlich in der Badewanne oder im weichen Bett. Die Beine lang gestreckt, den Oberkörper aufgerichtet, so ließen sie sich von den Wellen treiben oder schwammen auch gegen den Strom an. Die Füße benutzen sie als Steuer, während sie zum Rudern kleine Ruder (Paddeln) verwendeten und sich so mit überraschender Gewandtheit in dem nassen Element umherbewegten. Dabei rauchten sie vergnügt Zigarren und ab und zu stießen sie zusammen und spielten auf übereinander gelegten Paddeln einen famosen „Lachs". Der Erfinder, Paul Raschke aus Breslau, der selber mitschwamm, ist ein einfacher Proletarier, und von Hause aus Schneider. Er hat schon mehrere Schwimmversuche unternommen, sowohl in Berlin, als auch in der Elbmündung zu Hamburg. Daß man es hier mit einer epochemachenden Erfindung zu tun hat, unterliegt keinem Zweifel und die vor aller Augen ausgeführten Demonstrationen bewiesen die Sicherheit und Tragfähigkeit dieses Schwimmanzuges. Derselbe ist aus Gummistoff, bezw. Ballonstoff hergestellt und besteht aus einem Stück. Er hüllt den Körper weit und schlotternd ein, läßt ihm aber auch zugleich die volle Bewegungsfreiheit, so daß der betreffende Schwimmer auch an Land steigen und sich ungezwungen bewegen kann. Ein Gürtel in der Form wie die Rettungsringe, der mit einer ölhaltigen Wolle angefüllt ist, bewirkt, daß der Schwimmer aufrecht sitzen kann, ohne zu ermüden. Tatsächlich haben die Schwimmer denn auch schon drei und mehr Stunden auf dem Wasser zugebracht. Einer der Hauptvorzüge dieses Schwimmanzuges ist jedoch seine vollständige Isolationsfähigkeit gegen Wasser und Kälte. Während am Sonntag die Zuschauer schon nach kurzer Zeit durch und durch gefroren waren, konnte die Kälte den im Wasser Schwimmenden so gut wie gar nichts anhaben, und sie selbst erklärten, als sie mal auf kurze Zeit an Land kamen, um eine Erfrischung einzunehmen, daß sie schnell wieder ins Wasser müßten, da es ihnen „draußen zu kalt" sei. Diese Erfindung, die ja allerdings auch noch weiter verbessert werden kann, scheint tatsächlich berufen, bei Katastrophen auf dem Wasser in segensreicher Weise zu wirken. Haben doch selbst schon Fachleute dem Erfinder bestätigt, daß wir ein „Titanic"-Unglück in solchem Umfange wenigstens nicht zu verzeichnen gehabt hätten, wenn dieser Anzug schon damals vorhanden gewesen wäre.

Es zeigt sich hier wieder einmal, daß ein anschlägiger Kopf aus dem Volke neben dem Kampfe um die Existenz auch noch Zeit findet, sich mit Problemen zu befassen, deren Lösung viel Unglück und Herzeleid verhüten kann. Wir wollen einmal sehen, wie die maßgebenden Kreise sich gegenüber dieser Erfindung verhalten und ob man für die Rettung von Menschenleben auch nur den tausendsten Teil an Geldmitteln übrig hat und anzuwenden geneigt ist, die man für die Menschenschlächterei und Mordwerkzeuge mit vollen Händen hinauswirft.

Von der Geburtenminderung in Berlin. Die Geburten hatten sich im Jahre 1912 weiter gemindert. Für das Jahr 1913 wird vielleicht mancher einen Umschwung erwarten, weil in 1912 die Eheschließungen sich in Berlin gemehrt haben. Einstweilen hat aber der Januar 1913, über den jetzt die Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amts abgeschlossen vorliegen, eine weitere und sehr beträchtliche Abwärtsbewegung der Geburtenziffer gebracht. Im Januar 1912 waren hier 4077 Kinder geboren worden, 3926 lebend und 151 tot, im Januar 1913 dagegen wurden nur 3808 Kinder geboren, 3664 lebend und 144 tot. Wäre die Geburtenhäufigkeit für die ganzen Jahre 1912 und 1913 so wie im Januar, dann ergäbe das (bei Einrechnung der Totgeborenen) pro 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung 23,07 Geborene in 1912, aber nur noch 21,39 Geborene in 1913. Das ist kein Anfang, den man „vielversprechend" nennen könnte. Daß auch der Februar wieder mit einem geringeren Ertrag als das vorhergehende Jahr abgeschlossen haben wird, lassen die vorläufigen Meldungen schon jetzt erkennen.

Der Müggelsee hat am Sonntag den Ausflüglern noch einmal eine unverhoffte Freude bereitet. Spiegelblank glänzte seine Eisfläche vom Müggelschlößchen bis nach Rahnsdorf. Nur an der Friedrichshagener Fähre war offenes Wasser. Dazu blinzelte Mutter Sonne gar vergnüglich auf den Menschenstrom, der zwischen Rübezahl und dem Müggelschlößchen hin- und herwogte und von dem gar mancher die spiegelglatte Fläche mit seines Leibes Länge messen mußte. Zu den wenigen Segelschlitten gesellten sich einige wohl besonders gut informierte Besucher, die ihre Fußeisen mitgebracht hatten, während das eigentliche Heer der Schlittschuhläufer fehlte. Auf dem Langen See dagegen war die Eisdecke zerschnitten und auch sonst zum Tragen zu dünn.

Echt freisinnig!

Nachdem in der letzten Sitzung das Obdachkuratorium sich mit dem Obdacherweiterungsbau beschäftigt und diesen einstimmig beschlossen hatte, wurde die schon in drei Sitzungen verhandelte Frage der dauernden Etablierung des Geschlechtskrankenhauses für Prostituierte im städtischen Obdach nochmals besprochen, d. h. soweit man überhaupt von einer Besprechung reden kann. Denn nachdem die Bauräte ihren Plan nochmals erläutert hatten, führten die sozialdemokratischen Mitglieder alles das an, was das Kuratorium veranlaßt hat, seit mehr denn zwanzig Jahren die Entfernung der Geschlechtskrankenstation aus dem Obdach zu verlangen und zwar stets einstimmig. 25 Jahre ist die Geschlechtskrankenstation im Obdach „vorübergehend" untergebracht.

Jetzt hat nun eine Magistratskommission ausgeklügelt, daß die Stadt anderthalb Millionen angeblich sparen kann, wenn die Station im Obdach so ausgedehnt wird, daß sie etwas über ein Drittel des ganzen Vorderhauses einnimmt. Dreimal hat auch diesen Plan das Kuratorium einstimmig abgelehnt, jetzt sprach außer den Sozialdemokraten kein Mensch, aber — dann stimmten ohne ein Wort der Begründung bis auf einen alle für den Magistratsantrag!

Es geht doch nichts über freisinnige — Standhaftigkeit. Bis zur Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung finden sie hoffentlich eine Begründung für ihren Umfall!

Die minderwertigen Leistungen der Polizeihunde sind jetzt in einem Vereinsvortrage von einem klassischen Polizeizeugen bestätigt worden, nämlich dem Leiter der staatlichen Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde, Polizeileutnant Most. Es konnte ja auch gar nicht anders kommen, da fast schon jeder Polizeidiener sich zum Dresseur berufen glaubte und plötzlich Hunderte von ruppigsten Kötern sich in Hundegenies mauserten. Recht abfällig sprach sich der Redner auch über das falsche Bild der Vorführungen bei Preisveranstaltungen aus, da hier bewußt oder unbewußt Beeinflussungen stattfänden. Die polizeifromme Presse lobte bekanntlich bisher die Polizeihunde, wohl auch auf Beeinflussung, bis in die Puppen. Wir haben ja schon immer behauptet, daß hier unseren Polizeigenies wieder mal Vorschußlorbeer gewunden wurde.

Schutzleute als Bodengefahr. Man schreibt uns: Es kommt jetzt in Berlin häufiger vor, daß zu mitternächtiger Zeit auf den Hausböden Diebesjagden durch Schutzleute veranstaltet werden. Woher nehmen nun die Beamten im Dunkel der Nacht die erforderliche Beleuchtung? Bei einer solchen kürzlich stattgefundenen Jagd beobachtete ich, daß Schutzleute den Boden mit einem offen brennenden Stearinlicht und einer gewöhnlichen Tischlampe betraten. Beide Beleuchtungsgegenstände hatten sie von Hausbewohnern entliehen. Wie leicht kann da der Boden in Flammen aufgehen! Nichts ist doch gefährlicher als im Zugwind des Bodens ein ungeschütztes Licht. Ich stelle mir auch die Möglichkeit vor, daß der verfolgte Einbrecher dem Beamten das Licht aus der Hand schlägt, die Lampe explodiert und das brennende Petroleum im Umsehen die Bodenverschläge erfaßt. An jeder Vorbodentür sind amtliche Blechschilder angebracht, wonach das Betreten der Böden mit offenem Licht unter strenge Strafe gestellt wird. Soll es der Polizei erlaubt sein, gegen die eigenen Bestimmungen zu handeln, mit schlechtem Beispiel voranzugehen und das Haus in nicht geringe Gefahr zu bringen? Und warum haben die uniformierten Schutzleute bei solcher Hatz, wenn sie den Boden betreten, nicht sichere elektrische Blend-

laternen bei sich? Damit sind alle Kriminalbeamten ausgerüstet, aber meines Wissens ist mindestens ein Exemplar auch auf jeder Polizeiwache vorhanden.

Automobilunglück bei Hennigsdorf.

Ein unerhörter Bubenstreich, der dem 45 Jahre alten Juwelier Rudolf Plunz aus der Brunnenstraße 81 und seiner gleichaltrigen Frau das Leben kostete, ist am Sonntagabend in der Gemarkung des Dorfes Marwitz in der Gegend von Hennigsdorf verübt worden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden gestern zwei polnische Arbeiter verhaftet, während ein dritter noch gesucht wird. Die Buben spannten ein Drahtseil über die Chaussee und verursachten dadurch ein entsetzliches Automobilunglück. Der Juwelier Plunz lebte seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt. Sonntag versöhnte und vereinigte er sich wieder mit ihr, und aus diesem freudigen Anlaß machte die Familie am Nachmittag mit dem Kraftwagen den Plunz seit längerer Zeit besitzt, einen größeren Ausflug. Mit der Familie fuhr in seinem Wagen der Automobilhändler Janke aus der Brunnenstr. 103, der seinen 11 Jahre alten Sohn Paul mitnahm. Die Fahrt ging nach der Gegend des Wandlitzsees. Um ½3 Uhr verließen beide Wagen Berlin. Auf dem Rückwege saß neben Plunz, der seinen Wagen steuerte, seine 17 Jahre alte Tochter Anna. Hinter beiden saßen Frau Plunz und neben ihr die 19 Jahre alte Tochter Else. Der Plunzsche Wagen fuhr voraus. Janke folgte in einem kurzen Abstande. Kurz nach 9 Uhr erreichte man die Gemarkung Marwitz, etwa 4 Kilometer diesseits von Hennigsdorf. Die Chaussee ist auf eine lange Strecke auf beiden Seiten von Wald eingesäumt. Dann kommt auf der einen Seite unbewaldetes Moorland. An dieser Stelle hatten nun Buben ein zollstarkes Drahtseil quer über die Chaussee gespannt und auf beiden Seiten in ungefähr 2 Meter Höhe an den Chausseebäumen befestigt. Das Seil war in der Dunkelheit auf größerer Entfernung nicht zu sehen. Plunz scheint es auch im Licht der Wagenlaternen nicht gesehen zu haben, während die neben ihm sitzende Tochter es im letzten Augenblick wahrnahm. Fräulein Plunz konnte nicht mehr warnen, bückte sich aber schnell, um, mit der Einrichtung des Automobils vertraut, die Zündung abzustellen. Hierdurch entging sie dem sicheren Tode. Ehe der Wagen zum Stehen kam, rannte er in voller Fahrt gegen das Drahtseil. Dieses schlug infolge seiner Schwere in der Mitte herabhängend, gegen den Knopf des Kühlers. Der Knopf brach glatt ab. Das jetzt gestraffte Seil traf Plunz am Kopf, zerfetzte ihm das ganze Gesicht und warf ihn mit solcher Gewalt auf seinen Sitz zurück, daß er sich das Rückgrat brach. Dann sprang es auf Frau Plunz und ihre Tochter Else über. Der Frau zerschmetterte es den ganzen Unterkiefer, die Tochter verletzte es weniger schwer am Halse. Beide flogen aus dem Wagen heraus. Frau Plunz fiel so unglücklich, daß sie sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog und aus Mund und Nase blutend besinnungslos liegen blieb. Ihre Tochter kam mit weniger schweren Verletzungen davon. Die gerettete jüngere Tochter, die ganz unversehrt blieb, hatte, nachdem der Wagen durch das Abstellen der Zündung zum Stehen gekommen war, trotz der furchtbaren Lage die Geistesgegenwart, den nachfolgenden Jahnke durch laute Zurufe zu warnen, so daß er sein Gefährt noch vor dem Seil zum Stehen bringen konnte. Janke holte mit seinem Wagen aus Hennigsdorf gleich Hilfe und benachrichtigte den Gemeindevorsteher Weidner, der dann das zuständige Amt Velten von dem Anschlag in Kenntnis setzte. Der Arzt Dr. Steuloff, der mit der Samariterkolonne erschien, konnte bei Plunz nur noch den Tod feststellen. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich, verschied aber auch nach kurzer Zeit. Die Leichen wurden nach der Friedhofshalle in Hennigsdorf gebracht. Die verletzte Tochter wurde in der Gastwirtschaft von Wolter in Hennigsdorf verbunden und dann nach dem Lazarus-Krankenhaus in Berlin übergeführt. Amts- und Gemeindevorsteher alarmierten sofort die Gendarmerie und die Polizei. Auf umfangreichen Streifen suchte man festzustellen, wer sich in der Gegend und in der Nähe der Unglücksstelle aufgehalten hatte. Die Nachforschungen blieben zunächst erfolglos. Später gelang es aber zu ermitteln, daß drei polnische Arbeiter auf der Chaussee gesehen worden waren. Nähere Feststellungen waren im Laufe der Nacht nicht mehr möglich. Gestern in aller Frühe erschienen Staatsanwalt Krause und Kriminalkommissar Peters vom Berliner Polizei-Präsidium mit mehreren Beamten und einem Diensthund. Der Hund nahm eine Spur auf.

Der Regierungspräsident von Potsdam erläßt über den Anschlag folgende Bekanntmachung:

„Am 2. März, abends 8 Uhr, ist ein fingerdickes Drahtseil zwischen zwei Bäumen an der Chaussee Marwitz-Hennigsdorf von unbekannter Hand gespannt worden. Zwischen 8 und 8,15 Uhr fuhr das Automobil des Juweliers Rudolf Plunz aus Berlin an die bezeichnete Stelle. Durch den Anprall gegen das Automobil sind die Insassen, Plunz und seine Frau, sofort getötet und eine seiner Töchter schwer verletzt worden. Wie ermittelt wurde, ist das Seil am 19. Februar 1913 aus dem bei Marwitz belegenen Tonwerk der Firma August Burg A.-G. gestohlen worden. Alle Personen, welche über den Diebstahl des Drahtes und dessen Aufbewahrungsort während der letzten zehn Tage, sowie über die Urheber des verbrecherischen Anschlages Auskunft geben können, werden ersucht, sich an die Staatsanwaltschaft oder die Kriminalpolizeit zu wenden. Der Regierungspräsident von Potsdam."

Der Tatort mit seiner Umgebung wurde gestern nachmittag von Beamten des Berliner Polizeipräsidiums in allen Einzelheiten aufgenommen. Auch die Leichen des Juweliers Plunz und seiner Frau wurden in der Friedhofshalle photographiert. Die Bilder sollen der weiteren Aufklärung des Verbrechens und auch zur Erläuterung bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung dienen.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern vormittag der 50 Jahre alte Fensterputzer Johann Lemble aus der Blumenstr. 33. Beim Putzen an der Königlichen zahnärztlichen Klinik in der Ziegelstraße hielt er sich im dritten Stock am Fensterkreuz fest. Plötzlich glitt er ab, verlor den Halt und fiel auf das Dach eines einstöckigen Anbaues und von dort auf einen Sandhaufen hinab. Er zog sich eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen zu und wurde nach der Charité gebracht, wo er bedenklich daniederliegt. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von drei noch schulpflichtigen Kindern.

Ueber eine Kohlengasvergiftung wird aus der Jerusalemer Straße berichtet. Auf dem Grundstück Nr. 65/66, auf dem ein Neubau errichtet wird, wurde im Keller der 52 Jahre alte Bauwächter August Melzow aus der Pflugstr. 4 tot aufgefunden. Aus der Feuerung war Kohlengas entströmt und hatte ihn betäubt. Als gegen 9 Uhr der Heizer die Anlagen im Keller aufsuchte, fand er den Wächter tot daliegen. Er rief sofort einen Arzt herbei, der aber nur noch den Tod infolge Vergiftung feststellen konnte. Ohne Zweifel liegt ein Unglücksfall vor.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Alles hat seine Zeit. Auch die Judenschwänke setzen „Speck" an. Das heißt: den Dichterdioskuren Donat und Anton scheint Neues nicht mehr leicht einzufallen; denn ihr einst andauernd belachtes Zugstück „Haifisch geht auf Jagd" guckt den „Schonzeitjägern" recht vertraulich über die Schulter. Als Gegenstück zu ihren beiden Rollen haben sie jedoch eine süddeutsche „Bauernkomödie" in die Handlung hineinkomponiert. Der reiche Bauer verwehrt seiner Tochter Loisl den armen Toni. Er schwört, ihn totzuschießen, wenn er sich noch einmal blicken läßt. Damit der Alte kein Unheil anrichtet, tut ein Freund Tonis eine Platzpatrone in den Flintenlauf. Weil der Bauer ein für allemal von seinem Haß kuriert werden soll, so hetzt ihn eben der besagte Freund auf Toni, als der „kammerfensterln" kommt — ein Schuß und der Toni fällt „mitten durchs Herz" getroffen zu Boden. Natürlich ist das bloß Komödie, in der übrigens die beiden Stadtfräcke Mundi Zahnwurzel (Donat Herrnfeld), Antonias Kowracek (Anton Herrnfeld) die gefoppten Zahlaufjuste sind, weil sie den zahmen Hasen der Loisl „derschoss'n" haben. Wenn die Vertreter der bäuerlichen Typen, statt ewig ins Parterre hineinzunimen, und dem Publikum durch Gesten zu bedeuten, daß doch bloß „Spaßeln" getrieben werden, wirklich tragisch spielten, würde natürlich die Komik weit drastischer hervortreten, als das jetzt leider der Fall ist. Die gebrüderlichen Hauptdarsteller wirken wie immer zwerchfellerschütternd, ohne indessen etwas Neues zu zeigen. Trotzalledem: — Das „Schonzeit-Jäger-Waldidyll" gibt übergenug Gelegenheit zum Lachen. Und da in dieser infolge Auspowerung des Volkes durch die preußischen Vieh- und Krautjunker erschwerten Zeit das Lachen immer seltener zur Betätigung kommt, so ist der Neuheit des Herrnfeld-Theaters eine längere Lebensdauer zu prophezeien. Voraus ging ihr, gleichfalls zum ersten Male, eine pikante dialogisierte Plauderei „Liebesprobe" von Ernst Klein, in der Martha Meyerhofer als verführerisch schöne Witwe und Artur Franzetti als schwerenöterhafter Marineleutnant ihr neckisches Spiel treiben.

Vorort-Nachrichten.

Rotkoller oder Jubiläumsrausch?

Das Oberhaupt der Stadt Teltow, Herr Bürgermeister Palleske, macht wieder einmal von sich reden. Der Ruhm der Jubiläumsbyzantiner scheint Herrn Palleske mit einem gewissen Neid erfüllt zu haben; kein Wunder, wenn er als Stadtoberhaupt von „Teltow-Berlin" in seinem Amtsblättchen, der „Teltower Zeitung", seine Bürger zu einer ernsten Erinnerungsfeier an die große Zeit vor hundert Jahren einladet. Das, was Herr Palleske in diesem Aufruf zum besten gibt, ist so interessant, daß wir nicht umhin können, einige Stilblüten, soweit sie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind, hier wiederzugeben. Allem Anschein nach hat auch die Redaktion des Blättchens ihre eigenen Gedanken über die Palleskeschen Stilübungen gehabt, denn sonst könnte man es nicht begreifen, daß sie Herrn Palleske mit seinem Herzenserguß gerade unter jene Rubrik verweisen konnte, unter der die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung übernimmt. Nachdem das Teltower Oberhaupt einem zu veranstaltenden Feldgottesdienst als einer geeigneten Erinnerungsfeier an jene ernste große Zeit das Wort geredet, fährt es fort:

„Dann mögen sie kommen, woher sie wollen, die Feinde von außen, die Feinde von innen, welch letztere vielleicht in der Stunde der Not noch ihren Herrgott erkennen werden, von dem sie jetzt nichts wissen wollen, dann wird ihre Macht zerschellen und zerrinnen, wie die Woge am Felsgestein, sie brandet wild empor, aber ruhig ebbt sie zurück, dann wird unserem Volke die Schande und Schmach erspart bleiben, ein so widerwärtiges, erregendes Schauspiel wieder zu sehen, wie es die Stadtparlamente in Berlin und Schöneberg soeben haben erdulden müssen, die Sozialdemokraten glaubten, das Gedenken an des preußischen Vaterlandes weihevollste Stunde und die Erinnerung an die erhebendste Bewegung unseres Gesamtpreußenvolkes zu schänden und zu erniedrigen und erniedrigten und schändeten doch nur sich selbst in dem Brandmal der Vaterlandsschändung und alles dessen, was uns hoch und heilig ist und unseren Vätern war, was Preußen groß gemacht hat.

Das sei unsere Jahrhundertfeier, das sei unser Erinnerungsfest! Vielleicht, daß in diesem Sinne die Feier von der maßgebenden kirchlichen Stelle aufgenommen wird und daß ich hiermit im Geist unserer braven bis ins Mark königstreuen und vaterlandsliebenden Teltower, an dem auch der innere Feind mit seinen unwahren und unreinen Machenschaften nichts ändern wird, gesprochen habe."

Es scheint, als ob Herr Palleske an der falschen Stelle sitzt. Ein Mann mit so hervorragendem Talent, den sogar noch eine gewisse Tatkraft im Kampf gegen den inneren Feind auszeichnet, sollte doch mehr Gelegenheit haben, sich zu betätigen, anstatt in einem kleinen Städtchen ein bescheidenes Dasein zu fristen.

Schöneberg.

Die Einstellung des Verkaufs städtischen Fleisches haben die Schöneberger Fleischer mit 80 gegen nur 2 Stimmen beschlossen. Damit haben die Herren öffentlich nur das zum Ausdruck gebracht, was bei ihnen im geheimen schon längst beschlossene Sache war. Um jedoch bei dem tausenden Publikum rein dazustehen, mußte die Qualität des Fleisches sowie die Fleischabgabe an die Konsumgenossenschaft herhalten. Die wahre Ursache ist, daß es einer Anzahl Fleischer schon lange ein Dorn im Auge war, daß eine Kontrolle darüber geübt wurde, ob auch die vereinbarten Bedingungen innegehalten wurden. Das sonst so gepriesene Interesse der Fleischer an dem ausländischen Fleischbezug ging soweit, daß kürzlich an vierzig Viertel keinen Abnehmer fanden; jetzt erst sprang die Konsumgenossenschaft ein, die in der Vorbergstr. 8 einen Laden mietete, das von den Fleischern verschmähte Fleisch reißend absetzte und die Stadt dadurch vor großem Schaden bewahrte. Der Obermeister Hesse, Akazienstraße, der auch ab und zu Fleisch von der Stadt entnahm, verurteilte es, daß die Kollegen den Verkauf überhaupt erst übernommen hätten. Der bei dem Publikum und ganz besonders in der Arbeiterschaft bisher vorhandene Mißmut über das bisherige Verhalten einiger Fleischer dürfte durch den von den Fleischermeistern gefaßten Beschluß nur noch gesteigert werden.

Steglitz.

Die Landtagsersatzwahl im 22. Urwahlbezirk, die gestern stattfand, endete mit der Wahl eines sozialdemokratischen Wahlmannes, der von 65 abgegebenen Stimmen 35 auf sich vereinigen konnte.

Tempelhof.

Die in der vorigen Woche jäh abgebrochene Etatsberatung konnte auch in der letzten Sitzung nicht zu Ende geführt werden, obgleich dieselbe bis in die tiefe Abendstunde dauerte. Als das Dorfparlament noch sozialistenrein war, ging die Durchpeitschung des Voranschlages in einer knappen Stunde von statten. Jetzt werden die Debatten von unseren Genossen beherrscht und diese haben vieles nachzuholen, was die bürgerlichen Vertreter versäumt haben. Der Etat, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 1 608 000 M. balanciert, weist an Kreissteuern 193 400 M. auf; hinzu kommt noch die Sonderbelastung durch den Teltowkanal mit 28 000 M. Es ist demnach ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 35 000 M. zu verzeichnen.

An Gehältern für die Amts- und Gemeindeverwaltung sieht der Etat 243 512 M. oder ein Mehr von 60 890 M. vor. Während die Etatskommission die Gehaltszulagen bei den oberen Beamten ziemlich reichlich bemessen hatte, wurden die niedrigeren Stellen nur mit geringen Zulagen bedacht, manche fallen sogar ganz aus. Genosse Schmidt verlangte, daß die Unterbeamten nicht zurückgesetzt werden und bat um Auskunft über die Bezahlung der Hilfskräfte, für welche 30 000 M. (7000 M. mehr) festgesetzt seien. Ihm wurde vom Vorsteher erwidert, daß man hier nach Angebot und Nachfrage besolde. Es handle sich um junge Leute, die in der Ausbildung begriffen seien und deren Besoldung 720 bis 1680 M. betrage; im übrigen könnte jeder Angestellte, wenn er sich hier nicht wohl fühle, wo anders hingehen. Nachdem der Vorsteher das Versprechen gegeben, daß man sich der Unterbeamten baldigst erinnern werde, wurden die Aufbesserungen gegen vier bürgerliche Stimmen angenommen. Genosse Schmidt nahm sich nunmehr der zahlreichen Wünsche der Gemeindearbeiter an, die seit 1908 ständig unbeachtet in den Papierkorb gewandert sind. Dieselben fordern einen Anfangslohn von 4,50 M., neunstündige Arbeitszeit, zweistündige Ruhepause, Ferien: im dritten Jahre 5, im fünften Jahre 7, im siebenten Jahre 10 und im zehnten Jahre 14 Tage, ebenso erhöhte Bezahlung der Sonntagsarbeit, auch wenn diese länger als drei Stunden dauert. U. a. erwähnte unser Redner, daß die Arbeiter am Ende jeder Woche ihren Lohn erhalten sollten und daß die ständigem Witterungswechsel ausgesetzten Arbeiter mit einer Ersatzhose versorgt werden müßten. — Der Gemeindevorsteher erwiderte hierauf, daß sich die hiesigen Gemeindearbeiter besser ständen als in einer Anzahl anderer Gemeinden. Bei einem Tagesverdienst von 4,25 M. sei ein hinreichendes Angebot vorhanden. Die Anträge in bezug auf Erhöhung des Tagelohnes auf 4,50 M. und Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Arbeiter erhalten demnach bei 10stündiger Arbeitszeit im ersten und zweiten Jahre 4,25 Mk., im dritten und vierten Jahre 4,55 M., im fünften und sechsten Jahre 4,80 M., vom siebenten Jahre ab 5,00 M. An Ferien sollen gewährt werden im vierten Dienstjahre drei Tage und jedes weitere Jahr einen Tag mehr, bis zum 11. Jahre 10 Tage.

Bei dem Gehalt des Vorstehers Wiesener (10 000 M.) übte Genosse Schmidt Kritik an dessen Amtsführung. Wohl sei die Amtsdauer noch eine sehr kurze und man könne eigentlich noch nicht ein Urteil fällen. Bedauerlich finde er aber, daß Wiesener während dieser kurzen Zeit sich hergegeben habe, das schlechteste aller Wahlgesetze noch mehr zu verschlechtern. Ganz abgesehen davon, daß er keinen Versuch unternommen habe, für unsere Gemeinde die Fristwahl zu fordern, habe er die Wahlzeit für den größten Teil der Wähler zu einer so ungünstigen Zeit angesetzt, daß für diese die Ausübung des Wahlrechts nur unter Verlust des ganzen Arbeitstages möglich gewesen war.

Mit aller Entschiedenheit wurden von unserem Genossen Mißstände der Kanalisation gerügt. Die Entgegnung des neuen Gemeinde-Tiefbaumeisters hierauf zeitigte eine scharfe Auseinandersetzung. Während damals, so wurde betont, die Stelle mit der Hoffnung auf Besserung in der Kanalisation bewilligt worden sei, damit der Gemeinde unnötige Kosten bei den Hausanschlüssen erspart werden, wolle man jetzt an dem alten System kleben bleiben. Es sei unerhört, daß z. B. nach den Stutzen gesucht werden müsse, weil die Zeichnungen im Baubureau nicht stimmen oder gar nicht vorhanden sind! Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, alle Arbeiten über 100 M. im Submissionswege zu vergeben und die Hausanschlüsse in eigene Regie zu übernehmen, wurde abgelehnt. Die hiesigen Gewerbetreibenden sollen in erster Reihe bei Arbeiten berücksichtigt werden, wenn sie nicht teurer als auswärtige Unternehmer sind. Der Antrag, die tariflichen Löhne bei Gemeindearbeiten zu bezahlen, wurde der Kommission überwiesen. — Ein Antrag unserer Genossen, bei dem Umbau der Pumpstation gleichzeitig einen Desinfektionsraum zu schaffen, wurde als Material überwiesen. Die amtlich angeordnete Desinfektion soll bis zu einem Einkommen von 5000 M. kostenlos geschehen. Bemerkenswert war die Aeußerung des Dr. Richter, der auf die mangelhafte Desinfektion hinwies.

Beim Kapitel Volksschulen wurde hervorgehoben, daß aus harmlosen Landpartien sich in letzter Zeit Kriegsspiele mit den Kindern gebildet hätten, wobei sich „zufällig" Offiziere eingefunden und die Lehrer ausgeschaltet hätten. Vorgekommen sei auch, wie Schmidt erwähnte, daß Lehrer vor den Sozialdemokraten graulich gemacht haben. Die Lehrer sollten das Politisieren hinter der Schulmauer unterlassen. — Trotzdem der Schularzt schon zwei Jahre amtiert, ist bis heute noch nichts über seine Tätigkeit bekannt. Genosse Schmidt wies auf die große Bedeutung solcher Berichte hin; er wurde hierbei von Dr. Richter unterstützt, weil der Vorsteher den Wert von Schularztberichten als unwesentlich bezeichnet hatte.

Neukölln.

Die Generalversammlung des Elternvereins für Sport und Wandern findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, den 6. März, abends 8½ Uhr, bei Tabbert, Steinmetzstraße, statt.

Treptow-Baumschulenweg.

Im Vordergrunde des Interesses der letzten Gemeindevertretersitzung stand die Beratung der Gebrauchs- und Gebührenordnung für die neu errichtete Feuerbestattungsanlage. Treptow ist bekanntlich die erste Landgemeinde in Deutschland, die eine solche besitzt. Die Ingebrauchnahme dürfte im April oder Mai erfolgen können. Der von der Friedhofskommission vorberatene Entwurf enthält in erster Linie die durch das Gesetz und die ministeriellen Ausführungsbestimmungen erforderlichen Bedingungen. Die wichtigsten sind: Die amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache, die Bescheinigung der Polizeibehörde des Sterbe- oder Wohnortes, daß Bedenken gegen die Feuerbestattung nicht bestehen, sowie der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung selbst gewünscht hat. (Am besten durch eine selbstgeschriebene letztwillige Verfügung.) Weiter ist vorgesehen, daß die Gemeinde einen Ueberfarg für die Trauerfeier in der Krematoriumshalle zur Verfügung stellt. Die Beobachtung des Einäscherungsvorganges, die in einigen süddeutschen Krematorien bedingt gestattet ist, wird nicht zugelassen, doch können bis zu drei erwachsene Angehörige des Verschiedenen der Einführung des Sarges in den Einäscherungsraum beiwohnen. Die Beisetzung der Aschenreste in den von der Gemeinde gelieferten Metallurnen soll in der Regel im Urnenhain oder auf den Urnenfeldern des Gemeindefriedhofes erfolgen. Auf Wunsch veranlaßt die Friedhofsverwaltung die Ueberführung der Urnen nach anderen Bestattungsanlagen. Die Beisetzung kann aber auch auf unbelegten Grabstellen des für Erdbegräbnisse vorgesehenen Teiles des Friedhofes erfolgen. Auf einer solchen Grabstelle oder einer (weit kleineren) Urnengrabstelle dürfen aber bis zu vier Urnen einer Familie beigesetzt werden. Die Gebührenordnung rechnet mit einer Durchschnittszahl von 120 Einäscherungen pro Jahr und kommt damit auf die Selbstkosten einer Bestattung von 40 M. Die Plätze für die Beisetzung der Urnen sollen kosten: im Urnenhain für 1,50 Quadratmeter im mindesten 150 M. Wahlstellen (1,35 Quadratmeter) 45 M. und Reihenstellen (0,60 Quadratmeter) 5 M. Für die Eingrabung der Urnen wird je nach der Art des Platzes eine Gebühr von 20, 15 und bei den Reihenstellen 3 M. erhoben. Die Kosten der Feuerbestattung betragen sonach insgesamt: bei Beisetzung im Urnenhain 210 M., auf Wahlstellen 100 M. und auf Reihenstellen 48 M. Die ersten beiden Sätze sind der Erdbestattung gleich, der letzte Satz ist um 13 M. höher.

Da das Gesetz leider zurzeit eine weitere Verbilligung unmöglich erscheinen läßt, bemühten sich unsere Genossen, wenigstens für die untere Klasse eine Ermäßigung der sonstigen Kosten herbeizuführen und beantragten deshalb, die zweite bis vierte Beisetzung auf der gleichen Grabstelle gebührenfrei zu lassen, während der Gemeindevorstand hierfür in allen Klassen die gleichen Sätze wie bei der ersten Belegung erhoben wissen wollte. Schließlich gelang es, nach langem Widerstreben einen Beschluß durchzudrücken, wonach bei Reihenstellen die weitere Belegung nur 2 M. (statt 5) kostet. Ferner sagte der Gemeindevorsteher auf das Drängen unserer Genossen zu, die Stellung eines Ueberfarges für den Leichentransport durch die Gemeinde in Aussicht zu nehmen, da hierdurch die Verwendung billigerer Särge ermöglicht wird. Ueber die neue Bestattungsart soll ein „Merkblatt" mit den erforderlichen Aufklärungen verbreitet und in der ersten Zeit die Besichtigung der Anlagen freigegeben werden. Unsere Genossen forderten die dauernde freie Besichtigung zu bestimmten Zeiten und betonten im übrigen ihre grundsätzliche Forderung der unentgeltlichen Totenbestattung, die sich hier leider durch die reaktionären Vorschriften des Feuerbestattungsgesetzes nicht erfüllen lassen.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Vertretern führte sodann der Antrag des Gemeindevorstandes auf Be-

willigung von 200 M. zu einer Stiftung des Verbandes größerer preußischer Landgemeinden anläßlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers zur Unterstützung von Kriegsveteranen. Namens unserer Vertreter betonte Genosse Kitzner die grundsätzliche Auffassung unserer Partei, wonach die Veteranenfürsorge dem Reiche zukomme und nicht nur gelegentlich bei höfischen Veranstaltungen geübt werden dürfe. Die Sozialdemokraten seien trotz ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg stets bereit, das Los der Veteranen zu erleichtern, da aber weder der Anlaß geeignet sei noch diese Art Stiftungen eine Garantie böten, daß ihr Ertrag ohne Ansehen der politischen Ueberzeugung verteilt würde, lehnten unsere Vertreter die Summe in dieser Form ab und beantragten einen gleich hohen Betrag den Treptower Veteranen direkt zukommen zu lassen. Den bürgerlichen Herren lag aber diesmal gar nichts an den armen Veteranen, sie wollten ja nur ihre „gute Gesinnung" billig bekunden. So kam denn der Vorstandsantrag gegen die Stimmen unserer Genossen und des Demokraten Kröbel zur Annahme. Ein weitergehender Antrag des letzteren, 1000 M. für Treptow direkt zu verwenden, verfiel der Vertagung, um erst die Ausdehnung einer anderen Veteranenunterstützung auf Treptow abzuwarten. — Die Bewilligung einer Beihilfe für die freiwillige Feuerwehr gab Anlaß, für die Feuerwehrleute die Bezahlung der Zeit bei nächtlichen Alarmierungen zu fordern. Der bisherige Zustand ist unhaltbar geworden. Der Anregung soll nachgegangen werden; es wäre dringend zu hoffen, daß bei der demnächstigen Etatsberatung dafür Mittel bereitgestellt werden. Die Hundesteuer soll künftig anstatt 20 30 M. pro Jahr betragen. Dem Vaterländischen Frauenverein wurden für die Einrichtung des Kinderhortes in der Ernststraße 500 M. beigesteuert. Bezeichnend für die Behandlung vertraulicher Angelegenheiten war übrigens diesmal, daß der Inhalt des Tagesordnungspunktes „Eingemeindungsbedingungen" der geheimen Sitzung schon vorher in der Berliner bürgerlichen Presse mitgeteilt werden konnte.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Vergebung der Arbeiten für die Gemeindebadeanstalt erhielt Schrammer Nachf. als Zweitbilligster den Zuschlag mit 26 605,22 M. Die Festsetzung der Hausanschlüsse für das nächste Etatsjahr wurde nach dem Vorschlage des Gemeindevorstandes genehmigt. Auf Antrag des Vereins für Volkshygiene wurde beschlossen, diesem gegen einen Jahresbeitrag von 10 M. beizutreten. Drei Vereinszeitschriften, welche gratis dafür geliefert werden, sollen in der Volksbibliothek, in der Kurpark-Lesehalle und im Jugendheim ausliegen. Auf Antrag des Genossen Mieke wurde beschlossen, ein viertes Exemplar anzuschaffen und dieses im Arbeiterjugendheim auszulegen. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß das Provinzialschulkollegium die Angliederung lateinloser Nebenklassen an das Realgymnasium nach dem Lehrplan der Oberrealschule genehmigt hat. Die Eröffnung dieser Klasse soll am 1. April stattfinden.

Pankow.

Jubiläen und Kämpfe lautete das Thema, über das Genosse Dr. Breitscheid in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Die kritischen Darlegungen des Redners an dem gegenwärtig überhandnehmenden patriotischen Taumel sowie die geschichtliche Beleuchtung des Jahres 1813 wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Für die am 1. April ins Leben tretende Fortbildungsschule legte der Gemeindevorstand die Schulpläne vor. Diese sind aufgebaut auf dem Grundprinzip der Fachschule. Nach kurzer Debatte wurde den Plänen einmütig zugestimmt. Eine längere Debatte zeitigte die Offerte der Großen Berliner Straßenbahn auf Ausführung einer Straßenbahnverbindung durch die Kopenhagener Straße nach Rosenthal und Herstellung der Ost-West-Verbindung. Die erstere Verbindung soll sofort ausgeführt werden. Abgesehen von den Kosten der Verbreiterung und Neupflasterung der Kopenhagener Straße entstehen der Gemeinde hieraus keine Verpflichtungen. Die Straßenausbaukosten sollen aufgebracht werden durch Beiträge der Anlieger und durch einen von der Gemeinde Rosenthal zu fordernden Zuschuß von 75 000 M. Für den Ausbau der Ost-West-Verbindung fordert die Große Berliner Straßenbahn einen Zuschuß von 200 000 M. Hierzu treten für die Gemeinde an Lasten für Neu- und Umpflasterung der Winter-, Amende-, Humboldtstraße und der Augusta-Viktoria-Allee Kosten im Betrage von 422 400 M. Allerdings sollen hierzu die Anlieger Zuschüsse leisten in Höhe von 135 000 M., so daß der Gemeinde inklusive des Zuschusses an die Große Berliner Straßenbahn für die Ost-West-Verbindung Kosten in Höhe von etwa einer halben Million Mark entstehen werden. Diese Strecke soll jedoch nicht sofort ausgebaut werden. Die Große Berliner Straßenbahn gewährt der Gemeinde das Recht, die Ausführung der Strecke bis zum 31. Dezember 1916 verlangen zu können. Nach längerer Aussprache, in der nur der Gemeindevertreter Nikolaus gegen die Ausführung der Ost-Weststrecke polemisierte, wurde die Annahme der Offerte einstimmig beschlossen. Eine Etatsüberschreitung und der Beitritt der Gemeinde zum Verein für Kleinwohnungswesen mit einem Jahresbeitrag von 50 M. wurde genehmigt. In der nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, sich an der von dem Verband der größeren Landgemeinden Preußens zum Regierungsjubiläum Wilhelms II. geplanten Veteranenspende mit einem Beitrag von 300 M. zu beteiligen. Unsere Genossen stimmten dagegen, nachdem sie ihre ablehnende Haltung mit ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur monarchischen Staatsform motiviert hatten. Diese ihre grundsätzliche Stellungnahme zur Monarchie verbiete ihnen die Beteiligung an einer monarchischen Jubelfeier, wovon im vorliegenden Falle schon deswegen keine Rede sein könne, weil der Jubelmonarch seine Gegnerschaft zur Sozialdemokratie wiederholt in verletzendster Weise bekundet hat. Weiter führte der Genosse Schönberg aus, daß auch wir anerkennen, daß der Staat und die Kommune die Pflicht haben, für die zu sorgen, die ihr Leben in die Schanze schlugen. Da das Reich seine Pflicht nicht erfüllt, beantragten unsere Genossen, daß die Gemeinde Mittel bereit stelle, um den Lebensabend der bedürftigen Veteranen Reinickendorfs sorgenfrei gestalten zu können. Die Bürgerlichen mußten die Berechtigung der Ausführungen anerkennen und so wurde einstimmig beschlossen, den Gemeindevorstand aufzufordern, eine solche Vorlage auszuarbeiten. Genosse Lange begründete zum Schluß noch einen Antrag, der die Mängel, die sich beim Verkauf russischen Fleisches durch die hiesigen Schlächter herausgestellt haben, rügte und verlangt, daß der Verkauf nur solchen Schlächtern übertragen werde, die nur russisches Fleisch abgeben. Hiergegen wandte sich der Beigeordnete Reichhelm. Nachdem die Genossen Lange und Schönberg nochmals hatten, wurde der Antrag der Finanzkommission überwiesen.
eine Aenderung des jetzigen Zustandes als wünschenswert bezeichnet

Spandau.

Die vom Wahlverein in diesem Jahre ins Leben gerufene Kinderschutzkommission hat seit einiger Zeit ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Parteigenossinnen und Genossen werden nunmehr ersucht, die Kommission durch ihre Mithilfe rege zu unterstützen. Meldungen über Auswüchse auf dem Gebiete der Kinderarbeit sowie sonstige gegen das Kinderschutzgesetz vorliegenden Verstöße, als da sind Verwahrlosung, Mißhandlung usw. sind an die Zentrale der Kommission Max Jahnke, Strenstr. 25, zu melden.

Potsdam.

Zu einem **Millionenetat** ist der Etat des hiesigen Elektrizitätswerkes angewachsen. Für 1913 wird mit einer Einnahme in Höhe von 1 084 400 M. gegen 978 800 M. im Vorjahre gerechnet. Die Einnahmen sollen hauptsächlich folgende sein: An Abgabe von elektrischer Energie zu Lichtzwecken 511 000 M. gegen 426 000 M. im Vorjahre, elektrische Straßenbeleuchtung 31 200 M. gegen 29 500 M., Kraftlieferung und Beleuchtung gewerblicher Anlagen 297 900 M. gegen 301 000 M., Klärstation 30 000 M. gegen 29 000 M., Stromlieferung für die Straßenbahn 107 000 M. gegen 100 000 M., Miete für die Zähler in Wohnungen usw. 31 500 M. gegen 28 000 M., Bedienung und Beleuchtungsanlagen der öffentlichen Beleuchtung 19 000 M. gegen 17 500 M., Pauschalbeleuchtung 11 500 gegen 3000 M. usw. Aus Nowawes kommen außerdem Einnahmen für elektrische Energie im Betrage von 126 000 M. Die Hauptausgabe bildet das Heizmaterial, das mit 143 000 M. gegen 133 000 M. angesetzt ist. An Ueberschuß sollen der allgemeinen Verwaltung 404 574,85 M. gegen 348 732,99 M. im Vorjahre zugeführt werden und Nowawes soll 26 013 M. gegen 18 800 M. erhalten. Eine Verminderung der Einnahme aus der Abgabe von Energie zu Kraft- und Leuchtzwecken gewerblicher Anlagen tritt deshalb ein, weil den Abnehmern, die jährlich für mehr als 100 M. Energie verbrauchen, ein Rabatt gewährt werden soll.

Aus aller Welt.

Herzlichen Dank Seiner Königlichen Hoheit . . .

In dem Frankfurter Vororte Heddernheim wurde dieser Tage ein zehnjähriges Mädchen von dem Automobil des bekannten Großindustriellen Dr. v. Weinberg überfahren und schwer verletzt — der Insasse des Unglücksgefährtes war der Prinz Heinrich der Niederlande. Das Mädchen starb an den erlittenen Verletzungen, und jetzt veröffentlichen die Eltern in Frankfurter Blättern folgende

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung unseres lieben, unvergeßlichen Kindes

Paula

sowie für die überaus zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir hiermit Allen unseren tiefgefühlten Dank aus. — Insbesondere danken wir den Herren Dr. Goldberg und Dr. Glanz für die rasche Hilfeleistung, den Herren Aerzten und Schwestern des Städt. Krankenhauses für die aufopfernde Pflege während der Krankheit unseres geliebten Kindes und **vor allen Dingen herzlichen Dank Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich der Niederlande, Herzog zu Mecklenburg und Herrn Dr. von Weinberg und gn. Frau Gemahlin** für die rege Anteilnahme an dem uns so schwer betroffenen Unfall, ferner danken wir Herrn Pfarrer Hartmann für die trostreichen Worte am Grabe sowie der Lehrerin nebst Mitschülern.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Friedrich Christ.

Frankfurt a. M.-Heddernheim, den 1. März 1913.

Eltern, die einer Königlichen Hoheit herzlichen Dank sagen, die ihnen ein „unvergeßliches Kind" totgefahren hat, das ist fürwahr die unbestrittene Rekordleistung auf dem Felde des Byzantinismus!

Zugzusammenstoß.

Am 3. März, vormittags 6 Uhr 20 Minuten, fuhr, wie eine amtliche Depesche mitteilt, der Personenzug Nr. 251 von Beckum bei der Einfahrt in den Bahnhof Neubeckum auf eine Rangierabteilung. Ein Hilfsheizer, ein Schaffner und drei Reisende wurden verletzt. Beide Lokomotiven, ein Personenwagen und der Packwagen sowie vier Güterwagen sind beschädigt. Der Personenverkehr zwischen Neubeckum und Beckum wurde bis zur Freimachung der Strecke gegen 12 Uhr mittags durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten.

Die Taifunverheerungen auf den Palauinseln.

Ueber den Taifun, der am 26. November vorigen Jahres über die deutschen Palauinseln in der deutschen Südsee hinwegfegte, veröffentlicht das „Deutsche Kolonialblatt" einen ausführlichen Bericht des dortigen Stationsleiters, in dem es heißt:

„Der Schaden, den der Taifun angerichtet hat, ist nach den hiesigen Verhältnissen bedeutend. Der nördliche Teil der Insel Babeltoab ist vollständig zerstört. In den Ortschaften ist kein Haus stehen geblieben. Die Plantagen der Eingeborenen sind ebenfalls vollständig zerstört. Den im Norden angesiedelten Chammorros, die keine Taropatschen haben, werden wohl in kurzer Zeit die Lebensmittel ausgehen. Auch einige Palaudörfer, denen die Taropatschen bei den Flutwellen voll Salzwasser gelaufen sind, werden in Schwierigkeiten geraten.

Die Missionsbauten in Malegeok und Eimelik sind vollständig zerstört. Von den Bauten in Malegeok sind die Wellblechplatten über das ganze Dorf zerstreut. Einige sind von dem Sturm in die höchsten Bäume geschleudert worden und dort hängen geblieben. Auch in der Ponapesenansiedelung in Eimelik ist kein Haus stehen geblieben. Die Regierungsstation ist ziemlich glimpflich davongekommen. Die Hauptgebäude sind alle stehen geblieben. Auch die Quarantäne und ein Wohnhaus, aus Eingeborenenmaterial gebaut, blieben erhalten. Die übrigen Gebäude, wie Bootshaus und Lagerraum, sind weggefegt."

Ueber die Verwüstungen, die der Taifun auf der nördlich gelegeren Insel Kaisangel angerichtet hat, heißt es:

„Die Flutwelle hat gut ein Viertel der Insel vollständig weggespült. Von den im Osten vorgelagerten kleinen Inseln ist weiter nichts übrig geblieben als die nackten Korallenfelsen. Als günstiger Umstand muß bezeichnet werden, daß die Flut von Osten her über die Insel kam. An den vorgelagerten kleinen Inseln brach sich zunächst ihre größte Stoßkraft. Alles was auf diesen Inseln stand, hat sie mit fortgenommen und gegen die Hauptinsel geschleudert. Auch von der Hauptinsel hat die See noch ein gut Stück mit sich fortgerissen und vor sich hergeschoben. Durch die entwurzelten Bäume sowie Steine, Sand usw. bildete sich schließlich eine mächtige Barrikade, die dem weiteren Vordringen der See Halt gebot. Wohl nur durch diesen Umstand ist die Insel vor einer vollständigen Ueberschwemmung bewahrt worden."

Wegen Linderung der Notlage der auf den Palau-Inseln wohnenden Chammorros und Ponapesen ist von dem Kaiserlichen Bezirksamt Jap inzwischen das Erforderliche veranlaßt worden.

Sechs Personen ertrunken.

Bei der Heimkehr von einem Bockbierfest ließ sich am Montag morgen der Wächter Blank mit Frau und zwei Töchtern von dem Hofbesitzer Görtz und dessen Schwiegersohn Manski von Weichselmünde nach Neufahrwasser in einem Boot über die Weichsel setzen. Infolge des Eisganges kenterte das Boot in der Mitte des Stromes, und alle sechs Personen ertranken. Bisher wurden zwei Leichen geborgen.

Großer Theaterskandal in Bordeaux.

Das Skala-Theater in Bordeaux war am Sonnabend der Schauplatz eines riesigen Theaterskandals. Kurz vor Aufgehen des Vorhanges erschienen ein Gerichtsvollzieher und ein Polizeikommissar und pfändeten auf Antrag des Hauseigentümers die gesamten Kasseneinnahmen. Die Schauspieler weigerten sich darauf, weiter zu spielen, wenn nicht die Hälfte der Eingänge zur Befriedigung der Gagenforderungen zu ihrer Verfügung gestellt würde. Als diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, verließen sie unter Protest die Bühne. Die Zuschauer forderten nun ihr Eintrittsgeld zurück, und als es ihnen vom Kassierer verweigert wurde, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Ein Teil des Publikums stürmte die Bühne, riß die Vorhänge und Kulissen herunter und demolierte die Theatermaschinen. Schließlich mußte die Polizei einschreiten, die mehrere Verhaftungen vornahm.

Kleine Notizen.

Verhaftung eines Raubmörders. Am Sonntagnachmittag verhaftete die Polizei durch Zufall in der Herberge zum Blauen Kreuz den Arbeiter Peter Christian Detlessen, der am 22. Februar in Boel bei Flensburg den 71 Jahre alten Landmann Heinrich Ehlert mit einem Beil ermordet und dann beraubt hat. Bei dem Mörder wurden noch 150 M. und die Tabakspfeife des Ermordeten vorgefunden.

Schwerer Raubanfall. In der Nähe von Kaschka, einem eine Stunde von Meißen gelegenen Dorfe, wurde Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr der Vorarbeiter Henke aus Neumohlis, welcher sich mit dem Lohne der Arbeiter auf dem Wege nach den Tonschächten befand, um dort auszuzahlen, von einem Tongrubenarbeiter namens Lehmann angefallen und durch mehrere Revolverschüsse und eine größere Anzahl Messerstiche schwer verletzt. Mit einem Teil des Geldes ist der Täter entkommen. Er war jedoch von seinem Opfer erkannt worden. Den auf die Hilferufe des Verletzten herbeigeeilten Kollegen konnte dieser noch den Namen des Verbrechers mitteilen. Der Ueberfallene wurde nach dem Ländlichen Krankenhause in Meißen transportiert. Die Verletzungen sind derart, daß seine Wiederherstellung fraglich erscheint. Der Täter wurde noch am Sonnabendabend in einem Restaurant in Meißen verhaftet. Er hat vorigen Herbst während eines auf dem betreffenden Tonschaft ausgebrochenen Streiks als Streikbrecher fungiert und gehört also demnach zu den Elementen, die angeblich eines besonderen Schutzes bedürfen.

Millionen-Unterschlagung in Prag. Großes Aufsehen erregt die Flucht des Generaldirektors der Prager Papierfabrik A.-G., Dr. Anselm Götzel, der eine große gesellschaftliche Rolle spielte. Dr. Götzel, der sich auch als Komponist bekannt machte und dessen komische Oper „Zierpuppen" über fall alle deutschen Bühnen gegangen ist, hat sich Unterschlagungen in Höhe von eineinhalb Millionen Kronen zuschulden kommen lassen.

Eine eigenartige Lotterie. Die Hungersnot, die augenblicklich in der chinesischen Provinz Uen Tschao herrscht, hat der Tochter eines Beamten in Kiangtse eine originelle Idee eingegeben. Sie veranstaltete eine Lotterie, als deren Hauptgewinn sie ihre eigene Person einsetzte. Der glückliche Gewinner des großen Loses muß sie heiraten und erhält eine Mitgift von 20 000 M. Die 30 000 Lose zum Preise von je 5 M. finden reißenden Absatz. Der Ueberschuß der Lotterie ist dazu bestimmt, die Hungersnot in der Provinz zu lindern.

Diese Art, einen Ehegatten zu kapern, ist in der Tat ebenso originell wie — patriotisch. Wenn man zweifeln kann, ob den Loskäufern mehr an der Person der schlitzäugigen Schönheit oder ihrer Mitgift von 20 000 M. liegt, so spendet man doch natürlich die 5 M. für das Los nur der Hungernden wegen! Der Occident kann von dieser Sorte Wohltätigkeitssport noch vom äußersten Orient lernen!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

J. J. 1906. Eine bestimmte Zeitdauer ist im Gesetz nicht vorgesehen, wenn Abholung trotz Aufforderung nicht erfolgt, kann der Stoff auf Lager gegeben werden, oder, sofern der Schneiderin Ansprüche zustehen, nach vorheriger Androhung versteigert werden. — **A. G. 150.** Das war zulässig. Schreiben Sie an die Firma wegen Fristgewährung und Gestaltung von Ratenzahlungen. — **P. K. 100.** Sie haben als Schwiegersohn keine Zahlungspflicht. — **H. Z. Neukölln.** 1. Ja, die Auszahlung erfolgt aber erst nach dem Tode. 2. Nein, der Besitzer ist für Zeit der Vertragsdauer zahlungspflichtig. **Klawunder IIa.** 1. und 2. Der Abzug der Prämien ist unzulässig. Übt jedoch Ihre Frau eine Erwerbstätigkeit aus und ist das Einkommen der Frau dem Übrigen bei der Veranlagung zugerechnet, so ist der Abzug zulässig. 3. Diese Beiträge können abgezogen werden, sofern ein Rechtsanspruch auf die Leistungen besteht. 4. Die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren darf nicht länger als 10 Stunden dauern. Die Aufräumungsarbeiten müssen in diese Zeit fallen. 5. Nein. 6. Nur den Lehrlingen unter 16 Jahren ist auch eine halbstündige Vesperpause zu gewähren. 7. Gewerbeinspektion. — **H. M. 87.** 1. Ja. 2. Ja, sofern die Satzung der Berufsgenossenschaft das vorschreibt. Sollte die Satzung eine Versicherungspflicht nicht bekimmen, so haben Sie das Recht der Selbstversicherung, wozu wir raten. 3. Eine Versicherungsmöglichkeit in der Ortskrankenkasse besteht nicht. Invalidenmarken können Sie kleben, und zwar einer beliebigen Lohnklasse. 4. Das Gewerbe muß beim Magistrat angemeldet werden. — **K. 35.** Etwa 30 M. monatlich. — **Zei unglückliche Hunde.** An der Leine und Maulkorb. — **H. M. 74.** Eine bestimmte Aufbewahrungsfrist ist nicht vorgesehen. Sie können nach vorheriger Aufforderung den Pfandschein bezw. falls Sie das Kleidungsstück einlösen, dieses versteigern lassen und sich aus dem Erlös befriedigen. Verfallen dürfen Sie das Pfand nicht lassen. — **L. 104.** Eine Beleidigungsklage ist nicht ratsam. — **K. M. 9.** Nein. Sie können aber nach vorheriger Aufforderung die Abholung und Versteigerung durch einen Gerichtsvollzieher veranlassen. — **F. J. 98.** Das können Sie jederzeit tun. — **E. W. 5.** 1. Nein. 2. Die Ausführung der Hunde kann nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung erfolgen. Richten Sie daher ein Gesuch an das Polizeipräsidium. — **M. M. 1000.** Nein. — **E. W. 35.** Zur Zahlung der Beträge sind Sie verpflichtet, sofern ein Beschluß der Kirchengemeinde vorliegt, und sofern Sie Ihre Tochter überhaupt konfirmieren lassen. — **P. L. 99.** Fragen Sie beim Zollamt nach.

Marktpreise von Berlin am 1. März 1913. nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,30—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,40—17,00, mittel 15,80—16,30, geringe 15,20—15,70. Hafer, gute Sorte 18,30—20,20, mittel 16,60—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 3. März 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.
Swinemünde	765	SSW	4	bedeckt	0	Haparanda	747	SSW	6	bedeckt	—6
Hamburg	765	SW	2	Nebel	2	Petersburg	763	Still		wolkenl.	—21
Berlin	767	SW	2	bedeckt	2	Scilly	763	SW	5	wolkig	10
Frankf. a. M.	771	SW	1	Nebel	1	Aberdeen	746	NW	4	wolkig	3
München	773	SW	3	heiter	1	Paris	771	SSW	3	Nebel	2
Wien	774	Still		Nebel	—7						

Wetterprognose für Dienstag, den 4. März 1913.

Ziemlich mild, vielfach wolkig mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 2. 3. cm	seit 1. 3. cm[1])	Wasserstand	am 2. 3. cm	seit 1. 3. cm[1])
Memel, Tilsit	274[2])	0	Saale, Grochlitz	114	—8
Pregel, Insterburg	—2[3])	+6	Havel, Spandau[7])	70[8])	—15
Weichsel, Thorn	102[4])	—5	" Rathenow[7])	118	—2
Oder, Ratibor	95	—5	Spree, Spremberg[7])	90	0
" Krossen	103[4])	—4	" Beeskow	94	—2
" Frankfurt	115	—1	Weser, Münden	175	—6
Warthe, Schimm	54[4])	—4	" Minden	200	—3
" Landsberg	47[4])	—5	Rhein, Maximiliansau	337	—1
Netze, Bordamm	26[4])	+10	" Kaub	159	+2
Elbe, Leitmeritz	—23	+2	" Köln	153	—3
" Dresden	—150	—3	Neckar, Heilbronn	83	—7
" Barby	130	—2	Main, Hanau	160	—4
" Magdeburg	106	0	Mosel, Trier	87	+3

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) starkes Grundeistreiben. — [4]) Eisstand. — [5]) Treibeis. — [6]) Eisgang. — [7]) eisfrei.

Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant J. G. Siems, Holl., Apen i. Oldbg.

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch"

alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brümm, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenpaletots. Herrenhosen Allerbilligster Bettenverkauf, Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Plüschdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brümm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1900R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1900 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig, Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gasöfen 2,40, Gaswandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenésstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 65R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig Bilder, Spiegel, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bezüge, Uhren. Ferner Möbel, Polsterwaren liefert Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 148R

Pommersche Betten, 2 Deckbetten, 2 Kissen, zweischläfig 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. *

1,25 Prachtbett, daunig Bett, rotrosa gestreift, Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Aussteuerbetten, ganzer Stand, 26,50, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. 153R*

Versäumen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurwochen zu machen; fabelhaft billige Ausnahmepreise! Abonnenten noch zehn Prozent Rabatt. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. 121R*

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Säcke (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Säcke 9,50, 10 Säcke 5,—, frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 1, Moritzplatz 781. 2746R*

Teppiche, Farbenfehler, spottbillige Riesenposten, Portieren, Gardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Möbelstoffe, Läuferstoffe. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer. Vorwärtsleser Extrarabatt. 143R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2938R

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Bilder, Uhren, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe! Sende Vertreter! Meisels Nachfolger, Inhaber Richardi. Warschauerstraße 80. 157R

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Wiegeschalen billigst. Spezialgeschäft Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 31/16*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt fabelhaft billig.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände, 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Simili-Seide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Diwandecken, zurückgesetzte, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Läuferstoffe, Möbelstoffe, Linoleumreste, Schlafdecken und Reisedecken, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 201R*

Laubenbesitzer! Brunnen von 6 Mark an, Filter und Rohr billigst. Bausch, Bergstraße 39, Neukölln. *

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen. Besuch oder Postkarte. Meisels (selbst), Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Papageienwahl, Sprechkünstler, liebespfeifende Dompfaffen, Kanarienhähne, Zuchtweibchen. Restaurant Grundmann, Kommandantenstr. 52.

Klappsportwagen, Kinderbettstelle, zurückgesetzte, Potsdamerstraße 61. 2743b

Blusen, Seide, Tüll, Ballblusen an Private. Stralauerstraße 11, II Treppen, vorn. 202/20

Kinderwagen verkäuflich. Quickhardt, Maybach-Ufer 13. 2735b

Klappsportwagen, Kinderdrahtbett, Kinderwagen, spottbillig. Deutschmann, Sonnenburgerstraße 23. 42/17

Kinderwagen, fast neu, verkauft Reichenbach, Gottschedstraße 10. †120

Spitzen, Spitzenstoffe, Stickereien, Besätze, jedes Maß spottbillig. Engroshaus, Rosenerstraße 55, I, Vorderhaus, Nähe Hallesches Tor. 42/14

Teppiche (Farbenfehler), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärtsleser 10 Prozent! 2929R*

Pittauers berühmte Nähmaschinen, Teilzahlung, kulanteste Bedingungen. Gebrauchte Maschinen spottbillig. Stalitzerstraße 99, Warschauerstraße 65. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft (Vorort) konkurrenzlos, anschließende Wohnung, tägliche Einnahme 15 Mark, Preis 950, besonderer Umstände sofort verkäuflich. Neukölln, Hermannstr. 110, Walter.

Restauration, erforderlich 800, verkauft Kaiserin-Augusta-Allee 35, Barbierladen. †66

Restauration, gut gehend, verkäuflich. Auskunft Malplaquetstr. 28 III, Hetzberg. †120

Ecklokal mit Vorgarten, Zahlabend, Vereine, sofort billig zu verkaufen. Reinickendorf, Provinzstr. 92.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 2905R

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft W. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R

Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 geöffnet. 2930R*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbuserthor. 2926R*.

Möbelverkauf! Kleiderspinde, Plüschsofas, englische Bettstellen, bunte Küchen, komplette Wohnungseinrichtung. Teilzahlung gestattet. Geringe Anzahlung, leichte Abzahlung. Dresdenerstraße 14, Höfer, Tischlermeister. 160R*

Moderne englische Wirtschaft, auch einzeln, verkauft Haase, Weinmeisterstraße 4 II. 42/12

Brautleute. Gediegene Wirtschaft, Stube und Küche, verkauft billig wegen Verzug nach Ausland Giza, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 36.

Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelne Möbelstücke liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen Tischlermeister Nolte, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel besonders billig. Kein Abzahlungsgeschäft. 27455*

Plüschsofa 40,00 bis 80,00, Chaiselongue 18,00, Trumeau, Kleiderschrank, englische Bettstellen 25,00. Kein Laden, daher so billig. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. *

Verkäuflich: Apartmoderne Wirtschaft, Hocheleganes Pianino, Schreibtisch, Büfett, Gaskrone, Mehreres. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. 42/13

Moderne Stuben, bildschöne Kücheneinrichtung, Sofaumbau, Wandbilder, Brautleuten passend, verkauft spottbillig Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 42/18

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Resewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Bettstelle, Matratze, Kinderbettstelle, Sportwagen zweisitzig, billig. Schugk, Huttenstraße 33. †132

Verkäuflich. (Händler verbeten.) Prachtvolles Plüschsofa, Umbau, Trumeau, moderner Hufbodenschrank, Spiegelvertiko, Herrenschreibtisch, Auszugtisch, Englischbetten, dreiteiliger Anrichteschrank, Chaiselongue, Wandbilder, Gaskrone, Küche. Zorndorferstraße 4 I, Liese. 42/16

Nußbaumwirtschaft, moderner Stil, aparte Küche, spottbilliger Gelegenheitskauf. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 217R*

Bürgerliche, vollständige Nußbaumwirtschaft, alles neu, auch einzeln, für jeden annehmbaren Preis. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. 42/15*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 230,—, 335,—, 407,—, 475,—, 496,—, 537,—, 574,—, 609,—, 651,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,—, 640,—, 690,—, 756,—, 895,—, 989,— 1035,—, 1105,— bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—, 262,—, echt Eiche 343,—, 371,—, 434,—, Wohnzimmer, modern 215,—, 268,—, 306,—, 341,—, Speisezimmer, echt Eiche, 341,—, 414,—, 475,—, 562,—, Herrenzimmer 334,—, 424,—, englische Bettstelle mit Matratze 40,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chaussee straße 105. 534R*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Bilder und Einrahmungen kauft man am reellsten und billigsten bei Mazner, Huselandstraße 41. *

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 79R*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Fahrräder, gebrauchte (Wanderer, Adler, Brennabor), sowie Jugendräder, Transporträder, konkurrenzlos billig. Holz. Blumenstraße 44 *

Brennaborrad, neu erhalten, 25,00. Weberstraße 42, Quergebäude. *

Reste.

Fränkels Restehandlung, Kottbuserstraße 2. Gut, billig: Herrenstoffe, Kostümstoffe, bessere Kleiderstoffe, Seide, Besatzartikel. 158R*

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christional, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kasta, Neukölln, Erkstraße 3. *

Silberschmelze kauft gegen beste Bezahlung Gold, Platin, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, Staubgold, Polierschliff. Sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, sowie alle Metalle. Wwe. Marie Rieper. Nur Köpenickerstraße 157. 2965R*

Stanniol, Metalle. Spezialgeschäft, Elsasserstraße 66. 57R*

Zahngebisse, Gold, Silber, Tressen, Platina kauft höchstzahlend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. 69R*

Platinabfälle, Zahngebisse, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Schmelzerei Müller, Tellowerstraße 10. 2682R*

Fahrräderankauf, höchste Preiszialung. Weberstraße 42. 42/11*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. †3*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 221R*

Altes Kleiderspind, Kommode, Waschtoilette kauft Kluck, Gartenstraße 39. Preisangabe. 2747b

Hobelbank, guterhalten, kauft W. Krug, Schöneberg, Bahnstraße 26.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), staatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 40. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137R*

Technische Lehranstalten Hoppe, Berlin, Mathieustraße 13. 200/161*

Technischer Unterricht Regierungs-Baumeister Dr. Werner, Inhaber, Schinkel-Akademie, Berlin, Neanderstraße 3 und Rathenowerstraße 3.

Dr. Werner's technische Kurse, Berlin, Neanderstraße 3, und Rathenowerstraße 3. 5R

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †132*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098S*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Bestel, Gitschinerstraße 94a.

Festdichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Strümpfe werden neu- und angestrickt. Verkauf von Wolle, speziell Schweißwolle, Stricken auf Maschine lehrt gründlich. Verkauf von Strickmaschinen erstklassig. Clement, Ramlerstraße 27. 2538R*

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. Vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 2750S

Märzwäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 18. 2749S

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Märzbleiche! Frau Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonendst, sauber Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. 2748b

Märzbleiche. Frau Sellenthin, Köpenick, Gartenstraße 24, wäscht sauber, schonend, ohne Chlor, trocknet im Freien, Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung täglich.

Ehrenerklärung. Nehme hiermit die grundlosen Beleidigungen gegen Herrn und Frau Kirchner, Putbuserstraße 24, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Adolf Schulze, Alt-Moabit 119. 2736b

Gefunden u. verloren

Belohnung. Goldene Damenuhr von Gartenstraße nach Pankow verloren. Meldung Postlagerkarte 88 Postamt 39. 42/19

Vermietungen.

Wohnungen.

Große Stube, Küche, Korridor 20 Mark, Osten, Blumenthalstraße 24.*

Prachtwohnungen, drei, zwei Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 48,00, 36,00, 25,00. Kolonnenstraße 69. †29

Pankstraße 57, Brunnenpark, schöne Wohnungen 20 Mark, vier Zimmer, Balkon, Zubehör 750 Mark.

Goßlerstraße 23, Osten, schöne Stube und Küche billig zu vermieten. 213/3

Separate Zwei-Zimmer-Wohnung ist umzugshalber sofort zu vermieten, billiger. Schalastl, Neukölln, Oderstraße 45. †63

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht alleinige saubere Schlafstelle. Preisofferten M. G., Postamt S. 14. 2744S

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schlosserlehrlinge bei sofortiger hoher Vergütung per sofort gesucht. Willi Baum, Herdfabrik, Berlin-Wilmersdorf, Babelsbergerstraße 40.

Lehrling verlangt Bauschlosserei Rigaerstraße 98. *

Gehäusemacher, selbständige erste Kraft, in allen Arbeiten, auch drehen, flott bewandert, per 1. April gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter M. W. 853 an Haasenstein u. Vogler A.-G., München. 202/18

Akquisiteure, Abonnentensammler für eine populär Volkszeitschrift können sich melden Weinstraße 42 I, nachmittags 3—5 Uhr. †143

Tüchtigen Klempner auf Tiefprisma-Buchstaben bei höchstem Lohn Schmen, Ackerstraße 133. †58

Schlosser auf Bandeschlag verlangt Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 2746b

Handelsleute werden bei höchst denkbarem Verdienst dauernd gesucht. Labenski, Teerfabrik, Strelitzerstraße 39.

Artistenlehrling gesucht, 15 bis 16 Jahre alte bevorzugt, kleine Figur. Von 2—4 zu melden bei Lemke, Albrechtstraße 12 III. 2737b

Blusenarbeiterinnen im Hause Stalinski, Petersburgerstraße 47 III.

Maschinennäherin verlangt Reichenbach, Gottschedstraße 10. †120

Tüchtige Monteure

auf Schnellpressen bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung für Berlin gesucht. Offerten unter Chiffre Z. 1, Hauptexpedition d. „Vorwärts". *

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für Holzarbeiter aller Branchen die Propellerwerke Garuda, Neukölln, Naumburger Straße 42.

Pianofabrik Steinberg & Co., Frankfurter Allee 117.

Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Ein Parteisekretär

für die Wahlkreise **Tilsit-Niederung, Memel-Heydekrug, Ragnit-Pillkallen,** mit dem Wohnsitz in Tilsit, wird gesucht.
Gehalt 2200 Mark. 283/6*
Meldungen erbeten an das **Bezirkssekretariat** in **Königsberg i. Pr. Hermann Linde,** Münzstr. Nr. 24b.

Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!

Wegen **Nichtanerkennung der neuen Tarife** haben die Herrenkonfektionsschneider die Arbeit eingestellt und wird hiermit über folgende Firmen die **Sperre verhängt:**

S. Adam, Köpenicker Str. 152
Bender & Gattmann, Spandauer Str. 59/61
Cohn & Sohn, Köpenicker Str. 113
Dann & Schönland, Bischofstr. 22
Esders & Dyckhoff, Gertraudtenstr. 8/9
Fabisch & Co., Rosenthaler Str. 3
Hugo Herrmann & Co., Spandauer Str. 78/80
Josef Herzog Nachfolger, Spandauer Str. 40/44
Hopp & Kurzweg, Neue Friedrichstr. 39/40
Felix Kahn, Mollenmarkt 7/8
Koh & Jacobowitz, Alexanderstr. 55
Bernward Leineweber, Kölnischer Fischmarkt 4/5
Max Lesser, Köpenicker Str. 126
Machol & Lewin, Königstr. 1/6
Müller & Leopold, Alexanderstr. 39/40
Leopold Pinn, Dirkenstr. 43/44
Pohl & Schmidt, Wallstr. 27
Peck & Cloppenburg, Gertraudtenstr. 25/27
Jean Popper, Rosenstr. 16
S. Reichmann, Roßstr. 29/30
P. Schröder G. m. b. H., Große Frankfurter Str. 78
M. Schulmeister, Dresdener Str. 4
A. & J. Silbermann, Burgstr. 9
Adolf A. Stern, Poststr. 24/25
Gebrüder Stern & Co., Bischofstr. 19/21
A. Stier, Wallstr. 9/13
Karl Treumann, Klosterstr. 87
Philipp Ucko & Co., Am Königsgraben 15
Paul Unger & Co., Neue Friedrichstr. 37
Weltmann Nachfl. Stefan Esders, Kaiser-Wilhelm-Str. 41/42
Emanuel Wolff, Dirkenstr. 38.

Wir ersuchen die Kollegen, Arbeitsangebote dieser Firmen unbedingt zurückzuweisen. 63/1*

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.